

Grünes Gedächtnis 2013



GRÜNES GEDÄCHTNIS 2013

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Grünes Gedächtnis 2013

Bildnachweis

Seite 11: Portrait, Milan Horáček – Hermann Verbeek

Seite 22: Plakat – Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv

Seite 31: Karikatur, Ferdinand Schröder – Wikimedia Commons

Seite 49: Logo – Archiv Grünes Gedächtnis

Seite 57: Portrait, Hilde Radusch – Privat

Seite 61: Frauentisch – Ralph Rieth

Seite 63: Regula Schmidt-Bott – Stefan Schulz

Seite 76–83: Fotos – Wolfgang Sternstein



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht:

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/> Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Grünes Gedächtnis 2013

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2014

Coverfoto: Perspektiv-Kongress in Saarbrücken, 17.–19.11.1989. V.l.n.r.: Kazimierz Woycicky, Ralf Fücks, Helmut Lippelt. Foto: Jürgen Siegmann

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von blotto Design)

Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

ISBN 978-3-86928-131-5

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

T +49 30-28534260 **F** +49 30-28534-5260 **E** archiv@boell.de **W** www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
1 Beiträge zur Zeitgeschichte	9
<i>Interview mit Milan Horáček</i> «Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa»	10
<i>Ist die Revolution von 1848 ein Baustein für die europäische Identität?</i> Abschlusspodium der Tagung «1848 und Europa – Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus» des Paul-Singer-Vereins Berlin in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Oktober 2012	30
2 Das historische Dokument	47
Polen und die Friedensbewegung. Drei Erklärungen der Grünen aus Anlass des Kriegsrechts in Polen	48
<i>Christoph Becker-Schaum</i> Kommentar	51
3 Archivbestände	55
<i>Ilona Scheidle</i> Der Nachlass Hilde Radusch (1903–1994)	56
<i>Juliane Kreißl und Anne Vechtel</i> Zur Aktenüberlieferung der Bundesdelegiertenkonferenzen und des Bundeshauptausschusses der Grünen von 1979–1993	60
<i>Steffi Rönnefarth</i> Der Bestand Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (1983–1998)	65
<i>Christoph Becker-Schaum</i> Die Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen im Grünen Gedächtnis	69
Wyhl am Kaiserstuhl im Februar 1975: «Nai hämm'r gsait» <i>Fotos von Wolfgang Sternstein</i>	76
<i>Nico Szmolinsky</i> Der Bestand Barbara Oesterheld	84
4 Archivprojekt	87
<i>Eva Sander</i> Elektronische Publikationen in Bibliotheken	88

5 Rezensionen	91
<i>Christoph Becker-Schaum</i> Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990	92
<i>Luise Bichler</i> Rot-Grün an der Macht	96
<i>Lisa Schürmann</i> Freie Archive und die Geschichte von unten	101
Die Autorinnen und Autoren	104

VORWORT

Das diesjährige Jahrbuch des Archivs Grünes Gedächtnis hat diesmal kein Schwerpunktthema. Die Beiträge, die wir hier zusammengestellt haben, zeigen die bunte Themenpalette, mit der wir uns im Laufe eines Jahres beschäftigen – und das vermutlich sogar besser, als es ein Themenheft tun könnte.

In der Reihe der Interviews mit Grünen der ersten Stunde folgt diesmal Milan Horáček. Der Exiltscheche, der nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in den Westen flüchtete, war mit Joseph Beuys und Heinrich Böll befreundet und hat vor 35 Jahren bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament für die Grünen kandidiert. 1983 wurde er Bundestagsabgeordneter und engagierte sich für die Verteidigung der Menschenrechte in Osteuropa. Er unterstützte die Dissidenten in seiner Heimat und wurde 1989 ein Berater des tschechischen Präsidenten Vaclav Havel.

Entschieden europäisch ist auch der zweite Beitrag. Wir veröffentlichen das Schlusspodium der Tagung «1848 und Europa – Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus», die wir in Kooperation mit dem Paul-Singer-Verein durchgeführt haben. Das Schlusspodium geht der Frage nach, ob die 1848er-Revolution mit ihrer Gemengelage von liberalen und nationalistischen Haltungen dennoch zu einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur beitragen kann.

Um europäische Solidarität – diesmal mit der polnischen Gewerkschaft Solidarność – geht es bei den Erklärungen, die der Bundesvorstand der Grünen direkt nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 verbreitet hat. Gerade sind die Vorgänge um die Unterdrückung der unabhängigen polnischen Gewerkschaftsbewegung wieder besonders aktuell, weshalb wir sie als historische Dokumente kommentiert haben. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen war zwei Monate nach der Großdemonstration der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten am 10. Oktober. Dadurch wurde die Haltung der Friedensbewegung und der Grünen gegenüber den Ereignissen in Polen ein wegweisender Glaubwürdigkeitstest.

Für die Rubrik «Archivbestände» haben wir einen Überblick über den Aktenbestand der Bundesgeschäftsstelle zu den Parteitage und zum Bundeshauptausschuss der Grünen bis zur Assoziation mit dem Bündnis 90 im Jahr 1993 und zum Bearbeitungsstand der Akten der Bundestagsfraktion der Grünen ausgewählt. Zwei Beiträge beschäftigen sich zum einen mit Fotos, die der Friedensaktivist Wolfgang Sternstein im Februar 1975 in Wyhl geschossen hat, und zum anderen mit der Rolle des grünen Archivs als Archiv der Neuen Sozialen Bewegungen. Zwei Bestandsbearbeitungen runden diese Rubrik ab. Erstmals ist dabei auch ein Bestand aus dem FFBIZ-Archiv dabei, mit dem wir das Haus teilen. Außerdem berichten wir von der von uns veranstalteten Tagung zu elektronischen Publikationen in Bibliotheken, die

insbesondere bei Bibliothekarinnen und Bibliothekaren aus Spezialbibliotheken auf große Resonanz gestoßen ist.

Wie immer hätte es mehr interessante Bücher zu besprechen gegeben, als wir es mit unseren beschränkten Möglichkeiten tun können, zum Beispiel Frank Zelkos Geschichte von Greenpeace, die inzwischen auch auf Deutsch vorliegt. Die drei Titel, für die wir uns entschieden haben, sind die erste Gesamtdarstellung der rot-grünen Koalition aus der Feder eines Historikers, ein Handbuch der Freien Archive und eine Geschichte der Deutschlandpolitik der Grünen in den 1980er Jahren.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir allen unseren Autorinnen und Autoren herzlich danken. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im Mai 2014

Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel
Archiv Grünes Gedächtnis

1 Beiträge zur Zeitgeschichte

«Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa»

Interview mit Milan Horáček¹

Milan, du bist in Nordmähren geboren, ein unmittelbares Nachkriegskind mit einer deutschen Mutter und einem mährischen Vater. Fühlst du dich daher – auch politisch – in mehreren Identitäten und Ländern beheimatet?

Milan Horáček: Ja, in meiner Familiengeschichte liegen sicherlich die Wurzeln für das, was ich mache. Ich bin am 30. Oktober 1946 in Velké Losiny (Groß Ullersdorf) geboren, in der Nähe der Kreisstadt Šumperk (Mährisch-Schönberg), ehemals Sudetenland. In diesem Gebiet lebten durch die Jahrhunderte bis in die jüngste Vergangenheit verschiedene Nationalitäten – also Slowaken, Polen, Ungarn, Griechen, aber natürlich auch Deutsche. Auch nach dem Krieg waren in der Stadt noch immer genug Deutsche. Leider habe ich aber kein Deutsch gelernt, weil es verpönt war, teilweise sogar verboten.

Wurdest du oder deine Familie angefeindet wegen deiner deutschen Mutter?

Milan Horáček: Die Deutschen, die nicht vertrieben worden sind, wurden einiger Rechte, zum Beispiel eines Teils ihrer Rentenansprüche, beraubt. Aber das ist eine sehr komplizierte Geschichte, die uns zu weit weg führen würde. Ich denke, ich und auch meine jüngeren Schwestern, wir hatten eine relativ gute Kindheit. Es gibt ja immer zwei Seiten. Ich habe von den verschiedenen Identitäten in unserer Familie auch profitiert: Meine Mutter hörte oft österreichische Sender im Radio. Dadurch wusste ich, dass irgendwo da draußen auch eine andere, eine freiere Welt existiert.

Was bekamst du zum Beispiel mit?

Milan Horáček: Verschiedene Dinge, nicht nur durch die Familie, auch durch die Nachbarschaft. Schon als Junge war ich skeptisch gegenüber der sozialistisch-kommunistischen Doktrin, die uns in der Schule vorgesetzt wurde. Ich wusste von den Schauprozessen in den 50er Jahren, vom Slánský-Prozess, wo unter den dreizehn zum Tode Verurteilten etwa zwölf Juden waren. Und ich habe 1956 über Radio gehört, was in Ungarn passiert ist. Ich will das jetzt nicht überinterpretieren, aber in unserer Familie gab es einen Drang zur Freiheit. Außerdem haben wir zu Hause viel gelesen. Mein Vater hatte immer von der Bücherei oder von Freunden ausgeliehene Bücher, viele Geschichtsbücher, Berichte von Entdeckungsreisen. Wir hatten keinen Fernseher und abends, vor allem an den langen Winterabenden, wurde gelesen.

¹ Das Interview haben Christoph Becker-Schaum, Robert Camp und Eva Sander am 29.4. und 2.6.2014 geführt. Der Text wurde von Tina Hüttl redaktionell bearbeitet.

Milan Horáček, ca. 1983



Dein Vater war selbständig und hatte eine eigene Gärtnerei?

Milan Horáček: Er war gelernter Gärtner und kurze Zeit auch Gärtnereimeister, das heißt, er führte seinen eigenen Betrieb. Soweit ich weiß, ist dieser jedoch schon 1948 requiriert worden. Danach arbeitete er in einer Fabrik wie meine Mutter auch. Doch der Gärtner kam bei ihm immer durch. Zu Hause hatte er eine Sammlung von verschiedenen Kakteen und hinterm Haus, mitten in der Stadt, einen Garten mit zwanzig verschiedenen Obstbäumen, wo er auch Frühbeete bestellte. Wir hatten vom Frühjahr bis zum Herbst alles, von Radieschen bis zu Gurken.

Waren deine Eltern in der Partei?

Milan Horáček: Nein, sowohl mein Vater wie meine Mutter waren nie in der Partei. Das liegt sicherlich auch daran, dass ein etwas weiter entfernter Verwandter der Großfamilie in den 50er Jahren ermordet wurde. Es hieß, er habe Selbstmord begangen, aber die Tante ließ den Sarg gewaltsam öffnen und man sah, dass ihm die Fingernägel ausgerissen worden waren, klare Folterspuren. Ich war niemals in der Partei, auch nicht in der Parteijugend oder bei den Pionieren. Das bekam ich aber auch in der Schule zu spüren ...

Inwiefern?

Milan Horáček: Ich hatte über die ganze Schulzeit eigentlich sehr gute Zeugnisse, immer eine Auszeichnung, nie eine schlechtere Note als Zwei. Bis zur neunten Klasse. Da gab es einen Konflikt mit einer Mathematiklehrerin und auf dem Halbjahreszeugnis stand plötzlich eine Vier. Meine Mutter ging zum Direktor der Schule und erreichte, dass ich eine unabhängige Prüfung ablegen konnte. Am Ende bekam ich eine Zwei in Mathematik. Der Direktor riet meiner Mutter, sie solle mich aufs Gymnasium, damals hieß das Oberschule, schicken. Trotzdem wurde ich mit nicht mal 15 in die Lehre geschickt, in die Fabrik, in der mein Vater arbeitete.

Was war das für ein Betrieb?

Milan Horáček: Ein metallurgischer Betrieb, der Teile für Transistorradios und später für die ersten Fernseher produzierte. Es gab Hochöfen mit bis zu 1.800 Grad Hitze, wir arbeiteten auch Siemens-Monteuren zu. Wir waren drei Lehrlinge in dieser Lehrwerkstatt, die Elektromonteur lernten, und hatten eine ziemlich harte Sechstage-Woche: drei Tage in der Woche Schule, drei Tage auf dem Betrieb. Zur Berufsschule mussten wir mehr als eine halbe Stunde fahren und dann noch ein gutes Stück gehen. Wir drei absolvierten die Lehre aber sehr gut. Mit dem einen, František, bin ich bis heute befreundet. Nach 1968 sind wir alle drei in Deutschland gelandet.

Wann habt ihr die Lehre abgeschlossen? Warst du zu dieser Zeit politisch interessiert oder gar aktiv?

Milan Horáček: Es müsste 1964 gewesen sein, ich war 18. Mein Freund und ich haben danach in Ostrava in einem Hüttenwerk gearbeitet. Er wurde dann zu den Grenzsoldaten eingezogen, ich dagegen als «politisch Unzuverlässiger» zu den Bausoldaten.

Warum?

Milan Horáček: Da kommen verschiedene Sachen zusammen. Mein familiärer Hintergrund, meine Begeisterung für die westliche Musik. Ich war damals langhaariger Schlagzeuger in einer Beatgruppe. Es gab aber auch Auseinandersetzungen auf der Arbeitsstelle. Wie ich später herausfand, führte der tschechische Geheimdienst, ähnlich wie die Stasi, eine Akte über mich. Zudem war mein Vater Baptist ...

... die Baptisten wurden als protestantische Sekte beargwöhnt ...

Milan Horáček: Ich soll katholisch getauft sein, was die Pfarrbücher aber nicht hergeben. Aber mein Vater ging, als ich ein kleiner Junge war, zur baptistischen Gemeinde. Deshalb gab es auch für mich die Qualifizierung: Herkunft, Familie – alles schlecht.

Welche Konsequenzen hatte das für dich?

Milan Horáček: Statt zum normalen Militärdienst kam ich zu einer Art Strafbataillon. Wir machten zwar auch ein paar Mal Schießübungen, aber ansonsten war unsere Aufgabe, an verschiedenen Baustellen zu arbeiten.

Was hast du dort erlebt? Was waren dort für Leute?

Milan Horáček: Ich war einer der Jüngsten in dieser Kompanie. Es gab mehrere «politisch Unzuverlässige» wie mich, die meist wegen ihrer Familiengeschichte so eingestuft waren und schon ein Studium hinter sich hatten. Einige hatten zum Teil hohe Gefängnisstrafen hinter sich, als Jugendliche, denn es gab auch Schwerverbrecher und Vergewaltiger in unserer Truppe, die hier formal ihre Militärzeit abdienten, in Wahrheit aber umsonst für den Staat arbeiten mussten. Es gab aber auch Zahlungen, wenn wir die Norm erfüllt hatten.

Wie bist du ihnen begegnet?

Milan Horáček: Obwohl ich wusste, das ist ein Mörder oder ein Schwerverbrecher, habe ich mich ihnen gegenüber normal verhalten. Wir waren neunzehn Mann auf einem Zimmer, eine Holzbaracke mit Zwei- oder sogar Dreistock-Betten übereinander und kaum Raum dazwischen. Duschen konnte man jeden Tag, aber mit kaltem Wasser. Einheizen und warmes Wasser gab es nur am Wochenende. Der Rhythmus war sechs Tage Arbeit, nur am Sonntag hatten wir frei. Keine Lagerzustände, aber es war schon sehr hart.

Wie habt ihr das akzeptiert?

Milan Horáček: Im Nachhinein wundere ich mich selbst. Es war ja wie Zwangsarbeit, aber man kann das nicht aus heutiger Sicht sehen, sondern im Kontext dieser Diktatur, die zwar nicht ganz so offen und direkt gewalttätig und brutal war wie die der Nationalsozialisten, aber mit Abstufung durchaus als eine Art Mittelding zwischen einem totalitären Regime und einer Diktatur zu beurteilen ist.

Gab es keinen Widerstand?

Milan Horáček: Man hat funktioniert. Wir haben uns nur einmal aufgelehnt, weil wir die ganze Woche nur verschiedene Hülsenfrüchte zu essen bekamen. Eines Tages sind die schweren Jungs einfach nicht vom Mittagessen in die Arbeit gegangen, die Baustelle lag am Rande eines Kampftruppengebiets und von Kasernen. Binnen einer Stunde kamen dann mehrere Autos mit einem Major an dieser Baracke an, in der wir sitzen geblieben waren. Sie fragten, was denn los sei, und wir beschwerten uns wegen des Essens. Danach bekamen wir besseres Essen, wohl von den Kampftruppen nebenan aus der Kantine geliefert. Am nächsten Tag traten wir wieder zur Arbeit an.

Trotzdem saßest du doch noch im Militärgefängnis – wie ist das passiert?

Milan Horáček: Ein wenig später besuchten mich einige unserer Offiziere auf der Baustelle und bestellten mich noch mit einem anderen in ihr Büro ein. Als wir dort ankamen, stand schon ein Wagen bereit, der uns in ein Militärgefängnis brachte.

Was wurde euch konkret vorgeworfen?

Milan Horáček: Ich weiß es selbst nicht. Im Militärgefängnis habe ich ein paar Wochen auf eine Anklage gewartet, dann wurde ich einfach entlassen und meine Militärzeit endete ohne irgendeine Untersuchung. Später las ich in den Papieren, dass der Major, der den Streik bei uns beendet hatte, mir ein positives Gutachten ausgestellt und erklärt hatte, dass ich mich korrekt verhalten habe. Man muss dazu sagen, das alles geschah im Jahr 1967. Die harte stalinistische Zeit war bereits vorbei, gesellschaftspolitisch tat sich einiges, ökonomisch gab es in der CSSR ein Team, das über eine Art Dritten Weg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaftskapitalismus nachdachte.

Wie ging es für dich nach dem Militär weiter?

Milan Horáček: Ich ging zunächst zurück in meinen metallurgischen Ausbildungsbetrieb nach Šumperk. Weil ich aber merkte, dass ich im Straßenbau mehr verdienen kann, heuerte ich in einer staatlichen Straßenbaufirma an, die im Altvatergebirge Straßen erneuerte und baute. Im Frühjahr 1968 kam ich mehrmals nach Prag. In meiner Erinnerung war das ein sehr schöner Frühling, man diskutierte sehr offen,

an der Universität traf ich einmal auf Rudi Dutschke, ohne dass ich natürlich wusste, wer das war. Also ich habe voll gelebt ...

... bis in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 die Truppen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in die damalige CSSR einrückten.

Milan Horáček: Ja, dann kam der 21. August. Ich war aber nicht in Prag. Ich stand morgens früh um 4.00 Uhr auf und schmiss die Maschinen in dem Steinbruch an, wo die Anlage für den Straßenbelag stand, den wir fertigten. Als ich das erste Auto mit dem Gemisch aus Asphalt, Sand und Steinen rausgeschickt hatte und gerade das zweite vorbereiten wollte, kam der erste Wagen zurück. Der Fahrer erzählte uns, dass die Straße, die wir bauten, von Panzereinheiten der polnischen und sowjetischen Armee kaputt gefahren worden war. Gleichzeitig kam der Vorarbeiter, der ein ehemaliger Professor der Technischen Hochschule in Brünn war, – es gab bei uns einen ganzen Trupp von Doktoren und Professoren, die alle bei dieser Straßenbaufirma gearbeitet haben – und schrie: «Diese Hurensöhne haben uns okkupiert!» und weinte fürchterlich. So hatte ich ihn nie erlebt. Ich war damals 22 und bei so einer Respektperson war das schockierend.

Bald darauf, Anfang September 1968, bist du geflohen. Wie kam es zu dem Entschluss?

Milan Horáček: In meiner Zeit beim Militär war meine Mutter mit meinen Schwestern zu meiner Tante zu Besuch nach Hessen gefahren und einfach in Steinau, dem Märchendorf, das man durch die Brüder Grimm kennt, geblieben. Nur mein Vater war zurückgeblieben, damals hatten sich meine Eltern schon getrennt. Ihre Ausreise war im Jahr 66, als es lockerer war, obwohl man auch 66 nie ganze Familien zu Verwandten reisen ließ. Meine Schwestern schickten mir damals aus Deutschland diesen Hit von Drafi Deutscher: «Marmor, Stein und Eisen bricht». Ich spielte ihn oft und träumte von dieser anderen, sehr entfernten, fast unerreichbaren Welt. Das heißt, ich hegte schon die ganze Zeit den Wunsch, tatsächlich frei zu sein. Stattdessen kamen die Okkupation und alles, was man damit realisierte.

Wie bist du dann letztlich geflohen?

Milan Horáček: Mein Freund, der an der Grenze bei Brno nah zu Österreich und Wien gedient hatte und sich da gut auskannte, bot mir an: «Wenn Du willst, werde ich Dich über die Grenze führen.» Nachdem Dubček und die Führung verhaftet waren und diesen schändlichen Vertrag über die Stationierung der «befreundeten Truppen» in Moskau unterschrieben hatten, beschloss der Freund ebenfalls mitzukommen. Das war keine große Überwindung mehr, weil wir kapierten, dass wir tatsächlich in einem großen Gefängnis saßen. Jedenfalls sind wir zehn Tage später von Nordmähren aus nach Südmähren zur Grenze ...

War die Grenze ebenso stark gesichert wie in der DDR?

Milan Horáček: Logisch, an dieser Stelle aber war sie nicht ganz so martialisch, weil entlang der Straße von Wien nach Brno auch Touristen in Bussen unterwegs waren. Deswegen hatte man diese – an Konzentrationslager erinnernde – Zone mit Stacheldraht in den Jahren 65 und 66 abgebaut, nachdem die Touristen sie immer gefilmt hatten. Trotzdem gab es dreifach Zäune an der Grenze, auch eine Einheit mit Hundeführern. Zwischen dem ersten und zweiten Zaun war eine Art breiter Sandweg, der immer geharkt wurde, damit man Spuren sofort erkennen konnte. Damals gab es noch keine Infrarotgeräte. Wir robbten uns an den Zaun, drüber, und dann hieß es: laufen, laufen, laufen. Das war das Einzige, auf das mein Freund mich nicht vorbereitet hatte, dass wir noch kilometerweise laufen mussten in das österreichische Gebiet. Ich war vollkommen fertig. Er war besser trainiert.

Ihr seid nach Wien und weiter per Anhalter Richtung Bundesrepublik Deutschland.

Milan Horáček: Wir sind zur österreichisch-bundesrepublikanischen Grenze getrampt. Die Österreicher winkten uns durch, aber die Deutschen hielten uns an. Wir sagten, wir seien Flüchtlinge und meine Mutter lebe in Steinau. Allerdings konnten wir uns wegen der Sprache nicht richtig verständlich machen. Die Grenzer wollten dies überprüfen. Uns wurde erklärt, dass am nächsten Morgen ein Sudetendeutscher Dienst hatte, der Tschechisch kann. Wir konnten in einer offenen Zelle übernachten. Am Abend brachten sie uns ein Tablett mit Essen, echtem Milchkaffee und einem Playboyheft. Am nächsten Morgen schickte uns der sudetendeutsche Beamte, nachdem er kurz nachgefragt hatte, mit einem Papier weiter Richtung Nürnberg, wo es ein Flüchtlingslager gab. Wir trampelten aber bis nach Steinau.

Wie ging es dann mit dir weiter?

Milan Horáček: Wir kamen mitten in der Nacht an, klingelten und meine Mutter und meine Schwestern kamen uns weinend entgegen. Wir aßen Würstchen und am zweiten oder dritten Tag fingen wir bereits in der Polstermöbelfabrik an, die genau gegenüber von dem Haus meiner Mutter lag. Alles lief ziemlich problemlos. Wegen meiner Mutter wurde ich auch bald darauf eingebürgert. Aber auch František, der keine deutschen Vorfahren hatte, bekam später die deutsche Staatsangehörigkeit.

Was führte dich schließlich nach Frankfurt?

Milan Horáček: Nach einem halben Jahr Arbeit bei dieser Polstermöbelfabrik war ich ein Jahr auf einer Förderschule, wo ich etwas Deutsch gelernt habe. Später bewarb ich mich als Elektromonteur bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt.

Lange bleibst du aber nicht bei Hoechst. Du bewarbst dich kurz darauf bei der IG Metall, wieso?

Milan Horáček: Ich war nur ein paar Monate bei den Farbwerken Hoechst. Dann suchte ich eine Halbtagsarbeit, damit ich am Abendgymnasium anfangen konnte. Ich bekam einen Job als Aushilfe in der Redaktion vom «Gewerkschafter». Zu dieser Zeit war Jacob Moneta der Chefredakteur und Heinz Brandt war einer der Redakteure. Mein Job beschränkte sich auf verschiedene redaktionelle Aushilfsarbeiten. 1972 begann ich das Abendgymnasium in Frankfurt, wechselte aber nach einem Jahr auf das Seminar für Politik und habe 1975, glaube ich, an einem Gymnasium in Gießen die Hochbegabtenprüfung bestanden, die mich zum Studium berechtigte. In Frankfurt begann ich in dem Exilverein «Wege 68» mitzuarbeiten und später bei dem Exilblättchen Frankfurter Kurier. 1974 übernahm ich die Herausgabe der deutschen Ausgabe der Zeitschrift Listy-Blätter, bis die Redaktion 1979 nach Köln gegangen ist. Außerdem habe ich die Buchhandlung Dialog mitgegründet, die die ganze osteuropäische Dissidenz-Literatur geführt hat. Für die Listy-Blätter haben wir bei KD Wolff im Verlag Roter Stern, später bei Daniel Cohn-Bendit beim Pflasterstrand die Vorlagen erstellt und die Zeitschrift im Druckladen gedruckt. Wir haben auch viel Material in die DDR und nach Prag geschmuggelt ...

Wie?

Milan Horáček: Auf unterschiedlichen Wegen. Mit meinem Freund bauten wir mehrere Autos um, so dass man immer gut zwei Koffer Materialien unterbringen konnte. Wir organisierten Fahrten nach Prag, auch in die DDR, bei denen Material rein- oder auch rausgeschmuggelt wurde. In Frankfurt lebte ich in einer großen Wohngemeinschaft mit sechs Zimmern und einem großen Vorraum. Ein Zimmer bewohnte Rudi Dutschke, wenn er von Dänemark nach Deutschland kam ...

... warst du Dutschke nicht auch schon in Prag begegnet? Er war ja im August 1968 da, wie auch Heinrich Böll ...

Milan Horáček: Damals hatte ich das gar nicht realisiert. Erst im Nachhinein stellte ich fest, dass der Rudi mit Freunden da war. Jedenfalls gibt es zwischen uns verschiedene Querverbindungen, die dann bei mir dazu führten, dass ich 1973 in Achberg bei dem Internationalen Kongress dabei war.

Ja, gehen wir nochmal zu den Anfängen der 70er Jahre und zur Arbeit des Internationalen Kulturzentrums Achberg, dessen politischer Flügel bei den Grünen «Achberger Kreis» getauft wurde. Wer war denn da aus dem Westen dabei?

Milan Horáček: Das kann ich aus dem Kopf jetzt nicht sagen. Wichtig war, dass direkt und indirekt die 68er des Westens mit den Reformern, die nach 68 aus Prag, Warschau oder Budapest geflohen waren, zusammenkamen. In Achberg trafen sich die relevanten Kräfte des Prager Frühlings wie Ota Šik, Jiri Pelikan und Eugen Löbl mit Vertretern des anthroposophischen Sozialimpulses Rudolf Steiners und kritischen Geistern des Westens, also Politikern, Künstlern, linken SPDlern, Gewerkschaftlern,

denen Prag 1968 wichtig war. Von westlicher Seite weiß ich zum Beispiel, dass der von den Nazis verfolgte Zukunftsforscher und Hochschullehrer Ossip Flechtheim aus Berlin dabei war. Das Ganze organisierte Wilfried Heidt. Und in Achberg arbeitete auch Joseph Beuys mit.

Der historische Versuch dieser Jahre bestand darin, den Prager «Dritten Weg» als eine Alternative zu Kapitalismus und Staats-Sozialismus auf der ganzen Welt fortzuentwickeln. Was habt ihr damals unter dem Stichwort Dritter Weg diskutiert?

Milan Horáček: Das Modell war, sich vom Kapitalismus und seinem Gewinnstreben zu lösen, aber nicht zurück zum Kommunismus zu gehen, sondern die Individualität der Menschen zu erhalten. Es galt also einen Dritten Weg jenseits von Kommunismus und Kapitalismus zu finden, bei dem an erster Stelle immer die Freiheit und Menschenrechte stehen, aber dennoch die Gemeinschaft und die Notwendigkeit anerkannt wird, eine gerechtere, bessere Gesellschaft aufzubauen.

Aber diskutiert wurde doch eher ein sozialistischer Weg ... So jedenfalls habe ich es damals verstanden.

Milan Horáček: Nein, da würde ich widersprechen. Ich verstand es so, dass der Dritte Weg sich mehr an den kapitalistischen Weg anlehnt. Das heißt marktwirtschaftlich, aber nicht marktwirtschaftlich im Sinne von Banken- und Zinswirtschaft. Ich würde sagen, dieser Dritte Weg, vereinfacht, besteht aus 60% Kapitalismus und nur 40% Sozialismus. Ich war immer eher zu 60% sozialistisch oder sagen wir eher links-liberal, sicher nicht links-total, weil ich die Erkenntnis von zu Hause mitgenommen hatte, dass nicht nur die individuelle Freiheit, sondern auch die kollektive Freiheit sehr, sehr wertvoll ist.

Noch eine Frage: Wie waren die Bezüge zu dem damals aufkommenden Eurokommunismus? Oder ist das eine ganz getrennte Geschichte?

Milan Horáček: Den Eurokommunismus habe ich real erlebt, als Rudi Dutschke und ich 1976 in Rom waren mit Ottmar Schreiner, der uns die Reise finanziert hatte. Ottmar Schreiner war damals stellvertretender Juso-Vorsitzender. Sowohl die italienischen Kommunisten wie auch die spanischen und französischen bewegten sich schon eurokommunistisch. Sie kapierten, dass diese osteuropäische Idee – nicht erst nach 68, sondern schon mit all diesen Zwischenstationen 53 Ostberlin, 56 in Ungarn, auch teilweise in Polen, und 68 dann in Prag – eine Möglichkeit bot, sich innerhalb der pluralistischen parlamentarischen Systeme Westeuropas demokratisch und gerecht zu entwickeln. Die Erkenntnis dieser eurokommunistischen Linie, die Rudi Dutschke prägte und die er auch immer wieder bei seinen Auftritten vorbrachte, war: «Wir dürfen nicht mit einem Bein in Moskau oder mit dem anderen Bein in Peking stehen. Wir müssen mit beiden Beinen hier stehen.»

Die konkreten Erfahrungen von Faschismus, Stalinismus und Diktatur waren bei den Eurokommunisten ja noch sehr präsent.

Milan Horáček: Ja, deshalb ist die Freiheit, die nicht beschränkte Freiheit eines anderen, ihnen wichtiger als alles andere. Und das ist auch Teil der eurokommunistischen Linie. Da konnten sie auf keinen Fall auf die Sowjetunion zurückgreifen. Spätestens in den 30er Jahren, als Stalin seine ganze Generalität umbringen ließ, Hunger und Terror herrschten, war dieses sowjetische Gesellschaftsmodell verbraucht. Ein Modell, in dem die Grundfreiheiten beseitigt werden, kann nicht die Fantasie, kann nicht die kreativen Potenziale der Gesellschaft entfesseln, so dass sie sich nach vorne bewegt.

In der Konsequenz orientieren sich die Eurokommunisten dann gen Brüssel und sahen dort ihre Zukunft. Das ist ja ein kompletter Systemwechsel. Bis Anfang der 70er Jahre sind die kommunistischen Parteien nicht mit ihren Abgeordneten ins Europaparlament gegangen. Sie haben die Plätze leer gelassen.

Milan Horáček: Sie alle trugen im kollektiven Gedächtnis die faschistische Zeit und die Erfahrung, dass sie nie in der Lage sein werden, zu gewinnen. Sie gewinnen zwar auf Regionalebene oder auf Kommunalebene und es gibt große Städte, wo auch Kommunisten den Bürgermeister stellen, aber sie haben nicht die Zentralgewalt. Ich kann das jetzt nicht genauer beschreiben mit dem Eurokommunismus, weil meine Hauptarbeit Anfang der 70er Jahre in der Exilarbeit lag, unsere Arbeit gegen das, was in Prag und in der Tschechoslowakei 68 und danach passiert war.

Wie sah deine politische Exilarbeit konkret aus?

Milan Horáček: Ich organisierte Solidaritätsveranstaltungen für politische Gefangene, nicht nur in der Tschechoslowakei, auch im übrigen Osteuropa. Ich habe Dutzende Veranstaltungen in Frankfurt organisiert, aber auch in anderen Städten. Das heißt, meine Arbeit war immer, grob gesagt: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa. Diese Arbeit stand bei mir an erster Stelle, nicht nur deutschlandweit, auch europaweit. Dadurch kam ich in Italien, Dänemark, Frankreich und Holland herum und in Kontakt mit den verschiedensten sozialen Bewegungen der 70er Jahre. Es kamen immer neue Verbindungen hinzu, zu Rudi Dutschke und Heinrich Böll – auf unterschiedlichen Ebenen. Heinrich Böll pflegte gute Freundschaften zu verschiedenen Sozialdemokraten. Die erste Wahlkampfunterstützung machte er später für die Grünen, das wurde nie groß thematisiert. Aber für uns war das eine Stärkung.

Bevor wir auf die Grünen zu sprechen kommen, du hast ein paar Namen genannt. Mich würde interessieren: Wie bist du Beuys begegnet? War der auch 73 in Achberg? Wie gut kanntet ihr euch?

Milan Horáček: Ich traf ihn durch die Exilarbeit. Er hatte mir seinen Jaguar zum Umbau angeboten, doch ich lehnte ab, weil es zu auffällig war, Material in einem Jaguar über die Grenze zu schmuggeln. Selbst wenn man ihn umspritzte, so viele Jaguars gab es nicht. Wir bauten dann einen alten VW-Bus zu einer Art kleinem Caravan um, in dem man übernachten konnte. Dieser wurde dann immer umgespritzt. Die Fahrten gingen mal über Österreich, mal über Westdeutschland. Aber zurück zu Beuys: Es gab eine Zeit, in der ich sehr intensiv und teilweise wochenlang mit ihm zu tun hatte, zum Beispiel während der Documenta 77. Er half uns auch finanziell sehr.

Wie war Beuys als Mensch?

Milan Horáček: Er war faszinierend auf sehr vielfältige Art und Weise. Man konnte sich mit ihm über alles Mögliche verständigen. Manchmal hielt ich ihn auch für einen Spinner, wenn er irgendetwas Verfaultes oder Stinkiges ernsthaft zur Kunst erklärte. In meiner Erinnerung gab es eine sehr lange Nachtsitzung, in der Beuys für Rudi Dutschke, mich und andere einen Eintopf in seinem Atelier kochte, und wir dann Rudi überzeugten, dass wir «Grüne» heißen und nicht einen inhaltlichen Namen wählen sollten, etwa «ökologisch». Rudi konnte sich nicht vorstellen, dass eine Partei mit Farbenamen funktioniert. Daraufhin erklärte Beuys uns Goethes Farbenlehre, er hielt uns einen Vortrag von einer halben Stunde. Ich habe ihn für sein Wissen bewundert. Er war aber auch praktisch, hat die Freie Internationale Universität mitbegründet ...

Die FIU, am 27. April 1973 im Düsseldorfer Atelier von Joseph Beuys gegründet, war ja als organisatorischer Ort des Forschens, Arbeitens und Kommunizierens gedacht, um die Fragen einer sozialen Zukunft zu durchdenken und als freie Hochschule das Schul- und Bildungssystem zu ergänzen ...

Milan Horáček: Ja, Heinrich Böll war auch dabei, Rudi Dutschke, ich und andere waren Mitglieder formell, informell. Für uns war das eine Stärkung, wenn uns Leute wie Böll unterstützten, die den Literaturnobelpreis hatten und deren Werk man auch persönlich achtete. Aber in unseren Kreisen wurde er auch angefeindet. Ich habe Böll im Zuge der Arbeit, die ich im politischen Exil und mehr und mehr in der deutschen Innenpolitik getan habe, auch persönlich als einen guten Menschen kennengelernt. Wenn ich mich richtig erinnere, schmuggelten er und Annemarie Böll schon vor 68 Leute in einem alten Citroen aus der Tschechoslowakei. Das lässt sich überprüfen, weil es eine Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung gibt. 1979 haben nicht nur er, sondern auch Annemarie und weitere Familienmitglieder wie der René und der Viktor Böll den Böll-Aufruf für die Europa-Grünen unterschrieben.

Ich fasse zusammen, bisher hast du vom Achberger Kreis, Beuys und der FIU und Böll erzählt – das sind alles Pfade, die ab 1976/77 in die Wahlbewegung für eine Beteiligung an der Europawahl münden und schließlich zu den Grünen hinführen.

Milan Horáček: Ja, wir begannen die Organisationsfrage zu diskutieren, ob es eine neue Partei links der SPD geben sollte. Denn links der SPD gab es entweder die DKP oder anarchistische, trotzkistische, maoistische Parteiengruppierungen und -splitter, aber keine alternative Partei, allerdings eine Vielzahl an Bürgerinitiativen gegen Atomkraft und natürlich die Frauen- und Friedensbewegung.

Ich habe die Teilnehmerliste des Gründungstreffens der Grünen Wählerinitiative für Demokratie und Umweltschutz im März 1978 angesehen. Du hast bei dem ersten Treffen unter Organisation «Europa-Grüne» eingetragen. Soweit ich weiß, gab es die damals noch gar nicht, weil die Europa-Grünen erst ein Dreivierteljahr später gegründet wurden. Das hat mich immer verwundert.

Milan Horáček: Ich weiß nicht mehr die Details. Die erste Europawahl sollte schon 1978 stattfinden und hatte sich dann um ein Jahr verschoben. Spätestens ab 1975 waren wir in der Vorbereitung der Grünen, wenn nicht sogar früher. Im Sommer 77 liefen bereits konkrete Gespräche mit Leuten. Und ich weiß, dass wir bei der Documenta 77 in Kassel mit Beuys, Heinz Brandt, Rudi Dutschke und anderen schon über die Kandidatur für die Europawahl diskutierten.

Wer war noch dabei?

Milan Horáček: Die Leute, die damals bei der Freien Internationalen Universität waren, in der Böll und Beuys organisiert waren, stellten sozusagen die Älteren. Die Jüngeren waren Dutschke und andere – da gibt's sicher auch Dokumente darüber, wer die treibenden Mitglieder waren. Wir trafen uns mehrmals bei Beuys in seinem Atelier in Düsseldorf, aber auch anderswo.

Beuys hat 1979 auf Platz 5 für die Europawahl kandidiert und du warst sein Ersatzkandidat. Spitzenkandidatin wurde dann Petra Kelly, die im selben Jahr aus der SPD ausgetreten war. Auf Platz 2 stand Roland Vogt. Wo hast du Petra und Roland, die beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und bei den Jungen Europäischen Föderalisten eine wichtige Rolle spielten, das erste Mal kennengelernt?

Milan Horáček: Da gab es verschiedene Begegnungen damals: in Troisdorf, in Vlotho, in Darmstadt, in Nürnberg, in Frankfurt. Das alles fließt irgendwann zusammen. Es ist jetzt 35 Jahre her und überlagert durch Tausende von Begegnungen und Konferenzen. Ich kann nur sagen, dass ich den Kontakt zu Roland wie auch den zu Dutschke, Beuys und Böll bewusst selbst gesucht hatte. Sie waren für mich schon ein Begriff, bevor ich sie traf. Nur Petra war für mich kein Begriff, bevor ich sie kennenlernte. Ich weiß nur, dass ich sie mehr als SPDlerin wahrnahm. Aber das war kein Makel, weil ich zu der Zeit zum Beispiel auch sehr eng mit Ottmar Schreiner zusammenarbeitete. Ich wurde ja regelmäßig zu den Bundeskongressen der Jusos eingeladen.

DIE GRÜNEN

Alternative für Europa

Es sprechen und diskutieren:

Prof. Joseph Beuys

Heinz Brandt

Milan Horacek

Dr. Fritz Jantschke

Petra Kelly



**Am 14. 5. 1979 um 20.00 Uhr
im Bürgerhaus Nordweststadt, Ffm.**

Bundesbüro der Grünen, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn
Tel. 0 22 21/23 30 21-22

Im Bürgerhaus im Frankfurter Stadtteil Sindlingen kam es dann im März 1979 zur Gründung der Europa-Grünen ...

Milan Horáček: An was ich mich wie heute erinnere, ist der Auftritt von Ossip Flechtheim: Ein älterer Professor kommt zum Mikrofon, hat die Frankfurter Rundschau dabei, zitiert aus der etwas und entwickelt eine schlüssige Begründung, warum wir als Grüne kandidieren sollen. Ich war damals so beeindruckt von Flechtheim. Ich habe mich als jung, unerfahren und ungebildet gefühlt gegenüber so einem Mann. Aber ich habe aus dem, was er gesagt hat, auch Stärke und Unterstützung gezogen. Was ich unbestimmt und unfertig im Kopf hatte, das, was ich vom Prager Frühling mitbekommen hatte, hat sich in dieser Rede bestätigt. Flechtheim hatte mich schon früher überrascht. Ich hatte ihn in Achberg 1973 erlebt, in der Küche, wie er mitgeholfen hat, weil das selbstverständlich war, dass auch Männer in der Küche mithelfen. Aber umgekehrt habe ich mich in Achberg ein bisschen gedrückt, wenn man auf der Wiese mit nackten Füßen getanzt hat. Achberg, anthroposophisch ...

... da kann man das Programm tanzen.

Milan Horáček: Ja.

Das in Frankfurt gegründete Listenbündnis, die SPV Die Grünen, erreichte bei der Europawahl im Juni dann aber nur 3,2 Prozent und verfehlte so den Einzug ...

Milan Horáček: Trotzdem war diese Art von Niederlage keine Niederlage im eigentlichen Sinne. Es war im Grunde ein stetiger langsamer Aufstieg prozentual. Anfang Dezember 1979 war ich mit Rudi Dutschke im Internationalen Kongresszentrum in Berlin, wo die SPD ihren Bundesparteitag zum Nato-Doppelbeschluss abhielt. Wir saßen auf der Zuschauertribüne mit Herbert Gruhl und gaben dann eine Pressemitteilung heraus: «Wenn die SPD nachrücken will, werden die Grünen eine neue Partei gründen.»

Einen Monat vorher hatte ja in Offenbach die zweite Versammlung der SPV Die Grünen stattgefunden, auf der die rund 1000 Delegierten beschlossen, ihre Vereinigung im Januar 1980 in eine Partei umzuwandeln. Du hast dich dann für die Frankfurter Grünen engagiert. Bei der Kommunalwahl 1981 wirst du Stadtverordneter und Ortsbeirat.

Milan Horáček: Bei der Wahl im Frühjahr 81 wurde ich ins Stadtparlament gewählt, ich erinnere mich genau daran. Es war seltsam, dass die Leute, mit denen ich bisher in Frankfurt zusammengearbeitet hatte – etwa Ottmar Schreiner und Armin Kleist – plötzlich meine Konkurrenten waren. Klaus Staeck schrieb mir sogar eine Postkarte, in der er mir die Freundschaft aufkündigte.

Damals haben die Spontis in Frankfurt einen Rückzieher gemacht und keine Kandidaten aufgestellt ...

Milan Horáček: Ohne mich zu brüsten: dabei ist sehr viel auf mich zurückgegangen. Ich habe mich gegen die Beteiligung von KB-Leuten gesperrt, worauf die Spontis ihre Kandidaten zurückgezogen haben.

Dazu fällt mir die Geschichte mit der Karl-Marx-Buchhandlung ein. Ich lebte quasi vis-à-vis der Buchhandlung und Joschka hatte da sein Antiquariat. Daniel Cohn-Bendit war dort auch Mitgesellschafter, glaube ich. Jedenfalls ging ich regelmäßig dort vorbei, um sie anzuwerben, den Grünen beizutreten. Sie haben mich immer verjagt, immer höflich. Sie kannten mich, wussten dass ich kein irrer Vogel bin. Aber Joschka, der einen Hund hatte, sagte immer zum Spaß: «Dagobert, – so hieß der Hund – fass ihn! Der will mich verführen.» Im Spätherbst 81 war ich schon ein halbes Jahr Stadtverordneter, und Joschka trat bei einer großen Versammlung in Frankfurt auf und beschimpfte mich als «verkommenen Parlamentarier». Das ist irgendwo in «Links» oder anderswo belegt. Dafür bin ich ihm bis heute dankbar. Sein Parteieintritt muss im Dezember 82 gewesen sein. Er kam und hat uns gleich links und rechts überholt, weil er forderte, mit der SPD eine richtige Koalition einzugehen. Wir traten damals nur für eine Duldung der SPD in Hessen ein.

Zum Hintergrund muss man eins sagen: In Niedersachsen ging die SPD bereits 1981 mit einer rot-grünen Koalitionsaussage in den Landtagswahlkampf ...

Milan Horáček: Wir in Hessen waren 1981 zum Erschrecken der SPD-Fraktion eine sehr rigorose fundamentalistische Opposition gegen alles Etablierte. Wir sind, weiß gekleidet mit Gasmasken, zur Eröffnungssitzung in den Römer einmarschiert, sechs Leute. In unseren Büros neben dem Plenarsaal zogen wir uns weiße Kittel oder Overalls an, und beim Klingeln marschierten wir so um 16 Uhr in den Plenarsaal und zu unseren Plätzen. Alle haben uns angestarrt. Abends im Fernsehen und am nächsten Tag in den Medien war dann von der ersten Rede eines Grünen überhaupt im Frankfurter Parlament zu hören.

Welche Position nahmst du im Streit zwischen Realos und Fundis ein?

Milan Horáček: Ich würde sagen, in einigen Positionen waren wir nach wie vor fundamentalistisch, aber nicht mehr nur utopistisch. Böll, der 1985 viel zu früh starb, hat uns beeinflusst. Er bildete eine gewisse Garantie für eine intellektuelle und auch solide Position, die immer mehr realpolitisch wurde – nicht ganz Joschka-Position, aber auch nicht mehr Petra-Kelly-Position. In Hessen bildete sich so ein Zwischending zwischen Realos und Fundis heraus, wo wir uns manchmal auch nicht ganz wiederfanden, aber wo wir faktisch eigentlich standen.

Du warst bis 1983 Stadtverordneter, bei der Bundestagswahl im selben Jahr hattest du Platz 4 auf der Landesliste zur Bundestagswahl inne. Auf Platz 3 vor dir war Joschka

Fischer, nur die ersten drei kamen rein. Wie wurdest du dann doch Bundestagsabgeordneter, als Nachrücker?

Milan Horáček: Ich bin nach der Busen-Grabscher-Affäre im August 1983 nachgerückt.

Du hast dich sofort für den Auswärtigen Ausschuss gemeldet, warum?

Milan Horáček: Ich bin Ausländer ...

Aber es ist nicht Ausländerbeirat ...

Milan Horáček: Natürlich nicht, aber die kommunistisch beeinflusste Welt und das Thema Osteuropa waren im Auswärtigen Ausschuss angesiedelt, sowie auch der Bereich Menschenrechte. Durch meine Vorgeschichte interessierte und orientierte ich mich natürlich daran, was 1980/81 in Osteuropa passierte, Solidarność, Standrecht, daran, was Jaruzelski machte. Ich war zum Beispiel der einzige, der das Abzeichen von Solidarność bei jedem Auftritt im Bundestag trug.

Die Osteuropapolitik der Bundestagsfraktion zu dieser Zeit beschäftigt uns gerade. Warst du mit deiner Haltung nicht ständig in Konflikt mit dem Rest der Fraktion?

Milan Horáček: Doch, wir lagen ständig im Clinch. Es gab nur ein paar Leute, die einigermaßen auf meiner Linie waren, Uli Fischer, der mein Nachrücker wurde, dann Petra Kelly. Sie hatte ein universales Menschenrechtsverständnis. Es umfasste ebenso lateinamerikanische, chilenische oder afrikanische Unterdrückte wie den Dalai Lama und osteuropäische Unterdrückte. Es gibt Akten der tschechischen Stasi über mich. Laut ihnen gehörte ich damals zu den zehn Leuten, die für die damalige Führung sehr gefährlich galten und die sie, unter Umständen, sogar bereit waren zu eliminieren. Das nur am Rande.

Noch mal zur Fraktion, zu den ganz normalen Menschen: Da gab es aber eine kleine Arbeitsgruppe, die beim Thema Osteuropa zusammenarbeitete.

Milan Horáček: Ja, dazu gehörte der Pressesprecher Heinz Suhr, Lukas Beckmann, Elisabeth Weber und teilweise Otto Schily. Erst nach und nach verstanden die anderen, was das Gefährliche an den Regimen dort und der Exilarbeit hier war. Später hat mir ein ungarischer Botschaftsrat verraten, dass in den fünf osteuropäischen Botschaften, also von der DDR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn und Sowjetunion, eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die fünf plus eins, die die Fragestellung klären sollte: Was machen wir mit den Grünen? Und was machen wir mit Horáček? Für die war das ein Problem, dass einer ihrer ärgsten Exilleute plötzlich Bundestagsabgeordneter wurde. Die Grünen waren für sie ein neues Phänomen, eine neue Fraktion, nicht berechenbar, aber friedenspolitisch auch interessant für sie.

Deshalb bekamen wir auch eine Einladung von den Sowjets, gleich im Herbst 83 nach Moskau zu kommen.

Waren das nicht gemeinsame Delegationen von Partei und Fraktion, und zwar erst nach Washington und dann nach Moskau?

Milan Horáček: Ja, die Auseinandersetzungen teilnehmen oder nicht teilnehmen haben lange gedauert. Ich weiß noch, dass wir um den 30. Oktober 1983 nach Moskau fuhren, weil ich meinen Geburtstag bei den Töchtern Lew Kopelews gefeiert habe, wo wir Medikamente und Bücher übergaben. Diese persönlichen Treffen waren wichtig. Es musste auch nichts Großartiges besprochen werden. Es ging eher darum, zu zeigen, ihr seid nicht allein, trotz aller Bedrohungen, die es damals noch gab. Es war schwer, russische Dissidenten zu besuchen. Wir wurden natürlich Tag und Nacht überwacht. Unsere Bewacher kontrollierten sogar unsere Hotelzimmer. Uns gelang es aber an einem Abend, aus dem Bolschoi-Theater wegzukommen. 1985 war dann schon Gorbatschow da.

Wie kam es, dass du im Februar 1986 an dem Gefangenenaustausch zwischen den im Osten inhaftierten Dissidenten Schtscharanski und Javorský und zwei anderen gegen fünf Häftlinge aus dem Westen beteiligt warst?

Milan Horáček: An dem Austausch wurde ich schon seit 83, seit ich im Bundestag war, beteiligt. Ich habe mich für Jaroslav Javorský eingesetzt, sowohl bei den bundesrepublikanischen Spitzenpolitikern wie auch über die Menschenrechtskonferenz in Ottawa und über das State Department. Am Ende wurden dann Anatoli Schtscharanski und Jaroslav Javorský an der Glienicker Brücke ausgetauscht.

Wie standest du zu Gorbatschow?

Milan Horáček: Positiv. Ich habe über Dubčeks Generalsekretär der KP, Zdenek Mlynár, vieles über Gorbatschow erfahren. Sie hatten zusammen studiert und waren befreundet.

1988 hast du Helmut Kohl auf seiner Reise in die CSSR begleitet ...

Milan Horáček: Bei der ersten Kanzlerreise nach Prag war ich trotz verschiedener Schwierigkeiten, die im Vorfeld beseitigt werden mussten, dabei. In die anderen Länder wie Polen, Ungarn, Bulgarien und die Sowjetunion bin ich mit grünen Delegationsreisen dabei gewesen, wo wir uns über Fragen der Menschenrechte, das politische System, Ökonomie usw. unterhielten. In der CSSR wollten sie mich nicht akzeptieren.

Damals gab es schon Lockerungen und die ersten Demonstrationen gingen los ...

Milan Horáček: Rückblickend kann man jetzt sagen: Nach 1985-86, nachdem Gorbatschow in Russland mit Perestroika und Glasnost begann, ging es relativ schnell. Die anderen osteuropäischen Länder hatten sich schon mit den Ideen auseinandergesetzt und sie reflektiert. Relativ frei waren damals die Ungarn, auch im Umgang mit der Ausreise, sowie die Polen. Dort kam im August 1989 – noch vor dem Fall der Mauer – bereits Tadeusz Mazowiecki an die Regierung, der erste Ministerpräsident nach dem Zweiten Weltkrieg, der nicht der kommunistischen Partei angehörte.

Ende 1989 konntest du zum ersten Mal wieder legal als Privatperson in die CSSR einreisen und triffst Václav Havel. Wie gut kanntet ihr euch da schon?

Milan Horáček: Das ist eine einfache und komplizierte Geschichte zugleich. Das erste Mal kam ich quasi mit einem Sondervisum wieder nach Prag, wo ich Havel in seiner Wohnung begegnete. Anfang 88 war ich dann mit Kohl noch mal da, und im Mai 89 das dritte Mal mit einem Spezialvisum bei einer Umwelt- und Friedenskonferenz. Offiziell war ich ja seit den 70er Jahren durch den Innenminister persönlich ausgebürgert und als «Feind des sozialistischen Lagers» definiert. Über die ganzen Jahre telefonierte ich aber regelmäßig mit Havel – wenn es ging. Ich rief immer verschiedene Telefonnummern an, die ich hatte. Ich konnte Havel entweder direkt erreichen oder über seinen Bruder. Der Bruder erzählte mir später, dass sich Havel öfter beschwerte, zu keiner Arbeit zu kommen, weil wir immer stundenlang telefonierten. Ich fragte ihn: «Was gibt's Neues, was macht ihr denn?» Und er erzählte mir, was er wollte, obwohl wir wussten, dass die tschechoslowakische Stasi alles aufnahm. Ich gab dann die wichtigen Informationen an mehrere Kanäle weiter, und am Abend wurde das in Radio Free Europe oder in der Stimme Amerikas oder der BBC gemeldet. Und ich habe mit unseren wichtigsten Leuten in Rom, Brüssel, Stockholm und London telefoniert. Wir standen also in ständigem Kontakt, eine Verbindung, die bis 89 gehalten hat. Als ich Ende 89 ankam, wurde ich sofort vom Flughafen in das Hauptbüro der Samtenen Revolution gebracht.

Inwiefern?

Milan Horáček: Die tatsächliche Macht war schon in Zersetzung, die Geheimdienste kontrollierten und beobachteten zwar noch, aber Havel war mächtig genug, mich ohne gültigen Pass und Visum reinzubringen. Ich bekam einen speziellen Sonderstempel. Am nächsten Tag empfing mich Havel zu Hause – im Bademantel. Davon gibt es eine Video-Aufnahme. Am 29. Dezember 1989 wurde Havel dann Präsident, am 1. Januar hielt er seine Neujahrsrede, das war ein Ereignis. Mehr als die Hälfte der Nation saß an den TV-Geräten. Und er fing an: «Unser Land erblüht nicht ...» Endlich redete mal einer Tacheles. Er hat sich nicht gescheut, die Wahrheit auszusprechen. Und am 2. Januar habe ich ihn bei seinem ersten Auslandsbesuch in Ostberlin und München bei den Führungen der beiden deutschen Staaten begleitet. Havel hat mich in einen Beraterstab berufen, dessen Vorsitzender Fürst Schwarzenberg war, und wir haben gleich die Einladungen an den Dalai Lama und den Papst vorbereitet.

Wie siehst du die Entwicklung, die Tschechien heute genommen hat?

Milan Horáček: Havel war einer der letzten Dissidenten, die ein Amt inne hatten, leider aber mit wenig Einfluss. In den Regierungen, die folgten, in den Ministerien, in den Institutionen saßen dann Leute, die ich kaum achten konnte. Mein Eindruck war, dass die Tschechische Republik schon bald in die schlimmsten Formen der Selbst- und Fremdausbeutung reinschlitterte. Die Situation von uns exilierten Tschechoslowaken, die wir nach Jahrzehnten zurück konnten, war nicht einfach. Man merkte, man ist nicht mehr zu Hause, weil die Schere zwischen unserer Lebensweise, unserem Verständnis von politischer Kultur und Demokratie inzwischen so weit auseinanderklaffte zu dem, was wir vorfanden.

Du bleibst bis Ende 1990 Mitarbeiter der Fraktion und warst an der Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt. Für die Stiftung gehst du als Büroleiter nach Prag.

Milan Horáček: An dem symbolischen Tag des 21. August 1990 haben wir das Büro der Böll-Stiftung in Prag eröffnet. Das absolut größte Verdienst bei der Gründung der Stiftung hatte Lukas Beckmann gehabt. Wir teilten dieselben Ideen, zum Beispiel in der Diskussion, ob – ähnlich wie bei der Ebert- oder Adenauerstiftung – ein richtiger Parteiname genommen werden sollte. Heinrich Böll war ja nie Mitglied der Grünen, deswegen verwehrten sich einige Leute gegen diesen Namen und wollten lieber Petra Kelly als Namenspatronin.

Aber ihr hieltet dagegen ...

Milan Horáček: ... warum? Trotz aller Verdienste von Petra Kelly, die auch international bekannt war, hatte Heinrich Böll gesamtgesellschaftlich gesehen mehr Gewicht – nicht nur als Begriff und Name, sondern als Vertreter von etwas, das sich nicht auf einen anthroposophischen, maoistischen, anarchistischen, trotzkistischen oder Dritten Weg oder auf eine linke oder eine links neben der SPD-Position verengt. Er stand für etwas Eigenständiges – all das manifestiert sich im Namen Böll mit seiner, teilweise auch widersprüchlichen Geschichte. Böll war eine Person, die in vollem Bewusstsein des 20. Jahrhunderts mit allen diesen Verbrechen gelebt hat, eine, die sagte: «Alles, was wir Schlimmes getan haben, müssen wir – soweit es geht – abarbeiten.» Und dieses «Einmischung erwünscht» von Böll macht auch die Stiftung aus.

Der Initiativkreis zur Gründung der Heinrich-Böll-Stiftung war ja sehr breit.

Milan Horáček: Es waren nicht nur Grüne dabei, sondern auch SPD-nahe und sogar Liberal-Konservative, die das Erbe von Heinrich Böll unterstützten und Bölls Verbundenheit mit den Grünen anerkannten. Sie waren bei der Gründung entweder physisch dabei, unterschrieben oder unterstützten die Stiftung sogar mit Geld.

Du wirst der Leiter des Stiftungsbüros in Prag.

Milan Horáček: Ja, ich ging 1991 nach Prag in die Böll-Stiftung und wurde 1998 für fast zwei Jahre Leiter der Repräsentanz der Böll-Stiftung in Bonn. Damals waren in Bonn noch immer Regierung und Parlament ansässig. Im Frühjahr 98, vor der Bundestagswahl im Herbst, gab es auf einer Realo-Sitzung in den Fraktionsräumen am Tulpenfeld eine Diskussion über den NATO-Beitritt von Polen, Ungarn und Tschechien und wie sich die Grünen dazu verhalten. Die einen waren pro, die anderen kontra. Am Ende meinte Joschka Fischer, ich verkürze jetzt sehr stark, in etwa: «Dann müssen wir uns enthalten.» Da sagte ich: «Das könnt ihr so machen, aber wenn Joschka jemals deutscher Außenminister werden will, muss er sich begründet für Ja oder Nein entscheiden.» Es gab ein paar Sekunden absolute Stille. Joschka brummelte etwas Unverständliches vor sich hin. Die Grünen haben dann dem Beitritt zugestimmt. Im Herbst 98 wurden sie Teil der rot-grünen Koalition. Aber das ist jetzt wieder ein anderes Kapitel in der Geschichte der Grünen.

Vor allem wirst du selbst 2004 noch Europaabgeordneter in Brüssel. Darüber haben wir noch gar nicht gesprochen. Ich sehe ein, dass wir noch ein zweites Gespräch werden führen müssen.

Ist die Revolution von 1848 ein Baustein für die europäische Identität?

Abschlusspodium der Tagung «1848 und Europa – Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus» des Paul-Singer-Vereins Berlin in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, 14./15. Oktober 2012 in Berlin

Es diskutieren: György Dalos¹, Rüdiger Hachtmann², Heinz-Gerhard Haupt³, Christian Jansen⁴, Robert Traba⁵, Moderation: Reinhard Rürup⁶.

Reinhard Rürup: Nun kommen wir zu 1848 und Europa. Wenn wir in den großen Erinnerungsschritten denken, haben wir zunächst 1898 eine 50-Jahrfeier gehabt. Das war in Deutschland ein Ereignis für Minderheiten. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die schon keine kleine Minderheit mehr war, stellte sich eindeutig in diese Tradition. Im Bürgertum waren es aber nur die sehr kleine Gruppierung der Demokraten und einige wenige Linksliberale. Alle Übrigen interessierte das gar nicht. 1948 war es dann ganz anders. Noch gab es weder die Bundesrepublik noch die DDR, sondern nur die vier Besatzungszonen. In allen Zonen wurde damals der Revolution von 1848 gedacht. Nach der NS-Zeit hatte man ein starkes Bedürfnis, an demokratische und liberale Traditionen anzuknüpfen. In Berlin gab es damals eine große, vom Magistrat veranstaltete gemeinsame Feier, bei der Friedrich Meinecke, ein bürgerlicher Historiker, den Festvortrag hielt. 1998 dann bekannte sich die Bundesrepublik zum ersten Mal als Ganzes mit all ihren Repräsentanten und auf den unterschiedlichsten Ebenen uneingeschränkt zur Tradition von 1848 und erklärte 1848 geradezu zu einem Eckstein der politischen Kultur der Bundesrepublik. Das war eine ganz neue, in manchem auch überraschende Erfahrung.

Eines der Ergebnisse von 1998 ist übrigens ein Buch, das fast den gleichen Titel hat wie unsere Konferenz: «Europa 1948. Revolution und Reform», herausgegeben von Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Dowe und Dieter Langewiesche. Das war das Ergebnis einer Großkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es ist ein Buch von 1300 Seiten, auch ins Englische übersetzt, mit einer deutlich über den deutschen Büchermarkt hinausgehenden Wirkung.

- 1 György Dalos stammt aus Ungarn und lebt in Berlin. Er ist Schriftsteller und Historiker und leitete lange Zeit das Ungarische Kulturinstitut.
- 2 Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann ist Projektleiter («Das fordistische Jahrhundert [1919 bis 1989]») am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.
- 3 Prof. Dr. Heinz-Gerhard Haupt war Professor für vergleichende europäische Geschichte am Europäischen Hochschulinstitut Florenz und ist heute Projektleiter («Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte») an der Universität Bielefeld.
- 4 Prof. Dr. Christian Jansen ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Trier.
- 5 Prof. Dr. Robert Traba stammt aus Polen. Er ist Direktor des Zentrums für historische Forschung der polnischen Akademie der Wissenschaft in Berlin und Honorarprofessor an der Freien Universität zu Berlin.
- 6 Prof. em. Dr. Reinhard Rürup war zuletzt Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin und von 1989 bis 2004 Leiter der Gedenkstätte Topographie des Terrors.



Ausschnitt aus einer Lithographie von Ferdinand Schröder, 1849: Karikatur auf die Niederlage der Revolutionen in Europa 1848/49.

Der Forschungsstand hat sich nach meiner Einschätzung seitdem nicht entscheidend verändert. Zwar wird hier und da noch etwas Neues gefunden, aber auch das große Buch von Rüdiger Hachtmann war schon 1997 erschienen. Bei unserer Konferenz kann es deshalb nicht darum gehen, neue Forschungsergebnisse zu präsentieren oder den Forschungsprozess anzuregen. Wir wollen vielmehr gemeinsam darüber nachdenken, auf welche Weise man in Berlin und in der Bundesrepublik der 1848er Revolution künftig gedenken soll, welchen Stellenwert sie in unserer – wie wir das heute gerne nennen – *Erinnerungskultur* bisher hatte und künftig haben soll.

Wir haben heute Vorträge gehört, die uns noch einmal in Erinnerung gerufen haben, was sich 1848 in den verschiedenen Ländern ereignet hat. Vorträge, die den Forschungsstand zusammengefasst und auch eigenständig interpretiert haben. Jetzt muss es um die Frage gehen: Wie gedenken wir dieser Revolution, und sollte Berlin, sollte der Friedhof der Märzgefallenen⁷ dabei eine besondere Rolle spielen?

Ich beginne mit zwei Fragestellungen, mit denen wir uns noch einmal dessen vergewissern wollen, was 1848 in Deutschland und Europa tatsächlich geschehen ist: War es, erstens, tatsächlich eine europäische Revolution, oder war es eine Revolution, die zwar in vielen, aber bei weitem nicht allen europäischen Staaten stattfand?

7 Der Friedhof der Märzgefallenen ist eine Gedenkstätte im Volkspark Friedrichshain in Berlin. Der Paul-Singer-Verein, auf dessen Initiative hin die Tagung stattfand, setzt sich für die Anerkennung des Friedhofs als nationale Gedenkstätte ein.

Und war es eine, die ihre je eigenen Ursachen, Verlaufsformen und Ergebnisse hatte? Wie stark waren die Gemeinsamkeiten? War es ein Ländergrenzen überschreitender gesamteuropäischer Vorgang? Dass die revolutionären Bewegungen aufeinander bezogen und in vielerlei Hinsichten auch voneinander abhängig waren, ist in den Referaten deutlich geworden. Aber es ist auch deutlich geworden, dass sie alle ihren spezifischen Kontext und ihre besonderen Interessen hatten und dass diese zwischen den Nationen durchaus konträr sein konnten.

Die zweite Frage geht dahin, ob diese Revolution eigentlich eine gescheiterte Revolution war und als solche erinnert werden muss, oder ob sie nicht doch auch bleibende Erfolge erzielt hat.

Ich erinnere noch einmal daran, dass die Revolution auf mindestens drei Ebenen stattgefunden hat. Zunächst einmal wurde sie zu einem erheblichen Teil durch die soziale Frage ausgelöst. In dieser Hinsicht ging es um aktuelles Krisenmanagement. Diese Probleme wurden zumindest teilweise dadurch gelöst, dass die Konjunktur besser wurde und die Ernten reichlicher ausfielen, es also wieder Arbeit und Brot gab. Die zweite Ebene war die der Verfassungspolitik. Da haben wir es doch mit einigen bleibenden Erfolgen zu tun. Preußen und Österreich, die beiden dominanten Staaten in Mitteleuropa, waren vor 1848 keine Verfassungsstaaten, sie waren es aber danach. Viele andere deutsche Staaten, die schon im Vormärz Verfassungen erhalten hatten, sind Verfassungsstaaten geblieben, einige von den kleineren Staaten sind es auch in der nachrevolutionären Zeit noch geworden.

Die dritte ist die nationalpolitische Ebene. Hier ist die Revolution in Deutschland zweifellos gescheitert. Hier ist sie aber auch in den anderen europäischen Staaten nicht wirklich erfolgreich gewesen. Wenn man über das Scheitern der Revolution in Deutschland nachdenkt, muss man sich klarmachen, dass die Revolution von 1848 ja in keinem einzigen europäischen Land rundum erfolgreich war. Selbst in Frankreich, Herr Haupt hat nachdrücklich darauf hingewiesen, war kurz darauf ein neuer Kaiser da, Napoleon III. Das kann man nicht gerade als Erfolgsgeschichte einer liberal-demokratischen Revolution betrachten.

Vor diesem Hintergrund – 1848 war nirgendwo durchweg erfolgreich – muss man meines Erachtens nachdrücklicher als bisher danach fragen, welche bleibenden Ergebnisse und Erfolge diese Revolution eben auch erzielt hat. Welches sind die Traditionen – außer einer Tradition des Scheiterns –, an die man anknüpfen kann?

In dem Zusammenhang will ich noch kurz daran erinnern, dass das konservative Bürgertum und sowieso alle Regierungen in Deutschland im 19. Jahrhundert ein großes Interesse daran hatten, die Revolution von 1848 als ein vollkommen gescheitertes Unternehmen darzustellen, weil sie damit die Behauptung verbanden, dass man daran sehen könne, dass die Bürger es eben nicht selber können, sondern die Regierung und die herrschenden Schichten es machen müssen. Dies ist eine Interpretation, die sich im Grunde noch heute in vielen Geschichtsbüchern findet. Und dagegen sollte man angehen.

Mit der nächsten Frage leite ich zur zweiten Ebene der Diskussion über: Woran soll denn heute erinnert werden? Soll in erster Linie daran erinnert werden, dass es eine Revolution in Deutschland gab und dass diese Revolution auch nicht

schlechter war als in anderen Ländern? Gibt es irgendeine Berechtigung zu einer Art Revolutionsromantik?

Ich denke, man muss das Verhältnis von Revolution und Reform oder umgekehrt auch von Reform und Revolution neu reflektieren. Die bleibenden Veränderungen, die realen Fortschritte im politischen und gesellschaftlichen Leben sind in Deutschland und den meisten europäischen Staaten durch Reformen erzielt worden. Da Ergebnisse wichtiger sind als die Art und Weise, durch die sie zustande kommen, muss man deshalb, gerade wenn man eine Revolution zum Eckpunkt unserer Erinnerungskultur machen möchte, das Verhältnis von Revolution und Reform neu bestimmen.

Wenn man das tut, dann sind es nicht in erster Linie die Barrikaden, so schön die Bilder auch sind, an die man erinnert. Man erinnert vor allem daran, dass in einer politisch-gesellschaftlichen Krise Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen, dass sie sich demokratisch verhalten haben und dass sie dafür auch auf Barrikaden gegangen sind – aber nicht, weil sie gerne auf Barrikaden gehen wollten, sondern weil es Situationen gab, in denen die Konsequenz ihres Denkens dieses erforderte. Diese Menschen haben ihr Schicksal in die Hand genommen, haben Risiken nicht gescheut und haben Solidarität erfahren. Ich denke, das sind die Dinge, an denen wir für die Erinnerungskultur ein besonderes Interesse haben sollten.

Nun möchte ich noch kurz auf die europäische Dimension eingehen: 1848 und Europa. Was sollen wir da erinnern? Der Untertitel unserer Konferenz ist da sehr ambivalent: «Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus». Im Vortrag von Hans Henning Hahn⁸ hieß es im Untertitel sogar «vom Völkerfrühling zum Alptraum widerstreitender Nationalismen». Und zu Recht ist angemerkt worden, dass es das Ziel war, Nationalstaaten zu gründen, keineswegs ein vereintes Europa. Man war sich aber andererseits durchaus bewusst, dass man in einem gemeinsamen Europa lebte, dass die Nationalstaaten neben- und miteinander existieren mussten und konnten. Das ist die Tradition des «Völkerfrühlings», so wie Heinrich Heine und andere es verstanden haben: Sie glaubten, dass künftig die Völker nicht mehr gegeneinander zu Felde ziehen, sondern miteinander eine neue, menschenfreundliche Zukunft schaffen würden. Das waren wegweisende, unter den damaligen Verhältnissen kühne Ideen. Sie sind durch den starken Drang in den meisten revolutionären Staaten, einen eigenen Nationalstaat zu bilden, nicht widerlegt worden. Aber man muss die Spannung zwischen dem Nationalen und dem Europäischen aushalten können. Auch das lehrt unter anderem die Revolution von 1848.

Schließlich und endlich müssen wir uns immer fragen: Welche Bedeutung hat in einer solchen Erinnerungskultur Berlin? Welche Bedeutung hat Europa in Berlin, in der deutschen Hauptstadt? Und welche Bedeutung hat dann innerhalb Berlins wiederum der Friedhof der Märzgefallenen? Wie soll, kann und muss man argumentieren, wenn man der Meinung ist, der Friedhof der Märzgefallenen soll aus

8 Prof. Dr. Hans Henning Hahn ist Professor für osteuropäische Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Er hat den Eröffnungsvortrag der Tagung im Abgeordnetenhaus von Berlin gehalten: 1848 und Europa – vom Völkerfrühling zum Alptraum widerstreitender Nationalismen.

dem relativen Dämmerzustand erlöst und zu einer nationalen Gedenkstätte für 1848 werden?

György Dalos: Dass die ungarische Revolution 1848 eine europäische Revolution war, das ist klar für die ungarische Tradition, was aber nicht bedeutet, dass die Bezüge dieser Ereignisse in Ungarn «Revolution und Freiheitskampf 1848/49» genannt werden oder dass die Bezüge dieser Ereignisse zu Europa konfliktlos gewesen wären. Die ursprüngliche Idee am 15. März, die die Leute in der damals ziemlich kleinen Stadt Pest auf die Straße brachte, war die Reform. Gleichzeitig wurde die Parlamentssitzung in Pressburg abgehalten. Dort wurde auch über die Reformen, und zwar über die wichtigste Reform, über die Aufhebung der Leibeigenschaft diskutiert. Die Diskussion änderte sich mit der Ankunft des Schiffs aus Wien am 14. März in Budapest, das die Nachricht von der Wiener Revolution brachte. In Pest war Jahrmarkt. Und Studenten der Universität, die Stammgäste eines einzigen großen Wiener Cafés waren, Café Pilvax, haben sich plötzlich entschlossen, die Geschichte ein bisschen zu beschleunigen. Das bedeutete erstens, dass sie in 12 Punkten die wichtigsten Forderungen zusammengefasst haben: Pressefreiheit; Landtag nicht in Bratislava, nicht in Pressburg, sondern in Pest, und zwar frei gewählt; dann die Union mit Siebenbürgen, das heißt nicht die Einverleibung von Siebenbürgen; dann allgemeine Gleichheit vor dem Recht. Das war schon eine Folge der Aufhebung der Leibeigenschaft – also allgemein demokratische Forderungen. Und die erste dieser Forderungen hieß: Wir wünschen die Freiheit der Presse, die Streichung der Zensur. Woher sie damals wussten, dass beides nicht absolut gleichbedeutend ist, ist ein Wunder.

Aber sie haben auch etwas getan. Sie sind in die damals größte Budapester Druckerei Landerer & Heckenast, eine deutsche Druckerei, gegangen und haben feierlich ihre Hand auf die Presse gelegt und erklärt, dass die Presse frei sei. An diesem Tag gab es im Nationaltheater eine Vorführung des klassischen Dramas Bánk Bán, also ein antifeudales Drama. Und vor dem Nationalmuseum deklamierte der junge, damals 25-jährige Sándor Petőfi sein Nationallied. Dieses Nationallied war ziemlich pathetisch und der Refrain lautete: «Bei dem Gott der Magyaren schwört den Eid, schwört den Eid, dass ihr vom Joche euch befreit.» Das heißt, er vereidigte die Nation auf die Freiheit. Das war alles wunderschön poetisch. Und in Wien hatte man die Hosen voll – vor den eigenen Studenten und vor diesen unberechenbaren Ungarn. Und die Wiener Regierung hat im April auch die Gesetze erlassen und das sogenannte verantwortliche ungarische Ministerium wurde aufgestellt mit dem Revolutionsheld Lajos Kossuth als Finanzminister ohne Budget. Und es sah so aus, dass das alles gehen würde.

Was aber diese nationale Regierung von Anfang an versäumt hat, war der Frieden mit den nationalen Minderheiten, mit den Nachbarn, mit den Kroaten, Serben, Rumänen, die dann wiederum vom Haus Habsburg dazu missbraucht werden konnten, gegen die ungarische Revolution die Rolle der Vendée zu spielen.

Der Held dieses Widerstandes war ein k.u.k. Offizier und jüdischer Dichter, der Kroat Jellacic. Und es ist gelungen, eine 200.000 Mann starke kroatische Armee gegen

die ungarische Revolution zu mobilisieren. Und alle wussten, dass, wenn Slawen in diesem Imperium gegen die Ungarn kämpfen, dann können die Russen, das zaristische Russland nicht neutral bleiben. Als dann die Revolution gegen die Kroaten und dann gegen die Habsburger einen militärischen Sieg nach dem anderen erreichte, ging Kossuth weiter und proklamierte im April 1849 eine Unabhängigkeitserklärung nach amerikanischem Muster. Dann kam die 200.000 Mann starke zaristische Armee. Die dachte einerseits an ihre panslawischen Sympathien und andererseits an Polen. Denn in diesem Heer der ungarischen Freiheit kämpften zwei polnische Generäle, Józef Bem und Henryk Dembinski. Und Polen war natürlich der wunde Punkt des ganzen Systems.

Was neu und was für die Zukunft sehr wichtig war, war die Erfahrung der ungarischen Revolutionsregierung, dass Europa nicht helfen wird. Es wird zwar eine europäische Sache vertreten, aber es kommt keine Hilfe. Das bedeutete natürlich 1956, dass sich die Erfahrung wiederholt hat: Die UNO-Truppen kommen nicht. Das war für das ungarische nationale Bewusstsein, ich würde sagen, eine Grunderfahrung. Diese Grunderfahrung hat aber die Idee von 1848 am Leben erhalten, diesen Tag, den 15. März. Die demokratische Regierung hat sich 1989 – zusammen übrigens mit den Sozialisten – geweigert, den Tag zum Nationalfeiertag zu erklären: Sie haben stattdessen den 20. August, den St. Stephanstag dazu erkoren. Trotzdem ist Kossuth, also dieser schlechte Politiker und unglaublich große Mensch, immer noch beliebt in Ungarn, viel beliebter als diejenigen Reformleute, die das Ganze langsam und mit weniger Opfern machen wollten.

Und «1848» ist bis heute da. In der Ära Kádár hat die Polizei an jedem 15. März mobilisiert, weil sie Angst hatten, dass es jemandem einfällt, ein Petöfi-Gedicht auf der Straße zu deklamieren, wobei Petöfi als Nationalklassiker galt. Die Kommunisten hatten ihn natürlich auch für ihren Dichter gehalten.

Was ist mit dieser Tradition in Ungarn? Sie ist einerseits immer noch dominierend im Nationalbewusstsein. Andererseits wäre es nicht Ungarn, wenn auch diese Tradition die Leute nicht entzweit hätte. Es gab noch keinen 15. März seit der demokratischen Ära, an dem die verschiedenen Parteien zusammen gefeiert hätten. Alle streiten darum, wem die Revolution 1848 gehört. Dass sie leider den Steuerzahlern gehört, beweisen nur die ab und zu kostspieligen Feiern, was – wenn man die etwas armselige und puritanische Revolution von 1848 berücksichtigt – auch ein bisschen übertrieben ist.

Robert Traba: Wir sind alle mehr oder weniger aktive Teilnehmer eines Prozesses der Bildung eines neuen Erinnerungsortes. 1848 ist seit über 100 Jahren bekannt. Für mich ist ein Erinnerungsort nicht nur ein topographischer Ort, sondern ein Artefakt, ein Symbol, eine Persönlichkeit oder ein Ereignis usw. Es handelt sich aber nur dann um einen Erinnerungsort, wenn eine identitätsstiftende Kraft von ihm ausgeht. 1848 hat das Potenzial zu einem Erinnerungsort zu werden, aber wie in Frankreich und Italien hat es noch keine identitätsstiftende Kraft, weil es in Vergessenheit geraten ist. Wenn man durch Italien fährt, sieht man in fast jedem Dorf Mazzini- und Garibaldi-Denkmäler, Straßen mit diesen Namen, die an die Fahrt von

Garibaldi nach Sizilien erinnern usw. Mithilfe dieser Persönlichkeiten wird wohl oder übel auch an 1848 erinnert, aber das wird nicht so richtig öffentlich thematisiert.

Ich weiß nicht, ob wir überhaupt über gescheiterte oder gelungene Revolutionen diskutieren müssen. Ich würde sagen, dass das, was die Geschichte lebendig macht, unter anderem ihre Kontroversität ist. Damit komme ich zu zwei wichtigen Begriffen der Bildung und der Geschichtsdidaktik: Kontroversität und Multiperspektivität sind die führenden Begriffe, die unter anderem entnationalisiert sind. Sie machen die Erzählung über die Geschichte lebendig. Es stimmt, die Revolution war nicht ganz gelungen. Die konservative Seite war sehr stark. Dadurch haben wir ein Feld von unterschiedlichen, sich gegenseitig ausschließenden Ideen usw., aber dadurch ist trotzdem alles irgendwie in Bewegung. Es ist einfacher, solch ein Potenzial als lebendige Geschichte zu benutzen als schlicht eine Erfolgsgeschichte zu erzählen.

Schauen Sie einmal auf die Debatte um den 9. November, um beim deutschen Beispiel zu bleiben. Wie viel Emotionen, vielfältige Erinnerungen und Thesen finden wir in diesem Datum. Soviel Potenzial hat auch 1848. Die Frage ist nur: Was können wir tun, um 1848 vom potenziellen zum wirklichen Erinnerungsort zu machen?

Wir haben vergessen, über die Träger der Erinnerung zu sprechen. Was ist das Wichtigste bei der Transmission eines Ereignisses in unser Gedächtnis? Wichtig ist die Bildung von Transmissionsriemen. Wir haben heute die Literatur vergessen, z.B. Victor Hugo. Er ist ein europäischer, wenn nicht sogar Weltschriftsteller; alle kennen Hugo mehr oder weniger. Wir können auch die bereits erwähnten Denkmäler nennen, die vor allem in Italien zu finden sind.

Was seit mehreren Jahren in Berlin zu den Märzgefallenen zu beobachten ist, ist wiederum ein Prozess, in dessen Verlauf ein Datum aus der Vergessenheit immer mehr in die Öffentlichkeit geholt wird: Jedes Jahr wird am 18. März öffentlich gefeiert, gibt der Paul-Singer-Verein Bücher heraus, auch ab und zu im Rahmen der Historiale inszeniert. Das ist meiner Meinung nach ein Weg, der internationalisiert werden kann. Das ist natürlich sehr schwer, weil 1848 in Polen im Gegensatz zu Ungarn kein bedeutendes Datum ist. Das Jubiläumsjahr 1998 hat aus verschiedenen Gründen nichts Neues zu diesem Thema gebracht. Dieses Datum hat auch in Polen verschiedene Facetten. Und Mierosławski⁹ ist eine tragische Figur der europäischen Geschichte. Immer wenn er Anführer eines Aufstands war, war der Aufstand verloren. Er hat in Sizilien angefangen und in Baden geendet. Aber er ist eine wirklich schöne, romantisch-tragische Figur.

Wir sollten ein Netzwerk von Orten aufbauen, die sich mit 1848 assoziieren. Ich sehe in 1848 Potenzial, das nur mit 1989 vergleichbar ist. Dadurch kann man auch den Weg finden. 1989 war natürlich ein Erfolg, aber das ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass es das einzige Ereignis in 200 Jahren europäischer Geschichte war, das in ganz Europa stattfand.

⁹ Ludwik Mierosławski war polnischer Revolutionär, der an zahlreichen revolutionären Aktionen in Europa beteiligt war.

Heinz-Gerhard Haupt: Sie haben natürlich Recht, dass es in Italien eine Fülle von Denkmälern von Garibaldi und Mazzini gibt und Viktor Emmanuel zusammen mit Garibaldi, aber das ist auf den Einigungsprozess bezogen. Das heißt, 1848 ist die gescheiterte Vorgeschichte des Einigungsprozesses. Wenn man ihrer gedenkt, gedenkt man ihrer im Kontext des Einigungsprozesses, dies auch in Frankreich. Es gibt eben auch tote Erinnerungsorte. Erinnerungen entstehen in Gesellschaften direkt nach dem Ereignis, indem man gewisser Personen gedenkt, die eigentlich kein Leben mehr entfalten. Wenn man durch Städte geht und sieht, wer mit Denkmälern bedacht wird, wer mit Straßennamen bedacht wird ...

Robert Traba: Herr Haupt, tote Denkmäler, aber nicht tote Erinnerungsorte. Wir als Historiker können nicht Propheten sein und wissen, wann und wie sie wieder erinnert werden.

Heinz-Gerhard Haupt: Wenn sie durch europäische Städte gehen, können sie eine Reihe von Erinnerungsorten aufzählen, die in früheren Zeiten vielleicht wichtig waren, heute aber nicht mehr. Deshalb finde ich die Kriterien so wichtig, die sie genannt haben. Damit historische Erinnerung in der Gegenwart aktuell wird, muss sie mit Kontroversen verbunden sein. Das heißt, es müssen Ereignisse sein, die kontrovers diskutiert werden. Es müssen Sachen sein, die eine identitätsstiftende Kraft zumindest für einzelne gesellschaftliche Gruppen entfalten und – würde ich sagen – die mit Praktiken verbunden sind.

Ich denke immer an die *Mur des Fédérés* als einen lebenden Erinnerungsort in Frankreich, das heißt, die Mauer, vor der am Ende der Pariser Kommune die Föderierten erschossen worden sind. Und jedes Jahr seit 1871, im Jahr 2012 war ich selbst dabei, ziehen am 28. Mai Mitglieder der Gewerkschaften, linker Gruppierungen, außerparlamentarische Linke, aber auch Sozialisten dort hin und gedenken der Kommunarden. Dazu finden Reden statt. Das ist ein Denkmal, das lebt und in gesellschaftliche Praktiken eingebunden ist.

Wie kann man also Erinnerungen mit Praktiken verbinden? Meist hört die historische Denkmalsforschung auf, wenn das Denkmal errichtet ist. Man weiß nie, was hinterher geschieht. Ist das Hermannsdenkmal im Teutoburger Wald ein lebendiger Erinnerungsort? Oder ist es ein totes Denkmal? Die Träger der Erinnerung können dabei sehr unterschiedliche sein: nationale, lokale usw.

Was kann man aus 1848 für Europa lernen? Wichtig ist natürlich diese Ambivalenz zwischen Nation und Internationalität. Und für die Diskussion über Europa in der Gegenwart ist es wichtig, die Ungleichzeitigkeit in Erinnerung zu behalten. Europa in der Revolution war nicht gleichmäßig von der Revolution betroffen. Europa in der Revolution hat nicht gleichmäßig ähnliche Strukturen entwickelt. Der Grad der Politisierung, der Grad der Nationalisierung war unterschiedlich. Die Bedeutung sozialistischer Ideen war unterschiedlich. Die Vorstellungen von Demokratie waren unterschiedlich ausgeprägt. Der Einfluss der Kirche war unterschiedlich. Europa selbst ist ein in sich vielfältig gegliedertes Etwas und es ist wichtig, immer wieder die Ungleichzeitigkeit Europas zu betonen, damit man nicht zu leichtfertig Vorstellungen

von der Einheit Europas hervorruft, die dann nach einigen Jahren politischen Katzenjammer nach sich ziehen, weil man feststellt, dass die Verhältnisse doch von Land zu Land verschieden sind.

Christian Jansen: 1848 war das einzige gesamteuropäische Ereignis der letzten 300 Jahre – außer 1989 –, das nicht mit einem Krieg zu tun hat. Allein deshalb sollte man 1848 als europäisches Ereignis positiv hervorheben, weil das in unserer europäischen Geschichte doch selten ist. Und dann möchte ich noch eine Anmerkung zu Herrn Rüups These machen, dass 1848 in Deutschland die Nationalstaatsgründung gescheitert sei. Das würde ich nicht sagen. Bismarck wäre ohne 1848 nie im Leben auf die Idee gekommen, einen Nationalstaat zu gründen. Wenn er ohne 1848 überhaupt ein bedeutender Politiker geworden wäre, hätte er sich vielleicht an der Vergrößerung Preußens im Sinne der Lösung von 1867 beteiligt, also der Verbindung der beiden Hälften Preußens. Die Idee des Nationalstaats ist aber ein Erbe von 1848. Insofern sind die 1848er sehr erfolgreich gewesen, allerdings in einem Sinne, der uns heute nicht unbedingt sympathisch ist. Dies möchte ich an zwei Punkten verdeutlichen: Erstens an der ethnischen Definition der Nationszugehörigkeit, deshalb war in der Paulskirchenverfassung von den «Grundrechten der Deutschen» die Rede. Ihr lag nicht die politische Definition der Nation der Französischen Revolution zugrunde. Zweitens war der deutsche Nationalismus immer expansiv. Die Forderung nach der Annexion Elsass-Lothringens, der sich auch Bismarck nicht entziehen konnte, haben wir auch schon 1848. Die Forderung nach Kolonialbesitz, dass Deutschland ein Imperium werden müsse, dass es nachholen müsse, was die anderen großen europäischen Nationen schon vorweg haben. All diese Dinge finden wir bereits 1848. Deshalb ist die Tradition von 1848 zwar eine linke, aber nicht unbedingt eine, die wir heute positiv finden.

Es ist eine Verharmlosung, wenn wir in Sonntagsreden immer wieder hören, «Einheit und Freiheit» seien die Parolen von 1848. In Wahrheit muss es heißen: «Einheit, Macht und Freiheit». Das erstrebte Reich sollte immer ein Machtstaat sein. Es war nie an eine friedliche Föderation in Europa gedacht worden, zumindest nicht von den dominanten Strömungen der 1848er Zeit. Insofern «Einheit, Macht und Freiheit», auch dieses Machtdenken, was wir dann im Bismarck-Reich haben, ist ein Erbe von 1848.

Als eher west- und süddeutsch geprägter Historiker halte ich übrigens die Paulskirche für den Erinnerungsort, der 1848 am besten repräsentiert, und zwar im Sinne von Demokratie und von Verfassungsgebung und trotz der schrecklichen Dinge, die dort auch gesagt und beschlossen worden sind. Ich habe Probleme mit Gedenkstätten wie in Rastatt oder auch mit dem Friedhof der Märzgefallenen, die an Niederlagen, an Opfer erinnern. Aber ich habe außerdem auch Schwierigkeiten als nicht gebürtiger Berliner, als Nichtpreuße, mit einem Erinnerungsort in Berlin, weil ich denke, Berlin steht für die Sieger, für den Nationalstaat, wie er 1871 gegründet worden ist. Das ist zwar eine Tradition von 1848, aber in vieler Hinsicht eben doch zugleich auch die Niederlage der 1848er gewesen, zumindest der Teile, an die wir gerne erinnern wollen. Berlin steht für Bismarck. Berlin steht für den Vorrang der Macht

vor der Freiheit. Insofern bin ich skeptisch gegenüber Erinnerungsorten in Berlin. Als Erinnerungsort in Berlin ist ein Friedhof jedoch wiederum geeignet, weil er immerhin nicht für den Machtgedanken steht, sondern für die Leute, die sich nicht durchsetzen konnten.

Und noch eine letzte Bemerkung: Ich kenne den Begriff der «Märzgefallenen» aus meiner eigenen Sozialisation eigentlich nur als negativen Begriff, um die Leute zu benennen, die im März 1933 in die Partei eingetreten sind. Von daher finde ich es positiv, dass der Begriff der «Märzgefallenen» jetzt wieder in seiner ursprünglichen Bedeutung hochgehalten wird. Insofern habe ich dann doch eine Sympathie für dieses Projekt. Ob es ein nationaler Erinnerungsort sein kann, scheint mir dennoch fraglich.

Rüdiger Hachtmann: Jetzt hat Christian Jansen mich natürlich bewusst provoziert. Erstmal möchte ich darauf hinweisen, dass mit dem Friedhof der Märzgefallenen nicht an Opfer und Niederlage, sondern mindestens ebenso an einen Sieg erinnert wird, und zwar an den Sieg des demokratischen Berlins über die preußische Krone. Das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein. Deswegen steht gerade der Friedhof der Märzgefallenen nicht für Bismarck, sondern im Gegenteil für die demokratische Alternative zu Bismarck.

Zur Bedeutung Berlins kurz Folgendes: Berlin war neben Paris und Wien die europäische Revolutionsmetropole. In Berlin hat sich das Schicksal der europäischen Revolution von 1848 entschieden – zunächst positiv. Nach der Februarrevolution und der Wiener Märzrevolution war mit der erfolgreichen Berliner Märzrevolution klar, dass die europäische Revolution erst einmal gesiegt hatte, genauso wie umgekehrt klar war, dass nach der Junischlacht in Paris, nach der Wiener Oktoberrevolution und nach Mitte November, nachdem Wrangel in Berlin einmarschiert war, die Revolution europaweit gescheitert war, trotz des erneuten Aufflackerns der Revolution 1849 vor allem in Italien, Ungarn und Baden.

Der Friedhof der Märzgefallenen ist einer von insgesamt drei großen authentischen Erinnerungsorten an die 1848er Revolution im deutschen Raum, neben Rastatt und der Paulskirche. Allein deswegen ist es wichtig, über den Friedhof der Märzgefallenen an die Revolution in Mitteleuropa zu erinnern. Ich sage ausdrücklich Mitteleuropa und nicht Deutschland, weil zugleich mit der Märzrevolution ja auch beispielsweise die in Moabit gefangenen Polen befreit wurden und die Revolution in Preußen nicht nur auf den übrigen deutschen Raum ausgestrahlt hat, sondern gesamteuropäisch.

Wichtig finde ich, was Herr Traba in seinem Beitrag angesprochen hat. Das ist die identitätsstiftende Kraft, die diesem Erinnerungsort verliehen werden muss. Völlig richtig ist, dass, was sehr stark gegenwartsbezogen ist, abebben kann und dann erneut eine wichtige Rolle spielen kann. In dem Kontext ist beispielsweise darauf hinzuweisen, dass bis 1918 der «18. März» sozusagen der «1. Mai» gewesen ist. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass – wie der historische Zufall das wollte – der 18. März auch gleichzeitig auf den 18. März 1871 hinweist, also auf den Beginn der

Pariser Kommune. Auch damit ist noch mal die internationale oder europäische Dimension notiert.

Ich finde außerdem ein zweites Stichwort von Herrn Traba wichtig. Das ist der Aspekt der Kontroversität, der Offenheit. Wichtig scheint mir zu sein, sich darum zu bemühen, den Friedhof der Märzgefallenen möglichst ohne teleologische Zuspitzung zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Bis vor einigen Jahrzehnten war es jedenfalls in der Bundesrepublik so, dass 1848 als Vorgeschichte von 1871 gesehen wurde. Christian Jansen hat mit seiner These zur Verschweigerung Südwestdeutschlands, als möglicher Alternative der historischen Entwicklung, diese Vorgeschichtsthese meiner Ansicht nach sehr produktiv konterkariert. Problematisch wäre es aber auch, deswegen finde ich den Aspekt der Kontroversität bzw. der Offenheit der Deutung zentral, den Friedhof der Märzgefallenen bzw. das, was dahinter steht, nämlich die Intention der demokratischen Bewegung, im Hier und Heute aufgehen zu lassen.

Gerade mit Blick auf den Friedhof der Märzgefallenen und die Ausstellung dort ist es aus diesem Grund so, dass wir das Ganze bedeutungsoffen angelegt haben. Damit kann es auch, wenn man so will, historisch-politisch weiterentwickelt werden.

Woran soll man heute erinnern? Es ist die Frage danach, was demokratische Bewegung eigentlich grundsätzlich charakterisiert, nämlich dass man für seine politischen und sozialen Rechte aktiv eintritt, dass man sich gegen Unterdrückung wehrt. Ich halte es für problematisch, in diesem Kontext «Barrikade» und andere Ebenen der Politik gegeneinander auszuspielen. Man kann auf die Frage, was wichtiger war oder welches Revolutionssymbol wichtiger ist, salopp antworten: Ohne Barrikade auch kein Parlament, ohne Barrikade keine demokratische Fundamentalpolitisierung und «politische Sprache», ohne Barrikade keine demokratischen Vereinigungen.

Vor diesem Hintergrund bietet der Friedhof der Märzgefallenen einen zentralen Hebel, um die demokratische Substanz von 1848 noch einmal ins breite öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Und 1848 und Europa ist als Lernfeld wichtig. Völlig zu Recht wurde angemerkt, dass 1848 ja nicht nur Völkerfrühling gewesen ist, sondern gleichzeitig ein Zeitraum, in dem der Chauvinismus «fröhliche Urständ» feierte und sehr stark geworden ist. Ich meine mit lernfähig, dass man hier in gewisser Weise auch für heute daraus lernen kann, weil wir in der Europäischen Union erleben, dass Krisen und große Probleme in der Europäischen Union dazu führen, dass nationalistische, gegenüber nationalen Minderheiten intolerante Bewegungen stark werden können.

Meiner Ansicht nach ist mit Blick auf 1848 darüber hinaus wichtig, dass 1848 ganz wesentlich zu unserem demokratischen Traditionsbestand gehört. Deshalb muss 1848 noch sehr viel stärker ins allgemeine Bewusstsein gehoben werden. Der Fokus sollte dabei künftig nicht nur auf Jubiläumsjahre wie 1998 gerichtet sein.

Zum Schluss möchte ich noch auf Herrn Rürups Frage eine Antwort versuchen: Gescheitert oder Erfolg? Realhistorisch betrachtet muss man sagen, dass die Revolution gescheitert ist. Aber ich habe versucht in meinem Beitrag zu Preußen deutlich zu machen, dass bestimmte Bewegungen, ich denke da vor allem an die Arbeiterbewegung, aber auch an die Linksliberalen und an die Demokraten, aus der

Revolution von 1848 ganz wesentliche Lebenskräfte, ganz neue politische Energien rausgezogen haben. Und vor diesem Hintergrund ist 1848 eben nicht nur gescheitert, sondern es ist auch ein wesentlicher, positiver Baustein der heutigen und auch der künftigen demokratischen Gesellschaft.

Auszüge aus der Diskussion mit dem Publikum

Eva Quistorp: Ich freue mich sehr, dass diese Tagung stattfindet, und zwar weil ich eine ganz besondere Rezeptionsgeschichte mit einigen Kolleginnen habe, die mit mir zusammen die Grünen gegründet haben. Die erste Europawahlversammlung der Grünen zur Direktwahl des Europaparlaments hat am 17. und 18. März 1979 in Offenbach stattgefunden. Ich denke, das war genauso wenig ein Zufall wie der 18. März 1990, wo anscheinend Markus Meckel und andere auf der Traditionslinie europäischer 18. März und demokratischer Tradition bestanden haben.

Wir haben eine praktische Rezeptionsgeschichte von 1848 betrieben. Wir haben uns das europäische, das basisnahe und das demokratische Element rausgenommen und haben das mit der damaligen Bürgerinitiativbewegung verbunden. Einzelne Persönlichkeiten, einige Frauen, waren in diesen Bürgerinitiativen stark von 1848 geprägt. Und es ist natürlich in Deutschland anders als in den anderen europäischen Ländern, weil wir ja als Nachkriegsgeneration suchen mussten. Wenn wir nicht Kommunisten, Sozialisten oder Sozialdemokraten waren oder aus den Familien des 20. Juli kamen, mussten wir ja um 1968 herum, wo es dann auch um Revolution und Rebellion ging, nach einem Traditionsbestand suchen, mit dem wir unsere eigenen Forderungen nach Demokratie legitimieren konnten.

Ich fände es wichtig, dass die Grünen und die Heinrich-Böll-Stiftung in der Geschichtsschreibung die zwei, drei Personen, die sehr klar und sehr bewusst strategisch mit 1848 gearbeitet haben, bekannt machen. Ich habe noch 15 Jahre das ganze Revolutions-, Sozialismus- und Maoismusgerede mitgekriegt und musste dann den Begriff der Reform rehabilitieren. Das kann man sich gar nicht vorstellen, was das für eine Schwerarbeit war. Das wirkt heute so, als wären bei den Grünen die Demokratievorstellungen schon immer da gewesen, Reform des Staates. Nein, führende Personen der Grünen hatten sehr antistaatliche, antiparlamentarische und Antireformhaltungen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sagen, aus 1848 kann man dieses Spannungsfeld herausarbeiten. Und ich denke, es ist auch für die heutige soziale Jugendbewegung, z.B. bei Occupy oder Attac, wichtig, dass man ihnen dieses Spannungsfeld als Traditionsgeschichte mit an die Hand gibt.

Und die Anti-Atom-Bewegung war auch grenzüberschreitend, da haben Dichter aus dem Elsass, Intellektuelle und Anti-Atom-Leute auch an dieser Traditionslinie gearbeitet. Das Lied «Die Gedanken sind frei» und viele andere Lieder haben wir in der Anti-Atom-Bewegung wiederbelebt.

Frage aus dem Publikum: Welche Rolle spielte die Idee «Europa», die Gemeinsamkeit Europas im Denken der damaligen Akteure selbst, also in den verschiedenen Strömungen der 1848er Revolution und in der Nachfolge der Erfahrungen dieser

Revolution? Es ist zum Beispiel bekannt, das Arnold Ruge ein richtiges Konzept entwickelt hat für ein einheitliches Europa in der damaligen Zeit. Ich glaube, in unseren weiteren Diskussionen sollte das nicht ganz aus dem Blickfeld geraten.

Robert Traba: Mit den Denkmälern ist es so, wie Robert Musil gesagt hat: Sie leben nur, wenn sie eingeweiht sind. Wenn um diese Denkmäler nicht etwas ritualisiert ist, dann werden sie zu Straßenschildern – hinter diesem Denkmal biegen Sie links oder rechts ab. Ich will kein Prophet und auch keine Cassandra sein, aber es ist so: Um eine Erinnerung lebendig zu machen, muss sie mit Emotionen gefüllt werden. Ist 1848 mit Emotionen geladen? Nein. Das ist das Problem. Es gibt eine polnische Diskussion, meine Landsleute beklagen sich, dass die Solidarność-Revolution in der europäischen Erzählung über 1989 nicht so populär wie der Mauerfall ist. Natürlich: Wir waren größer, wir waren früher, wir waren 10 Millionen. Aber Mauerfall ist Mauerfall. Das ist so spektakulär, das hat eine größere Durchsetzungskraft.

Es fehlt ein Datum, ein europäisches Datum für 1848. Es fehlt auch etwas Spektakuläres. Potenzial ist da, aber wie kann man junge Leute überzeugen und zeigen, dass dieses Potenzial noch lebendig ist? Ich weiß, das sind schöne Worte – Demokratie usw. Aber wir brauchen mehr.

Wenn so etwas fehlt, ist der andere Weg die staatliche Strategie. Man kann es von oben probieren. Man kann auch Druck machen. Das ist immer gefährlich. Die Europäische Union versucht ebenfalls, eine Diskussion zu initiieren: Wie kann man europäische Geschichte erzählen? Wo kann man gemeinsame Punkte europäischer Geschichte finden, um nicht zu sagen, gemeinsamer Erinnerung? Und 1848 gehört zu diesem Gemeinsamen. Wir leben zu einer Zeit, in der ein Europäisches Museum entsteht. Es kann die Diskussionen über 1848 zum Beispiel initiieren. Die Initiative zum Friedhof der Märzgefallenen, der Paul-Singer-Verein könnten auf die Idee kommen und sagen: Wir stiften einen Europäischen Preis 1848, einen Preis für die Demokratie – warum denn nicht? So ein Preis dient immer dem, der den Preis bekommt, er dient aber auch immer den Preisstiftern, weil er in positivem Sinne ein Transmissionsriemen für ein breites Publikum ist. Wir brauchen eine Idee, keine Ideologie.

Das sind zwei Szenarien – von unten und von oben. Die Zeit wird zeigen, was aus dieser Initiative wird, vor allem ob sie einen Erinnerungsort in Deutschland finden wird.

Reinhard Rürup: Vielleicht darf ich eine Anmerkung machen. Sie sagen mit Recht, eine Erinnerungskultur braucht Emotion. Man darf nicht nur abstrakte Einsichten haben, sondern es muss eine emotionale Verbindung mit dem geben, woran man erinnern möchte. Ihr Beispiel mit dem Mauerfall ist ja durchschlagend. Man hätte in der Tat in Ungarn, in Polen immer sagen können, wir waren früher dran und haben alles in Bewegung gesetzt, aber es gab keine Mauer, die da fallen konnte. Und sie ist ja auch hier nicht gefallen, wurde aber plötzlich durchlässig. Gefallen ist sie später.

Ein anderer Aspekt des möglichen Mangels an Emotionen ist der, dass da, wo es Bürgerinitiativen gibt – und in gewisser Weise ist der Paul-Singer-Verein ja in diesem

Fall eine Bürgerinitiative –, auch diese Initiativen in aller Regel davon leben, dass es irgendetwas gibt, worüber man sich aufregen kann. Da haben wir nun Pech hinsichtlich des Friedhofs der Märzgefallenen, weil er respektiert wird, aber distanziert und ohne große Emotionen. Wenn es zum Beispiel Baupläne für ein Hotel oder ein großes Bankgebäude auf dem Friedhofsgelände gäbe, dann wäre die Aufregung groß und das wäre plötzlich nicht nur eine Sache der Berliner Öffentlichkeit, sondern auch der nationalen, vielleicht auch der europäischen Öffentlichkeit. Aber leider gibt es niemanden, der solche Baupläne im Augenblick verfolgen würde.

Heinz-Gerhard Haupt: Man kann sich ja in dem Kontext noch mal fragen: Warum gibt es eigentlich keine konservative Erinnerung an 1848? 1848 ist ein hervorragendes Beispiel gelungenen konservativen Krisenmanagements. Einer der Erfolge war Ordnungserhaltung. In allen Staaten sind eigentlich die staatlichen Instanzen erfolgreich gewesen. Wenn derartige Ereignisse auch aus derartigen Kontroversen noch mal Lebendigkeit gewinnen, wäre es natürlich interessant zu fragen: Warum gibt es eigentlich diese konservativen Versuche nicht, sich an die erfolgreiche Ordnungserhaltung zu erinnern?

Das kann einerseits daran liegen, dass konservative Gruppierungen und Staaten sich natürlich immer sehr viel leichter an sehr positiv besetzte Werte als an die schiere Ordnungserhaltung erinnern. Polizeieinsätze, Militäreinsätze sind nicht besonders publikumswirksam. Das mag auch daran liegen, dass sich in den letzten 15, 20 Jahren innerhalb Europas gewisse Vorstellungen über eine akzeptable Erinnerungskultur entwickelt haben, die darauf abzielen, dass vor allem universalistische Werte in der Erinnerungskultur hervorgehoben werden können und nicht mehr nationalistische. Und eine Ordnungserhaltung ist schwer als universalistischer Wert zu verkaufen. Aber für die Durchsetzung und auch für die emotionale Besetzung von gewissen Orten als Erinnerungsorte könnte so eine Kontroverse natürlich sehr wirksam sein.

Ich möchte auch noch auf die Frage nach der Idee von Europa eingehen. Im Selbstverständnis der Akteure 1848 gab es die Vorstellung eines christlichen Europa, auf das man sich bezieht, Europa als christlich geprägter Kontinent, in dem die Ereignisse stattfanden. Daneben gibt es eine demokratische Definition von Europa, Europa als Solidarität der revolutionären und bedrohten Völker. Und das dritte, was man in den Diskursen findet, ist Europa als Appellationsinstanz – wir werden die Regierung vor das Tribunal Europas bringen –, als moralische Instanz.

Christian Jansen: Ich will auch etwas zur Idee Europa sagen. Sie haben ja Arnold Ruge angesprochen. Mir fällt noch Karl Mayer ein, ein württembergischer Demokrat, der auch Pläne für Europa gemacht hat. Es gab ja das Europäische Zentralkomitee der Demokratie 1850 in London. Da saßen sie alle drin. Da saß Kossuth drin, da saß Ruge drin, da saß Mazzini aus Italien drin, da saß auch einer aus Rumänien drin. Und sie haben 1850 gesagt: Unser Fehler war, dass wir nicht europäisch zusammengearbeitet haben. Beim zweiten Mal müssen wir es besser machen. Das war aus heutiger Sicht insgesamt eine eher lächerliche Veranstaltung, was aber auch damit zusammenhängt, dass Marx und Engels darüber sehr polemisch und böse geschrieben haben.

Das prägt unsere Erinnerung an dieses Komitee. Aber das Komitee stand für eine sehr abstrakte und letztlich imperiale Vorstellung von Europa. Ich kenne die Papiere von Ruge und auch von Mayer ganz gut. Da sind acht bis zehn Nationalstaaten vorgesehen. Jede Menge andere kleine Völker wurden hingegen als nicht fähig angesehen, einen Nationalstaat zu bilden. Die Ungarn, die Polen, die Kroaten sollten einen Nationalstaat kriegen. Die Slowaken, Slowenen, Bretonen, Iren, Basken etc., die teilweise bis heute keinen Nationalstaat haben, sollten leer ausgehen.

Als Letztes will ich noch mal den Erinnerungsort «Märzgefallene» aufgreifen. Erinnerungsorte müssen kontrovers und bedeutungs offen sein. Insofern sehe ich für diesen Friedhof, weil er ein authentischer Ort ist und wir davon nicht viele haben, für 1848 eine Chance erfolgreicher Musealisierung. Skeptisch bin ich aber, ob wir den 18. März als den Gedenktag, der er im Kaiserreich war, wiederbeleben können. In Deutschland ist der Erinnerungsort und der Tag, an dem sich alles bündelt – von 1848 über 1918, 1923 und 1938 bis 1989 – der 9. November. Das ist ein Tag, mit dem sich kontroverse Gefühle verbinden. Wenn wir eine Alternative zum 3. Oktober suchen, dann kann es nur der 9. November sein.

Rüdiger Hachtmann: Ich habe eben schon darauf hingewiesen, dass bis 1918 der «18. März» der «1. Mai» gewesen ist. Gleichzeitig ist das, was Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts gefeiert wurde, und was wir noch heute am 18. März feiern, wenn man so will, immer auch eine europäische Idee gewesen. Die stand dahinter. Seit 1871 nicht nur das Erinnern an die Berliner Märzgefallenen, sondern auch die Solidarität und die Erinnerung an die Pariser Kommune. Da steckt zwangsläufig schon eine europäische Dimension drin.

Emotion und Erinnerungsort: Ich bin 1998 zufällig ein Semester in Konstanz gewesen, habe dort gearbeitet und war völlig überrascht, dass das Erinnern an «1848» geradezu eine Volksbewegung ausgelöst hat. Es gab einen Volkskalender. In ganz Baden waren mehr als 700 Veranstaltungen zu 1848 nicht nur geplant, sondern auch realisiert worden. Und wenn man dort hingegangen ist, hat man gemerkt, das war ganz tief in der Bevölkerung verankert. Das war damals und ist auch heute in Berlin noch nicht der Fall. Aber das heißt natürlich nicht, dass die Konstellationen nicht entsprechend verändert werden können.

Zum Thema Erinnerungsort und Emotion möchte ich außerdem noch auf eine Gefahr hinweisen, nämlich auf eine mögliche politische Funktionalisierung von Erinnerung und dass eine Emotionalisierung als solche auch sehr problematisch sein kann.

Ich will schließlich noch auf die Verbindung der 68er Bewegung mit 1848 zu sprechen kommen. Ich kann mich gut dran erinnern, das war in meinem ersten Semester hier in Berlin als Student, 1973, dass die Neue Gesellschaft für Bildende Künste eine ganz tolle Ausstellung zur 1848er Revolution gemacht hat. Die war sehr eindrucksvoll. Und das war damals nicht das Einzige: Auch die Theatermanufaktur, die es heute leider nicht mehr gibt, hat damals ein interessantes Stück zu 1848 gemacht.

Zu 1968 bzw. der 68er Bewegung und zu dem, was auch auf der historiographischen Ebene in der Folgezeit dazu geschrieben worden und auch erinnerungspolitisch dazu gewesen ist, sei daran erinnert, dass vor allem die Revolution 1918/19 im Fokus gestanden hat und nicht zuletzt Herr Rürup einige, wie ich heute noch finde, sehr innovative Aufsätze dazu geschrieben hat. Heute dagegen ist die Revolution 1918/19 leider eine vergessene Revolution. Auch daran können wir feststellen, dass die Erinnerung Konjunkturen hat.

Unser Interesse sollte dahin gehen, deutlich zu machen, dass die 1848er Revolution als Fundament der Demokratie für uns heute eine ganz wichtige Erinnerung ist, der wir zu noch viel breiterer Resonanz in der Öffentlichkeit verhelfen sollten.

Reinhard Rürup: Man sollte auch immer daran denken, dass die 1848er Revolutionen starke Erschütterungen waren, politische und gesellschaftliche, die nicht in einen Krieg mündeten. Es gab während der Revolution Bürgerkriegskämpfe, aber es gab keinen europäischen Krieg. Das ist nichts Geringes. Das verweist dann auch noch einmal auf den Herbst 1989, auf die friedliche Revolution in der DDR. Rüdiger Hachtmann hat gerade von 1968 gesprochen, auch von 1918. Dazu kommt die Erfahrung der friedlichen Revolution von 1989, deren Bedeutung für unseren künftigen Umgang mit der Revolutionsgeschichte in Deutschland gar nicht zu überschätzen ist. Die Tradition, um die es uns geht, führt von 1989 über 1918 zu 1848. Die Revolution von 1848 bleibt ein Eck- und Grundstein unserer Demokratiegeschichte – und die Erinnerung an 1948 braucht deshalb in der deutschen Hauptstadt einen ebenso würdigen wie lebendigen Ort der kritischen Traditionspflege.

Ort demokratischen Lernens

Der Paul Singer Verein engagiert sich für die angemessene Würdigung des Friedhofs der Märzgefallenen und seine Entwicklung zu einer nationalen und europäischen Gedenkstätte.

www.friedhof-der-märzgefallenen.de

2 Das historische Dokument

Polen und die Friedensbewegung

Drei Erklärungen der Grünen aus Anlass des Kriegsrechts in Polen

Dokument 1¹

Die GRÜNEN zur Lage in Polen

Bonn, den 14. Dezember 1981

Mit großer Betroffenheit haben die GRÜNEN die Verhängung des Ausnahmezustands in Polen zur Kenntnis genommen. Die GRÜNEN wenden sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die demokratischen Entwicklungen mit polizeilichen oder militärischen Mitteln zu unterbinden, sei es in der Türkei oder sei es in Polen.

Die GRÜNEN verurteilen die Verhaftung von Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarnosc und der Bürgerrechtsbewegung und fordern die Aufhebung des Kriegsrechts und die sofortige Freilassung aller Festgenommenen.

Genauso aber geht unsere Forderung an die Westmächte und vor allem an die Bundesrepublik wie auch an die UdSSR, jede Einmischung in Polen in dieser angespannten Lage zu unterlassen.

Die beste Unterstützung für die Unabhängigkeitsbestrebung von Bürgerrechtsbewegung der Staaten des Ostblocks ist es, wenn die europäischen Staaten des Westens selber konkrete Schritte für die Auflösung der Blocksysteme unternehmen.

Unsere Verbundenheit mit dem polnischen Volk in dieser Stunde wird auch ihren Ausdruck finden in einem verstärkten Einsatz für die Auflösung der Blöcke, gegen die Aufrüstungspolitik und für einen von den Supermächten unabhängigen eigenständigen Weg aller Völker Europas.

Die GRÜNEN ziehen aus dem was sich in Polen abspielt die Schlußfolgerung, daß eine Gesellschaft in gleicher Weise wie sie die Demokratisierung vorantreibt auf die gewaltfreie Verteidigung des gesellschaftlichen Wandels vorbereitet sein muß.

Wir drücken in diesem Augenblick die Hoffnung aus, daß die gewaltlose Politik der Bürgerrechtsbewegung fortgesetzt werden kann und letztlich doch zum Erfolg führt.

¹ Quelle: Presseerklärungen 1981. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand B.I.1 - Die Grünen (1980-1993), Sign. 303.



Logo von Solidarność

Dokument 2²

Beschluss des Bundesvorstandes zum Tagesordnungspunkt «Polen»

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung (Okt. 1981) in Offenbach (Solidaritätsresolution an Solidarnosc³, Friedenspolitische Initiativen anl. des Breshnew-Besuchs, Friedensmanifest etc.)⁴, unter Einbeziehung des BHA-Beschlusses vom 5./6.12.1981 in Darmstadt, leiten die Grünen folgende Schritte ein:

1. Herstellung einer umfassenden Solidaritätsbewegung zugunsten der Bürgerrechtsbewegung und der Solidarnosc in Polen. Hierzu suchen die GRÜNEN die Zusammenarbeit mit relevanten Teilen der unabhängigen Friedensbewegung, kirchlichen Gruppen, autonome Gruppen, dem BBU, der AL Berlin, den Jungdemokraten, den Jungsozialisten, dem Sozialistischen Büro, den Komitees «Solidarität mit Solidarnosc» und weiteren an einer breiten Solidaritätsbewegung interessierten Gruppen und Personen.
2. Erarbeitung eines politischen Aufrufs zur Solidarität mit der sozialen Emanzipationsbewegung in Polen.
3. Die Organisierung einer Sammlung von Geld- und Sachspenden sowie von Medikamenten und Lebensmitteln zugunsten der Solidarnosc und der polnischen Bevölkerung.
4. Zusammenarbeit mit den in Westeuropa im Exil befindlichen Solidarnosc-Mitgliedern auf politischer Ebene und zur Verteilung der gesammelten Mittel und Spenden in Polen.
5. Veranstaltungen mit Solidarnosc-Mitgliedern vor Ort, wobei die Kreisverbände der GRÜNEN als (Mit-) Veranstalter fungieren.
6. Voraussetzungen zu schaffen für eine bundesweite Demonstration einschließlich ihrer Durchführung Mitte/Ende Januar in Köln. Die GRÜNEN werden sich bemühen, dieser Demonstration ein neues Gesicht zu geben.

(Beschluß des Bundesvorstandes der GRÜNEN am 20.12.1981).

² Quelle: Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Grünen vom 19.12./20.12.1981, Bonn, Bundesgeschäftsstelle. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand Petra-Kelly-Archiv, Sign. 978.

³ Im Original hier und im Folgenden durchgängig «Solidarnosc» statt «Solidarność».

⁴ Ein einzelner Bindestrich gelöscht.

Dokument 3⁵

Beschlüsse zur Frage von Bündnissen der GRÜNEN angesichts der Entwicklung in Polen.

Es wird in einem Rundschreiben an die KV's die Ansicht des BuVo mitgeteilt:

1. Die Haltung der GRÜNEN zu der Entwicklung in Polen ist eine grundsätzliche Frage, die bestimmend ist für alle laufenden und zukünftigen Aktions- und sonstigen Bündnisse.
2. Diese Haltung wird bestimmt durch
 - a) die Ablehnung jeder Militärdiktatur und jedes militärisches Eingreifen in emanzipatorische Entwicklungen.
 - b) die Befürwortung emanzipatorischer Entwicklungen, wie sie in Polen sichtbar wurden in Richtung basisdemokratischer, selbstbestimmender Strukturen.
 - c) die Ablehnung der Bevormundung in den Blöcken und die Zielsetzung einer atomwaffenfreien, blockfreien Zone in Mitteleuropa (von Skandinavien bis Griechenland).
3. Die Einschätzung des BuVo zum polnischen Widerstand in seiner Bedeutung für die Entwicklung von Konzepten Sozialer Verteidigung.

(Beschuß des Bundesvorstandes der GRÜNEN am 20.12.1981).

5 Quelle: Protokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der Grünen vom 19.12./20.12.1981, Bonn, Bundesgeschäftsstelle. Archiv Grünes Gedächtnis, Bestand Petra-Kelly-Archiv, Sign. 978.

Kommentar

Am 13. Dezember 1981 verhängte der Erste Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei Wojciech Jaruzelski, der zugleich Regierungschef und Verteidigungsminister war, das Kriegsrecht über Polen. In den nächsten Stunden wurden mehr als 3000 Personen, vor allem aktive Gewerkschafter der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność, bekannte Intellektuelle und Dissidenten innerhalb der Arbeiterpartei von Militär und Polizei verhaftet und interniert. Mit dieser Aktion wurde eine im gesamten kommunistischen Machtbereich einmalige Situation mit Gewalt beendet, in der die polnische kommunistische Führung des Landes eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung als Vertreterin der Interessen der Werktätigen anerkannt hatte. Seit dem August des Vorjahrs hatten zuerst in Danzig, dann auch in anderen Städten, Parteiführungen mit Vertretungen der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen. In der Folge waren etwa 10 Millionen Menschen der Solidarność beigetreten, unter ihnen übrigens auch 1 Million Parteimitglieder. Trotzdem wurden die Entstehung einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und ihre Anerkennung durch die Vereinigte Arbeiterpartei von den kommunistischen Bruderländern als Konterrevolution gebrandmarkt. Insbesondere die KPdSU und die SED setzten seitdem ihre polnischen Genossen unter Druck, das Experiment zu beenden, und drohten andernfalls mit militärischer Intervention, ganz wie im August 1968 gegenüber dem Prager Frühling. Im Dezember 1981 waren die politische Spannung und der Druck auf die polnische Führung so stark gewachsen, dass ein Einmarsch unmittelbar bevorzustehen schien. In dieser Situation wollte Jaruzelski mit der Verhängung des Kriegsrechts und der Verhaftung der führenden Gewerkschafter das Schlimmste verhindern, nämlich die Besetzung des Landes durch russische und deutsche Truppen.

Auf internationaler Ebene hatte der Entspannungsprozess zwischen den USA und der UdSSR nach der Unterzeichnung des Abkommens von Helsinki 1975 seine Dynamik verloren. Nach den zwischen Washington und Moskau bereits getroffenen Vereinbarungen über die Begrenzung ihrer strategischen Waffensysteme setzten konservative Politiker und Militärs, die sogenannten Falken, in beiden Staaten auf Modernisierung und Erweiterung ihrer Mittelstreckenraketenysteme, d.h. vor allem auf erhöhte Reichweite, Zielgenauigkeit und Durchschlagkraft einer neuen Generation von Mittelstreckenraketen. Während die Sowjetunion seit der zweiten Hälfte der 1970er kontinuierlich neue SS-20-Raketen aufstellte, die, anders als die Vorgängertypen, ganz Westeuropa bedrohten, bestand das geplante neue Waffenarsenal der NATO aus Neutronenbomben, Cruise-Missiles und Pershing-2-Raketen.

Außerdem entwickelten beide Seiten neue Kampfflugzeuge. Die öffentliche Debatte fokussierte allerdings auf die Pershing-2-Raketen. Diese konnten Ziele bis zum Ural innerhalb weniger Minuten erreichen, und zwar auf wenige Meter zielgenau, und besaßen einen atomaren Sprengkopf, der nach dem Einschlag unterirdisch gezündet werden konnte, weshalb die Pershing-2-Raketen als reine Angriffswaffen, als typische Ersts Schlagwaffen, galten. Allerdings gab es innerhalb der NATO erhebliche Friktionen, sowohl zwischen Amerikanern und Europäern als auch unter den europäischen Mitgliedsstaaten, was die Aufstellung der neuen Waffensysteme betraf. Ende der 1970er Jahre wurde der Beschluss zur Aufstellung von Neutronenbomben – auch das sind Atomraketen, die spezifisch zum Einsatz gegen Panzer entwickelt worden waren und die nach den Einsatzplänen primär auf Ziele in Deutschland gerichtet waren – angesichts des Widerstandes in einzelnen Mitgliedsstaaten von US-Präsident Carter zurückgenommen. Dem Beschluss am 12. Dezember 1979 über die Aufstellung von Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles wurde am Ende noch ein Passus hinzugefügt, der auf Helmut Schmidt zurückgeht, dass vor der Raketen aufstellung in 1983 Verhandlungen stattfinden sollten, die die Stationierung eventuell überflüssig machen könnten, deshalb der Name NATO-Doppelbeschluss. Entsprechende Verhandlungen hat es aber nicht gegeben. Die öffentliche Meinung in den betroffenen Ländern war überwiegend ablehnend bis entschieden ablehnend. Besonders stark war die Ablehnung in den Niederlanden, deshalb die Rede von der sprichwörtlichen Hollanditis, aber auch in der Bundesrepublik erreichte sie Werte von 75% der Bevölkerung. Hier verlief der Konflikt vor allem zwischen der sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt und den enttäuschten Anhängerinnen und Anhängern seiner Regierung, die auf Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa hofften. Bis zur geplanten Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen konzentrierte sich die bald entstehende Friedensbewegung darauf, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, um sie zu einer Rücknahme der Bereitschaft zur Raketenstationierung zu bewegen. Dieser Minimalkonsens war also ganz auf die NATO-Staaten orientiert und kümmerte sich relativ wenig um die in der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen.

In all den Befürchtungen um die Verhärtung des Klimas zwischen den beiden Großmächten steckte die Sorge, dass das zwischen Ost und West gespaltene Deutschland der Schauplatz eines atomaren Krieges werden könnte. Auch Helmut Schmidt wollte in erster Linie Rüstungskontrollverhandlungen für Europa erreichen, wenn er auch in Kategorien des militärischen Gleichgewichts und der Verbindlichkeit der Bündnisverpflichtungen dachte. Es gab deshalb trotz alledem ein gemeinsames Interesse beider deutschen Staaten an einer kleinen Aufrechterhaltung der Entspannungspolitik. Und so befand sich Helmut Schmidt am 13. Dezember 1981 auf Staatsbesuch in der DDR. An diesem historischen Tag besuchte er den Dom in Güstrow.

Die drei hier abgedruckten Erklärungen geben die ersten Reaktionen des Bundesvorstands der Grünen auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen wieder. Die erste Erklärung drückt die Trauer und Enttäuschung der Grünen über die militärische Beendigung eines demokratischen Experiments aus und benennt die Ursache: Die polnische Gewerkschaftsbewegung ist ein Opfer des Kalten Krieges geworden. Damit sich eine emanzipatorische Gewerkschaftsbewegung in Polen

entfalten kann, ist eine blockfreie Zone in Mitteleuropa unbedingt vonnöten. So wie die Grünen in der Bundesrepublik Deutschland auf die gesellschaftliche Kraft zur Transformation setzen, die von der Friedensbewegung und Umweltbewegung ausgeht, so sehen sie die Gewerkschaftsbewegung in Polen. Sie übersetzen also den eigenen Ansatz zur politischen Veränderung auf die Verhältnisse in Polen.

Mit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen kam es zu einem offenen Konflikt zwischen Kommunisten und Grünen. Bislang hatten sie immer nur Bündnispartner gesucht. Jetzt sah es so aus, dass sie sich von bestimmten Gruppen fernhalten wollten. Der Bundesvorstand der Grünen kam am 19./20. Dezember zu einer 2-tägigen Bundesvorstandssitzung zusammen, bei der nach «langanhaltender Debatte über die Einschätzung der Lage in Polen und über konkrete Hilfsmaßnahmen der GRÜNEN für Polen [...] mehrere Anträge von Buvo-Mitgliedern formuliert» wurden, «die eine Überprüfung der Bündnispolitik der GRÜNEN angesichts der polnischen Ereignisse intendierten.»¹

In diesen Beschlüssen, heißt es, suchten die GRÜNEN die Zusammenarbeit mit der unabhängigen Friedensbewegung, mit kirchlichen Gruppen, mit autonomen Gruppen, mit dem BBU, der AL Berlin, den Jungdemokraten, den Jungsozialisten, dem Sozialistischen Büro, den Komitees «Solidarität mit Solidarność» und weiteren an einer breiten Solidaritätsbewegung interessierten Gruppen und Personen. Die DKP und ihre Satelliten sind hier bewusst nicht erwähnt. Dass sie aber gemeint sind, zeigt ein weiterer Antrag von Ernst Hoplitschek, der keine Mehrheit im Bundesvorstand gefunden hatte. Er lautete: «Der Buvo ist der Auffassung, daß überall dort, wo aktuelle oder prospektive Bündniskonstellationen innerhalb von Untergliederungen der GRÜNEN mit der DKP oder mit DKP nahestehenden Gruppierungen existieren, diese aktiv aufgehoben werden sollen, da deren Haltungen zu den Vorgängen in Polen in krassem Gegensatz zur positiven Bewertung der sozialen Emanzipationsbewegungen in Polen seitens der GRÜNEN steht. Diese Auffassung ist den LV's und den KV's per Rundschreiben mitzuteilen.»² Bei der Abstimmung war der Antrag bei vier Jastimmen, fünf Neinstimmen und einer Enthaltung abgelehnt worden. Es ist erstaunlich, dass der Antrag überhaupt vier Zustimmungen gefunden hat, denn bei der letzten großen Friedensdemonstration, am 10. Oktober 1981 in Bonn mit Abschlusskundgebung im Bonner Hofgarten und mit 300 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern hatten Hunderte von Organisationen und Friedensinitiativen den Demonstrationsaufruf unterschrieben, unter denen nicht wenige kommunistische Organisationen gewesen sein dürften, denen die Grünen gewiss nicht das Feld überlassen hätten.

Außer den beiden als Presseerklärung verbreiteten Beschlüssen fand noch folgender Antrag von Roland Vogt die Zustimmung der Bundesvorstandsmitglieder: «Die GRÜNEN unterstützen als Bundesvorstand die alternative Gestaltung des Hambacher Festes und wirken insbesondere daraufhin, daß – wie 1832 – die Solidarität zur polnischen Friedensbewegung zum Ausdruck kommt.»

¹ Archiv Grünes Gedächtnis, Petra Kelly Archiv, Sign. 978.

² Ebd.

Beim Hambacher Fest 1832 hatten die pfälzischen Liberalen nicht nur radikale Reden gehalten, sondern auch die polnischen Aufständischen von damals auf ihrem Weg ins französische Exil mit einem Festbankett gefeiert. Die Erinnerung daran sollte bei der Wiederholung des Hambacher Festes aus Anlass des 150. Jahrestags durch Einbeziehung von Vertretern der Solidarność-Bewegung, die sich wieder im Exil befanden, wachgehalten werden. Darüber hinaus schlugen die Grünen vor, regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter der unabhängigen Friedensbewegungen aus der DDR, Polen oder der CSSR zur Teilnahme an großen Podien und Reden einzuladen und ihnen ein Forum anzubieten. Außerdem kann man in den Beschlüssen aus Anlass der Verhängung des Kriegsrechts in Polen zwar noch nicht die Blaupause, aber den politischen Ansatz für die Solidaritätsaktion auf dem Berliner Alexanderplatz im Mai 1983 erkennen.

3 Archivbestände

Der Nachlass Hilde Radusch (1903–1994)

Hilde Radusch, Frauenrechtlerin, antifaschistische Widerstandskämpferin und streitbare Politikerin für die Akzeptanz lesbischer Frauen, gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten der lesbisch-schwulen Emanzipationsbewegungen des 20. Jahrhunderts. Ihr Nachlass befindet sich im Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum Berlin, dem FFBIZ, das sie 1978 mitbegründet hat.

Ein Kleinod der Frauen-Lesbengeschichte

Der Nachlass birgt eine erfrischende Eigenständigkeit. In fünfzig Archivkartons belegt er Lebensstationen von Radusch, die jenseits der damals vorgesehenen Modelle für Menschen weiblichen Geschlechts lagen und kontextualisiert Raduschs facettenreiches Leben von 91 Jahren.

Seit ihrer Zeit im Roten Frauen- und Mädchenbund reflektierte sie die Gerechtigkeitsfrage unabdingbar verbunden mit der Geschlechterfrage. Als Redakteurin in der von ihr gegründeten Gewerkschaftszeitung oder als KPD-Frau in der Bezirksverordnetenversammlung für Berlin-Mitte in den Jahren 1929-1932 und auch als «Illegale» in der NS-Zeit war die Geschlechterdifferenz ein Thema. In der Nachkriegszeit, als sie am Aufbau des Bezirksamtes Schöneberg mitarbeitete und Sachbearbeiterin für «Opfer des Faschismus» war oder später im Berliner Notprogramm für Angestellte, galt ihr Augenmerk bei Benachteiligung stets den konkreten Lebensverhältnissen aller Geschlechter, die es zu verbessern galt.

Ab den 1970er Jahren engagierte sie sich in der Neuen Frauenbewegung und war Teil des lesbischen Aufbruchs, wie er sich in der L 74, der ersten Gruppe für ältere Lesben, formierte. Sie war Redakteurin *Unserer Kleinen Zeitung* (UKZ), der ersten Lesbenzeitung nach dem Zweiten Weltkrieg und Älteste im Kreise junger Lesben, die den Astrobrieff herausbrachten.

Der Bestand enthält neben den klassischen Schrift- und Fotoquellen auch audiovisuelle Medien, welche die Lücken ihres schriftlichen Nachlasses schließen. Sie erzählen von Familiengeheimnissen, Bildungskämpfen, vom Weg in die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sowie ihrer Distanzierung von beidem.

Ab 1931 gehörte Radusch der 1929 gegründeten kommunistischen Sondergewerkschaft IG Post und Staat an. Die Transkription ihrer Berichte weist darauf hin, dass sie als Reichsleiterin dieser Gewerkschaft relevante Informationen für den

Hilde Radusch im Boot, 1941



Aufbau des sowjetischen Nachrichtendienstes besessen haben könnte, als sie 1932 als Delegierte der deutschen KP nach Moskau, Odessa und Leningrad reiste.

Raduschs Nachlass zeigt ihre persönliche und politische Entwicklung von einer Tochter aus kaisertreuem, bürgerlichem Hause zur Kommunistin, autonomen Feministin und politisch denkenden und agierenden Lesbe. Aus politischen, sexistischen und homophoben Gründen konnte und wollte sie zeitlebens keinen Karriereweg beschreiten. Sie ging in den Widerstand, half politisch und rassistisch Verfolgten in der NS-Zeit, überlebte ihre Verfolgung und war bis zu ihrem Tode engagierte Humanistin – jenseits parteipolitischer Diskurse.

Findbuch des Quellenbestands und die Logik der Nachlassordnung

Ein Findbuch erschließt den Nachlass. Es greift die Ordnung auf, die Radusch in ihrer Wohnung hinterlassen hat und gibt Einblick in die persönliche Denkweise der Verstorbenen. Beispielsweise enthält der Klassifikationspunkt «Haushaltsgestaltung und Lebensführung» Unterlagen zu ihrem Freundinnenkreis. Die Quellen zeigen Absprachen, Kommunikationswege und Verbindlichkeiten zwischen den Frauen, etwa um Raduschs Geburtstag am 6. November zu zelebrieren. Darüber hinaus belegen sie, wie es ihr die Freundinnen ermöglichten, nahezu bis zum Tod in der eigenen Wohnung zu leben.

Ihr Freundinnennetz nannte Radusch «Meinen Club». Ihm gehörten Frauen unterschiedlichen Alters an. Für die Geschichte eines selbständigen Alterns lesbischer Frauen haben die Quellen des Clubs einen hohen Aussagewert.

Eine Quelle aus dem Jahr 1949 fällt auf, da sie etwa vierzig Jahre älter ist als die vorwiegend aus den 1980/90er Jahren stammenden Quellen. Die handschriftlich verfasste Tischrede mit skizzierter Sitzordnung von Radusch hatte sie zum zehnjährigen Jubiläum ihrer «Hochzeit» mit Else Klopsch, genannt Eddy, gefertigt. Die Ordnungslogik des Nachlasses legt nun nahe, dass Radusch ihrer über zwanzig Jahre währenden ehegleichen lesbischen Lebensgemeinschaft gleiche Bedeutung beimaß wie ihrem Club.

Raduschs Nachlass tradiert bislang unbekannte Lebenswelten frauenliebender Frauen. In den 1950er und 1960er Jahren ermöglichten Brieffreundschaften, die auch international ausgerichtet waren, gemeinsame Kurreisen und Feierlichkeiten. Sie dienten der Selbstvergewisserung als gleichgeschlechtlich liebende Frau. Mit der subkulturellen und politischen Organisation der 1920er Jahre war diese Welt nicht vergleichbar, gleichwohl verdeutlichen sie, wie lesbische Frauen sich eigenständige Lebenswelten jenseits der hetero- und andronormativen Ordnung schufen und behaupteten.

1968 wünschte Radusch mit «Frau» angeschrieben zu werden, «weil dem Begriff Fräulein im deutschen Sprachgebrauch etwas Unfertiges, nur als Sexualpartner verwendbares anhaftet»¹. Das Anliegen richtete sie an Sonja de Millet, die in Berlin eine Kontaktvermittlung für «Freundinnen Sapphos» unterhielt.

¹ FFBIZ Berlin, Rep. 500, ACC. 300, Nr. 40, 5.

Das Kriegstagebuch

Radusch schrieb zeitlebens Tagebuch; selbst als die Kommunistin ab August 1944 in ihre Laube südöstlich von Berlin untergetaucht war. Ihr Kriegstagebuch datiert vom 7. Februar bis 10. Mai 1945. Überleben war zentrales Thema, daneben finden sich militärische Operationen, Gesundheitsfragen und Visionen für den Frieden.

Die Zeit ihrer Illegalität ist eine Schlüsselsituation ihres Lebens, in der sie ihre politische Tätigkeit als «Kapital für die neue Zeit» und als Potenzial für den Aufbau nach dem Nationalsozialismus reflektierte.

Lesbische Erzählungen – ein strukturell verhindertes Kulturgut

Im Nachlass überraschen neben unveröffentlichter Lyrik gleich mehrere Manuskripte mit lesbischen Erzählungen, die Radusch bis Ende der 1960er Jahre erfolglos zu veröffentlichen suchte. Es sind Liebesgeschichten von etwa 30 Seiten Umfang, die einen selbstverständlich lesbisch gelebten Alltag in der Kriegs- und Nachkriegszeit schildern. Sie tradieren die Subkultur der Weimarer Republik als vital erinnerte Vergangenheit und schildern ein frauenliebendes Begehren, das Diffamierung, Ausgrenzung, Denunziation und Sabotage durch eine lebendige lesbische Gemeinschaft zu überwinden vermag.

Raduschs Lesbenschmonzetten sind in der Öffentlichkeit nie sichtbar geworden. Mit dieser Unsichtbarkeit sind sie zugleich Zeuginnen veränderter lesbischer Kulturproduktion. Sie legen nahe, dass es nicht die Nichtexistenz lesbischer Literatur war, vielmehr eine andro- und heteronormativ dominierte Öffentlichkeit und Verlagswelt, die ihre Veröffentlichung als lesbisches Kulturgut verhinderte.

Hilde Raduschs Nachlass ist für weibliche Erwerbsarbeit, Widerstand, Wiederaufbau, KPD-, Kultur-, Politik- und Lesbengeschichte bedeutsam. Seine Gesamtschau ermöglicht es, Radusch als Wegbereiterin für eine selbstreflexive, kritische und feministische Politik herauszuarbeiten.

Zur Aktenüberlieferung der Bundesdelegiertenkonferenzen und des Bundeshauptausschusses der Grünen von 1979–1993

Eine kurze Parteigründungsgeschichte

Die Gründung der Grünen Mitte Januar 1980 markiert den vorläufigen Schlusspunkt einer Entwicklung, die an der Wende zu den 1970er Jahren begonnen und gegen Ende des Jahrzehnts an Fahrt aufgenommen hatte. Seit den 1960er Jahren wurde das parlamentarische Parteiensystem von außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen herausgefordert. Was 1968 mit der Außerparlamentarischen Opposition begonnen hatte, setzte sich mit den Neuen Sozialen Bewegungen fort. In Bürger- und Basisinitiativen engagierten sich viele für die Rechte von Frauen, die Anliegen der Dritten Welt, kämpften gegen Umweltverschmutzung und Kernkraftwerke, machten sich für Bürger- und Minderheitenrechte sowie den weltweiten Frieden stark. Dieser Protest artikulierte sich zunächst bewusst außerparlamentarisch, aber im letzten Drittel des Jahrzehnts entfaltete sich eine dezentrale und heterogene Wahlbewegung. Grüne, bunte und alternative Listen gründeten sich und erzielten bei Wahlen ab Mitte 1978 bald mehr als nur Achtungserfolge. Was im lokalen und regionalen Bereich begann, setzte sich in den Ländern fort und erreichte schließlich die Bundesebene. Eine Vielfalt von Personen, Projekten und Programmen kamen hier zusammen: konservativer Naturschutz, Konzepte eines «Dritten Weges», undogmatische Linke und Teile kommunistischer Kadergruppen. Alle traten an, um die Formen und Strukturen des politischen Systems zu verändern und zu ergänzen.¹ Und für die Beteiligung an der ersten direkten Wahl zum Europaparlament Anfang Juni 1979 organisierten einige Gruppen und Kleinstparteien (GLU, GAZ, GLSH, AUD, Achberger Kreis und FIU) der Wahlbewegung eine Listenverbindung, die sich als Sonstige Politische Vereinigung (SPV) Die Grünen zur Wahl stellte. Die SPV Die Grünen forcierte nach der Europawahl die Gründung eines Bundesverbandes Die Grünen, die dann 1980 in Karlsruhe erfolgte. 1980 trat diese neue Partei bei den Bundestagswahlen an und seit 1983

¹ Vgl. Silke Mende, Nicht rechts, nicht links, sondern vorn. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 1–5.

ist sie, mit Ausnahme der 12. Wahlperiode, im Parlament vertreten. 1993 schließlich fusionierten Die Grünen mit Bündnis 90, dem aus den Bürgerbewegungen hervorgegangenen Bündnis.

Die ersten Bundesgeschäftsstellen

Wie dieser kurze Rückblick auf die Parteigründung von 1979/1980 sicherlich deutlich gemacht hat, ist dies ein äußerst spannender Zeitabschnitt in der Parteigeschichte. Zur Koordination des Europawahlkampfes richteten die oben genannten Gruppen und Parteien der Wahlbewegung im März 1979 ein Büro in Bonn mit kleinem Mitarbeiter/innen/stab ein. Eine Sekretärin sorgte dafür, dass die Arbeit nach klassischem Aktenplan abgelegt wurde. Diese Keimzelle einer Bundesgeschäftsstelle, die als Organ des Bundesvorstandes so organisiert wurde, dass sie ihm zuarbeiten konnte, wurde 1982 mit Blick auf die Bundestagswahl 1983 bereits deutlich ausgebaut und zusätzliches Personal für die inhaltlich-politische Arbeit eingestellt. Das machte 1985/1986 die Umstellung des ersten Aktenplans notwendig. Neben der Aktenplanablage existierten in den Bundesgeschäftsstellen noch verschiedene Sammlungen, die ab 1988 systematisch zu einer Dokumentation aufgebaut wurden. Die Parteitage sind ein Bereich dieser Dokumentation, weitere gut bestückte Bereiche sind

BDK Hannover 1986: Blick auf den Frauentisch, ein für weibliche Delegierte reservierter Bereich in der Nähe des Redepults.



der Bundeshauptausschuss und die Ablagen zu den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden.

1991 kamen dann die ersten Parteiakten aus der Bundesgeschäftsstelle ins gerade neugegründete Archiv. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 waren die westdeutschen Grünen an der 5%-Hürde gescheitert und die Dokumente der parlamentarischen Arbeit der grünen Fraktionen von 1983–1990 sollten erhalten werden. Die Partei baute nach der Wahl ein Archiv auf, in das nun sowohl die Partei- als auch die Bundestagsfraktionsakten abgegeben wurden. 1992 ging das Archiv in die Trägerschaft der Regenbogen-Stiftung über. Seitdem werden Parteiakten regelmäßig ins Archiv abgegeben. Inzwischen umfasst der Parteibestand gut 250 lfm an papiernen Dokumenten.

Zur Aktenüberlieferung der BDKs, BHAs und zum Stand der Bearbeitung

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Akten aus der Bundesgeschäftsstelle nach der vorgefundenen Aktenplanordnung übernommen und in seine Datenbank eingepflegt. Die Akten waren damit nutzbar. 2012 wurde mit der inhaltlichen Erschließung begonnen und zwar mit dem wichtigsten Gremium der Partei, der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK). Die Akten wurden beschrieben, inhaltlich verschlagwortet und indexiert, so dass jetzt gezielt nach Personen, Gremien, Beschlüssen und politischen Inhalten gesucht werden kann. Zunächst wurden die Parteitagsakten seit der Gründung in Frankfurt/a.M. im März 1979 als SPV Die Grünen bis zum Beschluss der Fusion mit Bündnis 90 durch den Parteitag in Hannover im Januar 1993 ausgewählt.

Auf den BDKs wird der Bundesvorstand gewählt und kontrolliert, über Wahlprogramme, Finanzen und die großen Linien des parteipolitischen Kurses entschieden. Die Akten zu den BDKs beinhalten sowohl alle organisatorischen Unterlagen, wie die Aussendungen der Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten, die Delegiertenmeldungen (in einzelnen Fällen existieren unterschriebene Delegiertenmeldungen) und die bei Parteitagen anfallenden organisatorischen Dokumente, als auch inhaltliche Unterlagen wie Anträge, Protokolle, Beschlüsse und Reden. Die Protokolle sind fast immer in hand- und maschinenschriftlicher Form vorhanden. Sie beinhalten auch Beschlüsse und Resolutionen. Zudem gibt es in einigen Fällen auch Zusammenfassungen der Resolutionen und Beschlüsse. Die Reden liegen nur teilweise in schriftlicher Form vor. In einzelnen Fällen gibt es Abschriften der Tonmitschnitte.

Die archivische Bearbeitung ist nun vollständig abgeschlossen. Der Bestand ist in 120 Akteneinheiten gegliedert und umfasst 5,6 lfm.

Wahlen beschäftigen die BDKs in besonderer Weise. Bei der ersten Bundesvorstandswahl war beschlossen worden, dass sich die Hälfte seiner Mitglieder nach einem Jahr der Wiederwahl stellen sollte. Dadurch wurde ein ständiger Prozess von Nachwahlen zum Bundesvorstand in Gang gesetzt. Ein Höhepunkt, was die Prägung einer BDK durch Wahlen darstellt, ist sicherlich der Parteitag 1988 in Karlsruhe. Hier trat der gesamte Bundesvorstand geschlossen zurück und ein kommissarischer Bundesvorstand musste gewählt werden. Finanzielle Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit dem parteieigenen Haus Wittgenstein waren der Grund.



BDK Hannover 1986: Regula Schmidt-Bott am Redepult.

In dieser Zeit war die Partei aber auch zutiefst zerstritten zwischen den Lagern von Fundis und Realos.

Zudem sind die BDKs für Bundestags- und Europawahlen zuständig und müssen die entsprechenden Wahlprogramme verabschieden, was die Parteitage 1979, 1980, 1982/1983, 1984, 1986, 1988/1989 und 1990 sehr beschäftigte. Für inhaltliche Arbeit neben Wahlen und Programmverabschiedungen ist auf den Parteitagen vergleichsweise wenig Raum. Friedenspolitik, das Verhältnis von Wirtschaft und Ökologie, der Atomausstieg, die Gleichberechtigung von Frauen und der § 218 sowie die Verankerung eines Frauenstatuts in der Satzung waren wesentliche Themen. Wie Satzungsfragen überhaupt fast jeden Parteitag beschäftigten, waren sie doch für die Ausgestaltung der parteiinternen demokratischen Verfahren wesentlich. 1990 kam dann ein neues Thema auf, nämlich das Verhältnis der westdeutschen grünen Partei zu den Bürgerbewegungen und Parteien der ehemaligen DDR.

Der Bundeshauptausschuss (BHA), besser als Kleiner Parteitag bekannt, war unterhalb der Parteitage das oberste beschlussfassende Gremium, das sechs- bis siebenmal im Jahr tagte. Er beschloss über die Richtlinien der Politik zwischen den Parteitagen und koordinierte die Arbeit zwischen den Gremien der Bundespartei, den Landesverbänden und den jeweiligen Fraktionen. Die Mitglieder rekrutierten

sich aus dem Bundesvorstand, den Landesverbänden, den jeweiligen Fraktionen sowie dem Europaparlament und den Bundesarbeitsgemeinschaften. 1980 wurde der BHA eingerichtet. Seine letzte Sitzung fand im März 1991 statt. Danach wurden die Aufgaben des Bundeshauptausschusses durch den Länderrat ersetzt.

Im Bestand befinden sich die Unterlagen der BHA-Sitzungen von Februar 1981 bis zum Februar 1990, vor allem mit Einladungen, Protokollen, Schriftwechseln und Anträgen. Die BHA-Sitzungen 1980 sind in diesem Bestand nicht überliefert. Sie sind in den persönlichen Beständen von damals führenden grünen Politikerinnen und Politikern oder im Bestand «Spezialarchiv Die Grünen» zu finden. Dieses Spezialarchiv ist vom Archiv Grünes Gedächtnis übernommen worden. Das Otto-Suhr-Institut der FU Berlin hatte einen Forschungsauftrag, der die Neuen Sozialen Bewegungen und die Grünen beobachtete. In diesem Zusammenhang ist eine umfangreiche Dokumentation entstanden, die viele Überlieferungslücken schließt, so auch die BHA-Überlieferung aus dem Jahr 1980.

Der Bestand ist in 54 Akteneinheiten gegliedert, wobei jede Sitzung eine Akte umfasst. Sein Umfang beläuft sich auf 0,80 lfm.

Die Bundeshauptausschussdokumente sind zusammen mit der Parteitagsdokumentation eine gute Grundlage, die organisatorische wie inhaltliche alltägliche Parteiarbeit detailliert und einschließlich des grünnahen politischen Milieus nachzeichnen zu können.

Der Bestand Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag (1983–1998)

Als das Archiv Grünes Gedächtnis im Oktober 1991 seine Arbeit aufnahm, bildeten ca. 800 Umzugskartons mit Unterlagen der ein Jahr zuvor bei den Bundestagswahlen an der 5%-Hürde gescheiterten Bundestagsfraktion Die Grünen den Grundstock. Heute befinden sich die Unterlagen aus acht Legislaturperioden im Archiv. Hierbei bilden jeweils die Unterlagen einer Wahlperiode einen Archivbestand. Es handelt sich dabei durchgehend um Überlieferungen der Fraktionsgeschäftsführung, der Parlamentarischen Geschäftsführung, der Arbeitskreise und Referate.

10. und 11. Wahlperiode

Der erste Bestand der Bundestagsfraktion Die Grünen bildet insofern eine Ausnahme, als hier die Überlieferungen der 10. und 11. Legislaturperiode in einem Bestand zusammengefasst sind. In den 800 Umzugskartons befanden sich auch die Unterlagen aus 76 Abgeordnetenbüros, die mit dem Fraktionsbestand bearbeitet worden sind. Hierbei handelt es sich um Dokumente, die die parlamentarische Arbeit dieser Politiker/innen überliefern. Grundsätzlich werden Archivalien von Abgeordneten als persönliche Depositarestände behandelt, die das politische und gesellschaftliche Engagement von Politiker/innen dokumentieren.

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im März 1983 wurden plötzlich Themen ins Parlament getragen und dort diskutiert, die bislang als Anliegen sozialer Bewegungen parlamentarisch unbeachtet geblieben oder missachtet worden waren. Es waren die Themen der Friedens-, Anti-Atom-, Umwelt- und Frauenbewegung, mit denen die Grünen sich als Umweltpartei profilierten. Sie gingen gegen die im NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 beschlossene Stationierung von Mittelstreckenraketen vor und brachten Initiativen gegen Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt in den Bundestag ein. Im großen Spektrum umweltpolitischer Themen konzentrierte sich die Bundestagsfraktion auf die Atomenergie. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 baute sie eine eigenständige Informationsinfrastruktur auf, die sich gegen die Verharmlosung der radioaktiven Verstrahlung in Folge der Reaktorkatastrophe richtete. Risiken der Atomenergie, Strahlenbelastungen und Gefahren atomarer Unfälle standen im Zentrum der Aufklärungskampagnen der grünen Bundestagsfraktion. Mit einer Großen Anfrage zum Atomwaffensperrvertrag

forderte die Fraktion die verbindliche Absage der Bundesregierung an eine europäische Atomstreitmacht sowie die umgehende Beendigung der nuklearen Kooperation mit Frankreich bei der Entwicklung und Nutzung von Schnellen Brütern. Daneben gab es wichtige Initiativen gegen das Waldsterben und den Einsatz von Giftstoffen, die den breiten umweltpolitischen Ansatz der Grünen belegen.

Charakteristisch für die parlamentarische Arbeit der Grünen ist die intensive Zusammenarbeit im Netzwerk aus politisch aktiven Persönlichkeiten, Gruppen, Initiativen und Expert/inn/en. Diese vernetzte Arbeitsweise, die darauf abzielte, die strikte Trennung zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit aufzubrechen und Expertise von außen ins Parlament zu holen, spiegelt der Bestand deutlich wider. So liegen beispielsweise Korrespondenzen mit und zahlreiche Studien von Öko- und anderen Forschungsinstituten vor.

In der Entwicklungspolitik arbeitete die Fraktion daran, den Schuldenkreislauf in den Ländern der Dritten Welt zu durchbrechen, im innenpolitischen Bereich standen die Novellierung des Datenschutzgesetzes oder die Grundsicherung im Alter auf der Agenda. Die Fraktion hat verschiedene Antidiskriminierungsgesetze auf den Weg gebracht – zur Gleichstellung von Frauen, Homosexuellen, Ausländer/innen, Migrant/inn/en und von Behinderten. Sie hat weitere Vorstöße in der Frauenpolitik unternommen – zur Abschaffung des § 218 StGB, der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Änderung der §§ 177, 178 StGB. Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung und insbesondere Gewalt in der Ehe sollten unter Strafe gestellt werden.

Die 12. Wahlperiode

Der zweite erschlossene Archivbestand ist der der Bundestagsgruppe Bündnis 90/ Die Grünen von 1990–1994. Die acht Abgeordneten kamen aus den Reihen der Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, dem Unabhängigen Frauenverband und der Grünen Partei der ehemaligen DDR. Auffallend ist hierbei die Fülle an parlamentarischen Initiativen, die dieser Bestand dokumentiert. Führt man sich vor Augen, dass die Gruppe aus nur acht Abgeordneten bestand, die bis dahin keinerlei Erfahrung mit dem Parlamentsbetrieb hatten, erstaunt die politische Umsetzung von Themen, die sie vornehmlich als Vertreter/innen der ostdeutschen Bevölkerung und hier insbesondere als Vertreter/innen der Bürgerbewegungen ins Parlament einbringen.¹ So vielfältig wie die Zusammensetzung der Abgeordneten erscheinen auch die Themen der parlamentarischen Initiativen: u.a. die Neuregelung des Asylrechts, die Aufarbeitung von DDR-Unrecht und die Regelung des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR, die Abschaffung des § 218. In letzterem Fall trafen sich das Anliegen der ostdeutschen Frauenbewegung und die frauenpolitischen Forderungen der Grünen. Die Außenpolitik gliedert sich

¹ Eine detaillierte Beschreibung des Bestandes liegt bereits im Jahrbuch «Grünes Gedächtnis 2007», S. 67–69, des AGG vor.

in die klassische Außenpolitik, in Sicherheitspolitik und in Entwicklungspolitik. Bei Konrad Weiß und der zuständigen Referentin Christel Zgaga war die Entwicklungspolitik angesiedelt, sie ist auch in seinem Bestand überliefert. Der gesamte Bereich der EU-Politik, mit Schengener Abkommen, Vertrag von Maastricht, der Frage von Blauhelmeinsätzen im ehemaligen Jugoslawien, der Auseinandersetzung um die Nachkriegsordnung, den ökologischen und sozialen Folgen des Golfkriegs, Rüstungsexportkontrollen und sämtliche Fragen von Menschenrechtspolitik sind im persönlichen Bestand von Gerd Poppe überliefert. Vera Lengsfeld arbeitete an der Schnittstelle von Außen- und Sicherheitspolitik, was ihre Unterlagen widerspiegeln.

Die 13. Wahlperiode

Der Bestand Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag von 1994–1998 liegt etwa zur Hälfte erschlossen vor. Zu den vollständig bearbeiteten und mit Indizes und Schlagworten versehenen Unterlagen zählen die der Fraktionssitzungen, des Fraktionsvorstandes, der Fraktionsgeschäftsführung, der Arbeitskreise 1 bis 4 sowie des Berliner Büros, des Querschnittarbeitskreises Aufbau Ost und des Osteuropa-Referats. Bisher nicht verzeichnet sind die Archivalien des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik und Menschenrechte.

Die politischen Initiativen der 13. Wahlperiode sind vom Bestreben gekennzeichnet, auf allen Politikfeldern eine sozial-ökologische Agenda für eine künftige Regierungsbeteiligung vorzubereiten, ohne sich allerdings darin zu erschöpfen. So ist z.B. aus dem Arbeitskreis Innenpolitik die Aufarbeitung von NS-Unrecht und die Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen und Deserteuren des 2. Weltkrieges gut überliefert. Weder die Zwangsarbeiter/innen noch die Deserteure hatten bis dato eine rechtliche und gesellschaftliche Rehabilitation erfahren. Die Gründe für die Tabuisierung lagen zum einen in der Kostenfrage, denn eine Anerkennung von Schuld und NS-Unrecht wäre Deutschland «teuer zu stehen» gekommen. Andererseits gab es bis in die 1980er/1990er Jahre hinein kein wirkliches Unrechtsbewusstsein, denn Zwangsarbeit galt als «übliche Begleiterscheinung» von Kriegen.² Als wissenschaftlicher Koordinator für Innen- und Rechtspolitik der Bundestagsfraktion war Günter Saathoff maßgeblich an der Vorbereitung und Konzipierung des Stiftungsgesetzes «Erinnerung, Verantwortung, Zukunft» beteiligt.³ Diese Stiftung leistet heute mit Fördermitteln von ca. 8 Millionen Euro pro Jahr Entschädigungen für Zwangsarbeiter/innen, die aber nicht umfassend sein können und somit überwiegend symbolischen und ausgleichenden Charakter haben.

Eine weitere Besonderheit im Bestand der 13. Wahlperiode sind die Unterlagen von Elisabeth Weber. Sie war Osteuropareferentin. Die Unterlagen des Osteuropareferates reichen bis in die 1980er Jahre zurück, in denen Elisabeth Weber wissenschaftliche Mitarbeiterin zunächst bei Milan Horáček, dann Ulrich Fischer und schließlich

2 www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte/ns-zwangsarbeit/auszahlungsprogramme/interview-guenter-saathoff/print.html

3 Günter Saathoff ist seit 2003 bis heute Mitglied des Vorstands der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ).

Helmut Lippelt war. Diese Unterlagen dokumentieren die intensive Netzwerkarbeit von Abgeordneten und der Fraktion mit Basisgruppen der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegungen in osteuropäischen Ländern. Hier kann die Sicht der Basisgruppen auf die Umbrüche und Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nachgezeichnet werden.

Ausblick

Aus der Zeit der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen ab 1998 sind die Unterlagen zur Energiewende sowie Außen- und Menschenrechtspolitik im Fraktionsbestand überliefert. Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz scheinen dagegen eher in den Abgeordneten- bzw. Ministerialbüros ihren Niederschlag zu finden. Die Unterlagen zum Atomausstiegsgesetz, dem Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes sowie die Auseinandersetzungen um die militärische Intervention im Kosovo, die 1999 zu einer Zerreißprobe für Partei wie Regierungskoalition wurde, sind in den Arbeitskreis- und Referatsunterlagen der Fraktion dokumentiert.

Darüber hinaus sind es Themen, die in den Referaten Internationale Strukturpolitik, Menschenrechtspolitik und Steuer- und Finanzpolitik bearbeitet wurden, die in größerem Umfang vorliegen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Ausarbeitungen zur Steuerreform, zu Fragen der Globalisierung, deren Einfluss auf das Weltwirtschaftssystem sowie zur Entwicklungszusammenarbeit.

Grundsätzlich gilt für alle Fraktionsbestände: Je weiter zurück die Wahlperiode liegt, um so vollständiger ist der Bestand, da immer wieder Akten an nachfolgende Referent/inn/en übergeben und deshalb auch erst später an das Archiv abgegeben werden. Die erschlossenen Bestände liegen mit einem Findbuch zur Einsicht vor. Alle Bestände können in der Datenbank recherchiert werden. Akten werden nach Ablauf von zwei Wahlperioden zur Einsicht im Lesesaal vorgelegt. Für die Suche stehen neben der Stichwortrecherche eine Schlagwortliste, Indizes zu Personen, Orten und Körperschaften sowie eine Klassifikation zur Verfügung. Klassifiziert wird innerhalb des Bestandes nach den einzelnen Gremien und Strukturen der Fraktion. Vollständig erschlossen – bis auf wenige Nachlieferungen – liegen heute die Bestände der ersten Fraktionen Die Grünen im Bundestag 1983–1990, der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen 1990–1994 sowie der oben beschriebene erste Teil des Bestandes B.II.3 Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag 1994–1998 vor.

Die Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen im Grünen Gedächtnis

Das Thema der archivischen Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen im Archiv Grünes Gedächtnis ist auf den ersten Blick eine Frage des Sammlungsprofils und der Sammlungsstrategie des Archivs und wird, sofern es sich um soziale Bewegungen von überregionaler Bedeutung handelt, positiv beantwortet. Das Archiv Grünes Gedächtnis sieht hierbei seine Rolle nicht anders als die anderen Archive der Politischen Stiftungen, die nicht nur die ihnen jeweils nahestehende Partei als Organisation, sondern die Partei im weiteren Zusammenhang der politischen Grundströmung archivieren. In diesem Sinne schließt das 2013 veröffentlichte gemeinsame Dokumentations- und Sammlungsprofil der politischen Stiftungsarchive explizit die Archivierung eigenständiger Organisationen ein, die der jeweiligen politischen Grundströmung zuzurechnen sind.¹ Damit sind nicht nur die in den Statuten der Partei verankerten Organisationen gemeint, sondern die breitere organisatorische Vielfalt, die eine politische Grundströmung ausmacht. Was die Grünen betrifft, wären hier beispielhaft die Organisationen und Initiativen der Anti-Atom-Bewegung und der Friedensbewegung zu nennen, deren Unabhängigkeit nicht bestritten werden kann und die dennoch einen wesentlichen Teil der politischen Grundströmung der Grünen bilden. In der Theorie ließen sich also christliche und gewerkschaftliche Organisationen mit Initiativen der Neuen Sozialen Bewegungen vergleichen und die einen den christdemokratischen und sozialdemokratischen Grundströmungen zuordnen, die anderen der grünen Grundströmung. In der Praxis gibt es allerdings keine entsprechende Strategie der Überlieferungsbildung der Neuen Sozialen Bewegungen, vielmehr bedarf es der kollektiven und solidarischen Anstrengung seitens der zahlreichen Bewegungsarchive und gewiss nicht einer bestimmten Archivstrategie eines Parteiarchivs. Es wird deshalb im Folgenden auch nicht um Fragen der Archivstrategie gehen.

In diesem Beitrag möchte ich die Archivierung der Neuen Sozialen Bewegungen, wie sie sich aus der Sicht des Grünen-Archivs stellt, von zwei Seiten betrachten. Zum einen werde ich danach fragen, unter welchen Umständen die im Grünen Gedächtnis aufbewahrten Bewegungsbestände ins Archiv gelangt sind, zum anderen interessiert

1 Konrad-Adenauer-Stiftung (u.a.) (Hrsg.), Dokumentations- und Sammlungsprofil der Archive der Politischen Stiftungen in Deutschland, München 2013, S. 5.

mich ihre spezifische Qualität als Dokumente sozialer Bewegungen. Die erste Frage betrifft also die Provenienz, die zweite die Pertinenz der Bewegungsbestände im Archiv Grünes Gedächtnis.

Das Archiv Grünes Gedächtnis als Bewegungsarchiv

Ich möchte mit einem Blick auf die inzwischen mehr als 20-jährige Geschichte des Grünen Gedächtnisses beginnen. Das Archiv Grünes Gedächtnis ist sowohl das Archiv der Heinrich-Böll-Stiftung als auch das politische Archiv der Partei Bündnis 90/Die Grünen.² In der Bundesrepublik Deutschland sind die politischen Stiftungen der Bundestagsparteien üblicherweise die Trägerinnen der Parteiarchive. Diese Regelung bietet jenseits der finanziellen Sicherheit weitere Vorteile: Die Stiftungen garantieren die Unabhängigkeit der Archive. Die Nutzung der Archivalien wird nicht durch tagespolitische Haltungen beeinträchtigt.

Der Name des Archivs «Grünes Gedächtnis» geht auf eine Tagung im Jahr 1988 zurück, mit der das «Projekt Grünes Gedächtnis» angestoßen werden sollte. Ehe es jedoch zur intendierten Gründung eines Archivs der Grünen kam, trat am 2. Dezember 1990 der archivische Ernstfall ein. Die Grünen verloren bei der Bundestagswahl an diesem Tag ihre parlamentarische Repräsentation im Deutschen Bundestag. In den folgenden Wochen wurden Akten und Sammlungen der aufgelösten Bundestagsfraktion gesichert und die Entscheidungen für den Aufbau eines Archivs getroffen. Als 1991 das erste Archivgebäude bezogen wurde, brachte die Bundespartei auch die eigenen Altakten, soweit sie für das politische Tagesgeschäft nicht mehr benötigt wurden, in dieses Archiv ein. Aus den Referaten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Parteigeschäftsstelle und der Bundestagsfraktion kamen Foto- und Plakatsammlungen dazu. Bücher und Zeitschriften, Flyer, Wahlkampfobjekte und anderes mehr rundeten die Sammlungen des Archivs ab. 1992 übernahm die Stiftung die Trägerschaft.

Petra Kelly, die in ihrem Bonner Abgeordnetenbüro ein umfangreiches Archiv aufgebaut hatte und dieses nach der Wahlniederlage von 1990 eingelagert hatte, bereitete seine Übergabe an das Grüne Gedächtnis vor. Nach ihrem Tod 1992 kam es zusammen mit ihrem Nachlass als Petra-Kelly-Archiv in das Grüne Gedächtnis. Außer dem Archiv ihres Bundestagsbüros enthält das Petra-Kelly-Archiv Sonder-sammlungen zu Tibet und zu Krebserkrankungen bei Kindern. Ihr weltweites Engagement in der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung seit den 1970er Jahren, ihre Rolle als Sprecherin des Bundesvorstands der Grünen und des ersten Fraktionsvorstands im Bundestag sind ebenso dokumentiert wie ihre zahlreichen Auslandsreisen, Reden und Korrespondenzen. Petra Kelly war immer mehr Protagonistin der Bewegung als der Partei.³

2 Christoph Becker-Schaum, Das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., in: Anja Kruke, Harry Scholz (Hrsg.), Die Archive der Politischen Stiftungen in der Bundesrepublik Deutschland – Ein Archivführer. Beiträge aus dem Archiv der sozialen Demokratie, Heft 6, Bonn 2010, S. 77–93.

3 Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

Bündnis 90/Die Grünen war zurzeit der Bundestagswahl 1990 der Name des Wahlbündnisses aus Bürgerbewegungen und Grüner Partei in der früheren DDR. Dieses Wahlbündnis hatte anders als die Grünen aus der BRD die 5%-Hürde gemeistert und war mit acht Abgeordneten im Bundestag präsent. Einer ihrer zukunftsweisenden Beschlüsse war, dass sie die im Westen entstandene Stiftungskonstruktion, und damit das Archiv, als ihre politische Stiftung anerkannten. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Berliner Robert-Havemann-Gesellschaft bereits zwei Archive der Bürgerbewegungen unterhielt. Politisch machten sich die Bundestagsabgeordneten der Bürgerbewegungen – neben vielen anderen Fragen – mit Verve für eine grundlegende Aktualisierung des Grundgesetzes der alten Bundesrepublik als gemeinsamer Verfassung des wiedervereinten Deutschlands stark. Außerparlamentarische Organisationen, mit denen sie dabei eng zusammenarbeiteten, waren u.a. das Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder und die «Initiative Demokratie entwickeln». Mit beiden Organisationen war vereinbart, dass sie ihre Arbeitsunterlagen im Anschluss an die Verfassungskampagne an das Grüne Gedächtnis abgeben würden. Damit war zu diesem frühen Zeitpunkt der erste Schritt auch zu einer Archivierung außerparlamentarischer Organisationen getan.

Das Jahr 1994 legte mit dem Wiedereinzug der inzwischen vereinigten Partei Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag die Grundlage für die weitere Existenz der Stiftung und des Archivs. Jetzt erst waren die materiellen Voraussetzungen gegeben, um sich über die langfristigen Ziele des Archivs zu verständigen. Den größten Archivierungsbedarf hatten inzwischen die Landesverbände in den alten Bundesländern. Innerhalb der nächsten Jahre haben die meisten Landesverbände und Landtagsfraktionen, aber auch die transnationale Fraktion im Europäischen Parlament ihre Altakten, soweit sie für die politische Arbeit nicht mehr gebraucht wurden, an das Archiv abgegeben.

Bei der Stiftungsreform 1996/97 wurden die drei unter dem Dach des Stiftungsverbandes Regenbogen arbeitenden Einzelstiftungen zur neuen Heinrich-Böll-Stiftung verschmolzen. Die nicht mehr benötigten Akten der Altstiftungen wanderten ins Grüne Gedächtnis, das seitdem nicht nur formal, sondern auch inhaltlich ein Stiftungsarchiv ist. Historisch-materiell spiegeln die Stiftungsunterlagen die zivilgesellschaftliche Verankerung der Grünen in einer Weise wider, die sich von der Partei und der Fraktion unterscheidet. Insbesondere verstand sich die Frauen-Anstiftung als Teil der westdeutschen Frauenbewegung. Das Archiv der Frauen-Anstiftung ist Stiftungsarchiv und Archiv der Frauenbewegung in einem.

In den weiteren Erwerbungen wird dieser Doppelcharakter des Grünen Gedächtnisses noch deutlicher. Seit der Mitte der 1990er Jahre übernahm das Archiv Dokumentationen von Initiativen der Internationalen Solidaritätsbewegung, der Anti-Atom-Bewegung, der Frauenbewegung sowie von politikwissenschaftlichen Instituten, die die Entstehung der Grünen aus den Neuen Sozialen Bewegungen erforscht und dokumentiert hatten. Dabei handelte es sich in allen Fällen um sogenannte Rettungsaktionen. Die Initiativen und Archive, deren Unterlagen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ins Grüne Gedächtnis gelangten, hatten ihre Tätigkeit inzwischen eingestellt.

Aber auch Initiativen, die weiterhin eine aktive Rolle spielen wollen, stehen nach einigen Jahren vor der Entscheidung, ob sie ein Archiv aufbauen oder die Zusammenarbeit mit einem bestehenden Archiv suchen sollen. Im Übrigen spricht aus der Sicht der historischen Überlieferung alles für die Trennung von operativem Tagesgeschäft und Archivfunktion. Aus dem Spektrum der Ökologie-, Frauen-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegungen hat das Grüne Gedächtnis verschiedentlich derartige Anfragen von überregional tätigen Initiativen und Organisationen erhalten, die in einigen Fällen zu Vereinbarungen über die laufende Archivierung dieser Initiativen und Organisationen geführt haben. Dabei handelt es sich um das Netzwerk Friedenskooperative, das Netzwerk Friedenssteuer, die Grüne Liga – Netzwerk ökologischer Bewegungen, das in Hannover ansässige Ökologie-Institut Gruppe Ökologie und die Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Schließlich trennten sich zahlreiche Bundestagsabgeordnete und andere Aktive von Aktenbergen, die sie nicht mehr zuhause aufbewahren wollten oder konnten. Die Zahl dieser Depositarbestände ist kontinuierlich gewachsen und beträgt inzwischen ca. 200.

Soweit eine sehr geraffte Darstellung der Entwicklung des Archivs mit Berücksichtigung der Archivierung sozialer Bewegungen. Seit den Anfängen sind immer wieder Archive sozialer Bewegungen in das Grüne Gedächtnis gelangt. Und es sind diese Archive von Initiativen und Netzwerken, an die man meist zuerst denkt, wenn die Rede ist von Archivbeständen der sozialen Bewegungen im Archiv Grünes Gedächtnis. Tatsächlich sind es insgesamt lediglich ca. 20. Offensichtlich spielen die Archive der sozialen Bewegungen in Relation zum Grünen Gedächtnis insgesamt weder hinsichtlich ihrer Anzahl noch hinsichtlich ihres Umfangs eine herausragende Rolle. Das Grüne Gedächtnis ist zuallererst ein Archiv der Grünen. Ferner beruhten die konkreten Entscheidungen zur Archivierung von Unterlagen sozialer Bewegungen sehr viel weniger, als man meinen könnte oder unterstellt wird, auf einer strategischen Absicht, sondern auf der nicht zuletzt finanziellen Bereitschaft der Heinrich-Böll-Stiftung, in konkreten, nicht weiter beeinflussbaren Situationen Archive der sozialen Bewegungen für die Zukunft zu sichern. In sämtlichen Fällen war es so, dass am Anfang eine Anfrage an das Archiv stand, ob es interessiert und in der Lage wäre, das in Frage stehende Archiv aufzunehmen und zu sichern. In vielen einzelnen Fällen hat die Heinrich-Böll-Stiftung dann bei den Geldgebern zugunsten der betroffenen Archive interveniert. Wenn es eine politische Linie der Heinrich-Böll-Stiftung gab und gibt, dann ist es die Aufrechterhaltung der vielfältigen alternativen Archivlandschaft. Das beste Mittel für die historische Überlieferung der sozialen Bewegungen besteht in der Förderung der autonomen Archive der sozialen Bewegungen. Ihre Existenz und Arbeitsfähigkeit gilt es zu sichern und zu verbessern. In diesem Sinne hat es in der Vergangenheit immer wieder Kooperationsprojekte mit Archiven sozialer Bewegungen gegeben.

Die Grünen als Bewegungspartei

So wichtig und wertvoll uns die Bestände sozialer Bewegungen als Teil des Grünen Gedächtnisses sind, für die Bedeutung des Grünen Gedächtnisses als Archiv der sozialen Bewegungen sind sie nicht entscheidend. Anders ausgedrückt: das Grüne Gedächtnis wäre auch ohne die speziellen Archive der sozialen Bewegungen ein Archiv der sozialen Bewegungen. Diese Formulierung ist nicht der Leidenschaft für paradoxe Formulierungen geschuldet, sondern will lediglich darauf hinweisen, dass das Grüne Gedächtnis ein hervorragender Ort ist, um die Geschichte des Bewegungsprotestes seit den 1970er Jahren zu studieren. Um das zu ermessen, reicht es aus, daran zu erinnern, wie die Grünen entstanden sind, was eigentlich die Inhalte grüner Politik sind und in welchen Formen Grüne Politik machen. Die Gründung der Grünen aus den sozialen Bewegungen, ihr frühes Selbstverständnis als Anti-Parteien-Partei, die Anerkennung der Erfolge der Grünen als Erfolge der sozialen Bewegungen widersprechen einer doktrinären Gegenüberstellung von grüner Partei und sozialen Bewegungen. Im Gegenteil, in den Grünen versammelten sich Menschen, die den Anliegen der Umwelt- und Friedensbewegung, der Frauen- und der Internationalen Solidaritätsbewegung sowie anderer kleinerer Bewegungen dadurch Nachdruck verleihen wollten, dass sie den Protest in die Parlamente hineintrugen. Die Politik der Grünen in den 1980er Jahren ist der Ausdruck der damaligen sozialen Bewegungen, auch wenn vielleicht nur eine Minderheit den Weg der Parlamentarisierung befürwortet hat. Aber auch die Kritiker der Parlamentarisierung haben versucht, in ihrem Sinne Einfluss auf den Kurs der Grünen zu nehmen und haben sich insofern in die Grünen eingebracht, wie umgekehrt die Grünen bestrebt waren, ihre Legitimität dadurch zu unterstreichen, dass sie die parlamentarische Arbeit als Sprachrohrfunktion der Bewegungen herausstrichen. Die politischen Inhalte der Grünen sind dieselben, die die sozialen Bewegungen, aus denen die Grünen hervorgegangen sind, vertreten haben. Die Grünen waren zu Beginn der 1980er Jahre keine weitere politische Kraft neben den sozialen Bewegungen, sondern sie waren eine politische Organisation der sozialen Bewegungen. Das gilt 1989/1990 für das Verhältnis von Bürgerbewegungen der DDR und dem Wahlbündnis Bündnis 90 in entsprechender Weise.

Der Weg von den Protestbewegungen zur Parteigründung war keine Selbstverständlichkeit. Die Entstehung der Grünen ereignete sich in einem Kontext, der von einem starken Anti-Parteien-Impuls geprägt war. Die in Bürgerinitiativen organisierten Bürgerinnen und Bürger lehnten und lehnen ein Politikverständnis ab, wonach die einen, die Parteien, regieren und die anderen, die Masse, regiert werden. Mehr Partizipation ist seit nunmehr einem halben Jahrhundert das Losungswort derer, die Demokratie in Deutschland «von unten» erneuern wollen. Die Forderung nach mehr Partizipation ist dabei nicht nur eine Stilfrage. Mehr Partizipation ist auf die Inklusion von neuen gesellschaftlichen Gruppen und von neuen politischen Themen in die öffentliche Debatte gerichtet. Kommunikation mit Initiativen und Debatten über die einzuschlagende Strategie sind der Modus Vivendi zwischen parlamentarischen grünen und außerparlamentarischen Initiativen, der sich tausendfach

in den archivierten Unterlagen der Fraktionen und der beteiligten Politikerinnen und Politiker widerspiegelt. Um nur ein einziges Beispiel anzuführen: Die verstorbene Landesvorsitzende der Berliner Grünen Barbara Oesterheld hat dem Archiv eine Sammlung von Unterlagen hinterlassen, die sich auf ihr langjähriges Engagement zugunsten eines Naturparks auf dem Gelände des sogenannten Gleisdreiecks bezieht. Beim Gleisdreieck handelt es sich um ein riesiges Areal aus aufgegebenen Gleisanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Berliner Stadtzentrum. Der schmale, zehn Signaturen umfassende Aktenbestand ist eine wertvolle Geschichtsquelle, die zeigt, wie sich im Kontext von Bürgerinitiativen parlamentarische und außerparlamentarische Funktionen gegenseitig bedingen und der gemeinsame Kampf am Ende erfolgreich sein kann. In diesem konkreten Fall ist der Austausch über die Ziele und Wege derart transparent, dass es angemessen erscheint, die parlamentarischen Initiativen von Barbara Oesterheld als Teil desselben Bewegungsengagements zu begreifen, das die Arbeit der beteiligten Bürgerinitiativen geprägt hat.

Damit ist ein weiterer Punkt angesprochen, der für die Archivierung sozialer Bewegungen von größter Bedeutung ist. Das Rückgrat der sozialen Bewegungen der letzten 50 Jahre, insbesondere der Umwelt-, Frieden-, Frauen- und Dritte-Welt-Bewegung, aber auch städtischer Protestbewegungen aller Art, ist die Mobilisierung über die massenhafte Gründung neuer lokaler Initiativen.⁴ Archivierung sozialer Bewegung geschieht durch Archivierung von einzelnen Initiativen und ihren Netzwerkstrukturen. Erstere haben häufig zwar Kontaktadressen, hinter denen sich Menschen, aber keine Büros verbergen. Solche Initiativen, bzw. das Engagement in solchen Initiativen, können fast immer nur im Rahmen von individuellen Nachlässen überliefert werden. Grüne – und nicht nur Grüne der ersten Stunde – haben, wenn sie sich um Parlamentsmandate auf Landes- und Bundesebene beworben haben, häufig auf ihr Engagement in den sozialen Bewegungen hingewiesen und hierin ihre Qualifikation für das Mandat gesehen. Deshalb ist die Hoffnung begründet, dass ihre Depositarbestände, wenn sie mehr enthalten als Unterlagen aus ihrem parlamentarischen Mandat, mehr oder weniger kräftige Spuren ihres Engagements in Bürgerinitiativen enthalten. Wenn es eine strategische Position des Grünen Gedächtnisses in Bezug auf die Archivierung sozialer Bewegungen gibt, dann ist es die Überzeugungsarbeit bei den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, dass ihr Engagement in den verschiedenen Initiativen und Bewegungen ein integraler Bestandteil grüner Geschichte ist.

Eine Besonderheit der politischen Bewegungen seit den 1970er Jahren ist, dass sie mit vielfältigen Archivprojekten verbunden waren. Davon zeugt das Netzwerk der Freien Archive. Es gibt ca. 100 lokale und regionale Archive in Deutschland, die man der Szene der freien Archive zuordnen kann und die meistens einer Ausprägung der Neuen Sozialen Bewegungen – Anti-Atom-Bewegung, Alternativbewegung, Friedensbewegung, Frauen- und Lesbenbewegung, Schwulenbewegung,

⁴ Christoph Becker-Schaum, Die institutionelle Organisation der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum, Philipp Gassert, Martin Klimke, Wilfried Mausbach, Marianne Zepp (Hrsg.), «Entrüstet Euch!» Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn (u.a.) 2012, S. 151–168.

Internationale Solidaritätsbewegung u.a.m. – besonders nahestehen.⁵ Archive der sozialen Bewegungen sind aber auch an Hochschulen und innerhalb grüner Strukturen entstanden. Hierzu zwei Beispiele: Von den drei Anti-Atom-Archiven im Grünen Gedächtnis sind zwei ursprünglich grüne Archive, das dritte ein typisches Bewegungsarchiv. Von den grünen Archiven wurde das eine von der Bundestagsfraktion zwischen 1983 und 1990 aufgebaut und nach der Wahlniederlage von 1990 an die Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin abgegeben, von wo es vor fünf Jahren an das Grüne Gedächtnis kam. Das zweite Anti-Atom-Archiv wurde von der Fraktion im Umlandverband Frankfurt/Main gepflegt. Es reicht von Anfang der 1980er Jahre bis weit in die 1990er Jahre, während das dritte, das Anti-Atom-Archiv des Umweltzentrums Bielefeld, bis in die Mitte der 1970er Jahre zurückreicht. Die drei Archive sind grundsätzlich ähnlich aufgebaut und ergänzen sich insofern. Sie bieten jeweils Informationen über einzelne Standorte, Störfälle und Techniken, Aktionen der Anti-Atom-Bewegung und alternative Energiekonzepte. Ähnliches gilt für die Archive der Internationalen Solidaritätsbewegung. Die Archivierung der Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen war über die Koordination der Dritte-Welt-Gruppen abgesprochen. Bestimmte Gruppen waren für die Archivierung für einzelne Länder zuständig. Eine Neuordnung der Zuständigkeiten führte dazu, dass die Archive der Guatemala- und El Salvador-Infostellen an das Grüne Gedächtnis abgegeben wurden. Hier werden sie durch die Unterlagen der Fachreferenten der Bundestagsfraktion und die privaten Archive grüner Aktiver innerhalb der Internationalen Solidaritätsbewegung ergänzt. Im Übrigen bietet das Archiv des Internationalen Solidaritätsfonds, den die Grünen bei ihrem Einzug in den Bundestag aufgelegt haben, einen guten Überblick über die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung in den 1980er Jahren.

Was bleibt als Fazit für die Archivierung sozialer Bewegungen? Es gilt, die Vielfalt der Bewegungsarchive zu bewahren und für jedes einzelne Archiv zu erkennen, wo seine Stärken liegen.

Eine frühere Fassung des Aufsatzes ist in: Étopia – Revue d'écologie politique, Heft 13 (2013) erschienen.

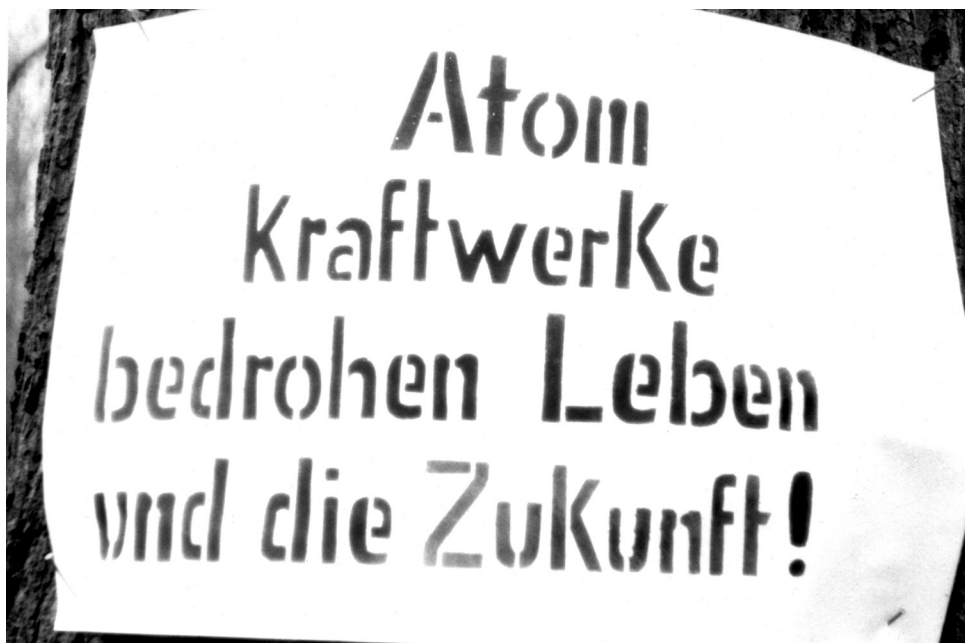
5 Siehe hierzu die Rezension von Lisa Schürmann in diesem Jahrbuch.

Wyhl am Kaiserstuhl im Februar 1975: «Nai hämm'r gsait»

Fotos von Wolfgang Sternstein

Nach Fotografien aus der Sammlung des Archivs wird zunehmend gefragt. Mit diesen Fotos, die Wolfgang Sternstein vom erfolgreichen Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Wyhl gemacht hat und die sich in der Archivsammlung befinden, möchten wir ermuntern, dem Archiv Fotografien zur Verfügung zu stellen. Die begleitenden Texte sind dem Buch Wolfgang Sternstein «Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit» entnommen.¹

Nur wenige Wochen später fuhr ich nach Wyhl. Eine ländliche Idylle, so schien es. Doch der Schein trog. Es gab allenthalben Anzeichen jenes «Krieges», der hinter dieser idyllischen Kulisse tobte.



¹ Wolfgang Sternstein, Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie, Stuttgart 2005. Zusammenstellung: Robert Camp.



An einer Brücke bei der Autobahnausfahrt Riegel stand in weißen, meterhohen Lettern: KKW – Nein. Die Ortsdurchfahrt von Endingen, ein malerisches Städtchen am Fuße des Kaiserstuhls, war von Plakaten gesäumt, auf denen in gotisierender Schrift zu lesen war: «Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv.» «Atomkraftwerk Nein!» und: «Wir lassen uns unsere schöne Heimat nicht zerstören.»





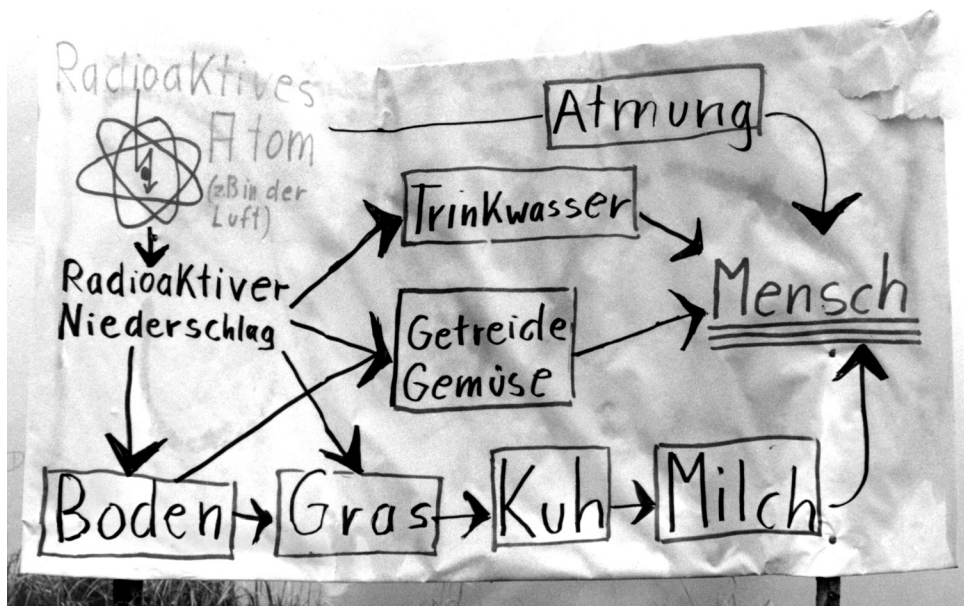


Längs des geschotterten Feldweges, der zum künftigen Kraftwerksgelände führte, hatten Bauarbeiter die Erde etwa 40 Zentimeter tief ausgehoben und seitlich aufgeschüttet. Offensichtlich sollte hier eine Zufahrtsstraße für Baufahrzeuge gebaut werden. Auf den Erdhügeln staken einige vom Frühnebel durchnässte Transparente mit den Aufschriften: «Solidarität mit KKW-Gegnern in Wyhl. Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst», «Kein Atomkraftwerk gegen den Willen von 100 000 Bürgern», «Heute ein KKW in Wyhl, morgen Kinder mit Erbschäden», «Trotz Polizeiterror: das KKW wird nicht gebaut», «Christen sagen nein zum KKW Wyhl.»





Gegen Mittag belebte sich die Szene und immer mehr Menschen, vorwiegend Einheimische, wie man am Dialekt unschwer erkennen konnte, strömten auf die NATO-Rampe. Viele versuchten mit den Polizisten ins Gespräch zu kommen, die offenbar auch aus der näheren Umgebung stammten. Die Fragen, die man ihnen stellte, waren ihnen sichtlich unangenehme: Ob sie wüssten, welche Folgen das Atomkraftwerk für die Umgebung haben könne, für den Wein und das Obst, für das Grundwasser und vor allem für die Menschen?





Nach Verhandlungen der Bürgerinitiativen mit Vertretern der Landesregierung wurde im November 1976 ein vorläufiger Baustopp verhängt. 1983 fiel nach langwierigen gerichtlichen Auseinandersetzungen die politische Entscheidung, den Kraftwerksbau nicht weiterzuverfolgen.

Einladungsplakat zur ersten Veranstaltung im legendären Freundschaftshaus Wyhl am Dienstag, den 18. März 1975.





**Das «Freundschaft's Huss» auf dem besetzten Bauplatz in Marckolsheim,
Anfang 1975**



Der Bestand Barbara Oesterheld

Barbara Oesterheld wurde am 15. September 1951 in Berlin-Kreuzberg geboren. Diesem Bezirk blieb sie ihr ganzes Leben persönlich und politisch verbunden. Nach dem Abitur studierte sie an der Freien Universität Berlin Soziologie und beendete das Studium mit dem Diplom. Sie begann ihr politisches Engagement bei der SPD, der sie von 1975–1985 angehörte. Danach trat sie 1987 der Alternativen Liste in Berlin-Kreuzberg bei und wirkte maßgeblich an ihrem Erfolg mit. Weitere wichtige Etappen ihrer politischen Arbeit waren 1989 die Wahl in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Kreuzberg und ihre Wahl zur Fraktionsvorsitzenden in der BVV. Von 1992–1994 war sie im Vorstand des Kreisverbandes. 1995 kandidierte sie für das Berliner Abgeordnetenhaus und gewann ein Direktmandat. Dies gelang neben ihr noch Özcan Mutlu, beiden übrigens in Kreuzberg. Sie waren damit bundesweit die ersten Grünen, die auf Landesebene Direktmandate errangen. Bei den Abgeordnetenhauswahlen 1999 und 2001 gewann sie jeweils wieder ein Direktmandat. Auf Grund einer schweren Krankheit verzichtete Barbara Oesterheld bei der Wahl 2006 auf eine erneute Kandidatur zum Berliner Landesparlament. 2007 wurde sie zu einer der beiden Landesvorsitzenden gewählt, musste allerdings ein Jahr später krankheitsbedingt vom Amt zurücktreten. Am 13. Mai 2009 starb Barbara Oesterheld.

Als Abgeordnete war Barbara Oesterheld mit großem Einsatz an der Aufklärung des Berliner Bankenskandals beteiligt. Sie arbeitete daneben in der Bau- und Wohnungspolitik sowie an einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Besonders wichtig war ihr die Umgestaltung des Gleisdreieckgeländes, eines ehemaligen Bahngeländes südlich des Potsdamer Platzes. Für die Umgestaltung dieses Geländes zu einem Park hatten sich Bürgerinitiativen seit den 1980er Jahren eingesetzt. Denn bereits lange vor der Vereinigung von West- und Ostberlin war es großen Begehrlichkeiten ausgesetzt. Die sogenannte Westtangente sollte das Schöneberger mit dem Weddinger Autobahnkreuz verbinden und einen Westberliner Autobahnring schließen, der parallel zur damaligen Mauer verlaufen sollte. Dieses Vorhaben konnte nicht realisiert werden. 1989 wurde das brachliegende Gelände zum Bauhof für die Großbaustelle Potsdamer Platz. Viele Planungsideen wurden durchgespielt, u.a. sollte die erste Bundesgartenschau im wiedervereinigten Deutschland an dieser Stelle stattfinden. Letztendlich konnten aber die Bürgerinitiativen ihren Naturpark durchsetzen, der im Mai 2013 eröffnet wurde. Barbara Oesterheld hat sich in den Jahren ihrer politischen Arbeit in und mit Initiativen und als grüne Bezirks- und Landespolitikerin für die Umstrukturierung des Geländes zu einem innerstädtischen Naturpark engagiert. Sie war sowohl Mitglied in Bürgerinitiativen wie deren An-

sprechpartnerin, wenn es darum ging, die Wünsche und Forderungen der Arbeitsgemeinschaften und Initiativen an die zuständigen Senatsbehörden oder an die beteiligten Firmen weiterzugeben. Sie arbeitete an der Schnittstelle zwischen Bürgerinteressen und Senat.

Die Dokumente von Barbara Oesterheld sind dem Archiv Grünes Gedächtnis am 13. Mai 2013 vom grünen Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg übergeben worden. Sie dokumentieren hauptsächlich den Einsatz für einen Naturpark auf dem Gleisdreieckgelände in der Zeit von 1989–2006. Der Umfang des Nachlasses beträgt 0,1 lfm. Er ist in zehn Verzeichnungseinheiten gegliedert. Die Archivalien wurden formal und inhaltlich beschrieben, indiziert und verschlagwortet. Neben Gutachten von Initiativen und Behörden und einer Übersicht über die landesparlamentarischen Aktivitäten von 1995–2006 sind es vor allem die Korrespondenzakten, die die besondere politische Arbeit von Barbara Oesterheld beschreiben. Hier liegt ihre politische Kommunikation im Netzwerk von Bürgerinitiativen, Parlament und Behörden.

Neben den Dokumenten von Barbara Oesterheld im Archiv Grünes Gedächtnis hat die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck selbst ein eigenes, internetgestütztes Archiv, in dem die Dokumente ihrer politischen Arbeit eingesehen werden können.

www.berlin-gleisdreieck.de

4 Archivprojekt

Elektronische Publikationen in Bibliotheken

Ein Tagungsbericht

In Politik und Wissenschaft haben elektronische Publikationen den gedruckten Veröffentlichungen, rein quantitativ betrachtet, längst den Rang abgelaufen. Sie werden grundsätzlich von Bibliotheken wie alle anderen Publikationsformen gesammelt, bibliothekarisch erschlossen und zugänglich gemacht. Gerade für kleinere Bibliotheken mit begrenzter technischer Infrastruktur und begrenzten finanziellen Mitteln stellt dies eine große Herausforderung dar.

Am 5. Juli 2013 fand im Archiv Grünes Gedächtnis eine Tagung unter dem Titel «Elektronische Publikationen in Bibliotheken – Sammlung, Erschließung, technische Umgebung, Nutzung» statt, die sich mit möglichst allen Bereichen, mit denen Bibliotheken im Umgang mit elektronischen Publikationen konfrontiert sind, beschäftigen sollte. Die sieben Inputs wurden überwiegend von Spezialbibliotheken gegeben, die jeweils einzelne Projekte aus dem Bereich elektronischer Publikationen vorstellten.

Ein Weg zur Archivierung und Veröffentlichung elektronischer Publikationen sind disziplinäre Repositorien. Diese ermöglichen einen einheitlichen Zugang zu Materialien bestimmter Forschungsdisziplinen, während sogenannte institutionelle Repositorien Materialien einer bestimmten Einrichtung zur Verfügung stellen. Auf der Tagung berichtete das Deutsche Institut für Menschenrechte über seine Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) des GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften, während das Deutsche Institut für Urbanistik aktuell dabei ist, ein eigenes Repositorium für kommunale Volltexte aufzubauen. Repositorien stellen Volltexte entweder frei zugänglich nach dem Open-Access-Prinzip oder mit Eingabe von Log-In-Daten zur Verfügung. Häufig werden bibliografische Angaben aus Repositorien auch in Bibliothekskataloge eingepflegt. Zusätzlich sichern Repositorien für gewöhnlich die Langzeitarchivierung der Dokumente.

Die Sichtbarkeit von Repositorien muss sicherlich weiter verbessert werden. Hierzu gibt es viele Ansätze, wie zum Beispiel Schnittstellen zu Bibliothekskatalogen oder den Nachweis der Publikationen in Suchmaschinen wie BASE und OpenDOAR. Dennoch kann es eine Hürde für die Nutzung darstellen, E-Publikationen in einem eigenen Portal parallel zum Bibliothekskatalog anzubieten.

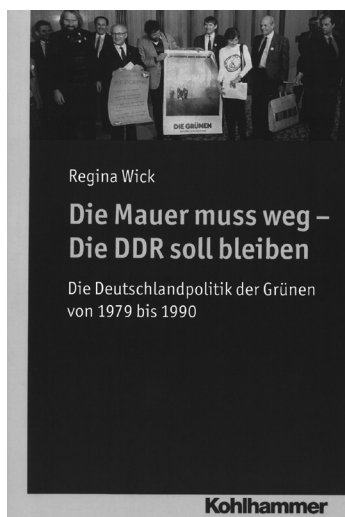
Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördert seit vielen Jahren Projekte aus dem Bereich der elektronischen Publikationen. Auf der Tagung stellte das Deutsche Literaturarchiv Marbach ein aktuelles DFG-gefördertes Projekt vor, das sich mit Netzliteratur und Webarchivierung beschäftigt. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Rahmen des DFG-Sondersammelgebietes «Parteien und Gewerkschaften aus Europa und Nordamerika» auch für elektronische Veröffentlichungen zuständig.

Lösungen für den Umgang mit Publikationsformen wie E-Journals und E-Books müssen in vielen Bibliotheken gefunden werden. Inputs aus diesem Bereich kamen im dritten Panel von der Fachbibliothek Umwelt des Umweltbundesamtes und dem Archiv Grünes Gedächtnis. Insbesondere elektronische Newsletter stellen ein Problem dar, da sie oft zu großen Teilen aus Verlinkungen bestehen, deren Inhalte nicht problemlos dauerhaft mitgespeichert werden können.

Im Archiv Grünes Gedächtnis werden elektronische Publikationen unterschiedlicher Form gesammelt. Bereits seit 2004 werden Websites von Bündnis 90/Die Grünen und der Heinrich-Böll-Stiftung archiviert. Seit 2013 werden die archivierten Internetspiegelungen der Heinrich-Böll-Stiftung auf Publikationen ausgewertet. Dabei können viele Publikationen zu aktuellen Themen ausfindig gemacht werden, die ausschließlich als Artikel auf den Websites erschienen sind. Die elektronischen Ressourcen sind im Online-Katalog der Bibliothek recherchierbar.

5 Rezensionen

Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990



Geschichtswissenschaftliche Dissertationen über die Grünen gibt es noch nicht viele. Sie lassen sich noch an einer Hand abzählen. Die wichtigsten sind Silke Mendes Arbeit über die Gründungsgrünen und Saskia Richters über die Aktivistin Petra Kelly.¹ Umso erstaunlicher, dass Regina Wick als nächste Doktorandin eine Dissertation über die Deutschlandpolitik der Grünen in den 1980er Jahren vorgelegt hat, ist doch Deutschlandpolitik ihrer Natur nach vor allem Regierungspolitik. Für Adenauers Deutschlandpolitik in den 1950er Jahren, für die der sozialliberalen Koalition in den 1970er Jahren oder Kohls Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren gibt es kein grünes Pendant. Die Grünen hatten in den 1980er Jahren so gut wie keinen Einfluss auf die staat-

liche Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. Eine Untersuchung vergleichbarer Art wird man hier dementsprechend auch nicht erwarten dürfen.

Es sind also andere Gründe, die das Thema lohnenswert erscheinen lassen. Einer ist, dass sich Die Grünen, als sie 1993 den Assoziationsvertrag unterschrieben, gegenüber dem Bündnis 90 verpflichtet haben, ihre Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren aufzuarbeiten. Das Thema war ein innerparteilicher Streitpunkt zwischen Grünen (West) und Bündnisgrünen (Ost). Hinzukommt, dass der erste deutschlandpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion ein Informeller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war. Auch die besondere Aufmerksamkeit, die seither die Aktion bzw. Demonstration von Petra Kelly und anderen grünen Bundestagsabgeordneten auf dem Ostberliner Alexanderplatz im Mai 1983 erfahren hat, die Tatsache, dass die Grünen intensiver als alle anderen Parteien der Bundesrepublik auch unter widrigen Umständen die Beziehungen zu Dissidenten in der DDR aufrechterhalten haben, aber gleichzeitig entschiedener als alle anderen für eine Respektierung der DDR als zweitem deutschen Staat eingetreten sind und

¹ Vgl. die Besprechungen von Dagmar Hölscher und Martin Klimke, in: Grünes Gedächtnis 2011, S. 94 ff.

schließlich, dass die Grünen für ihre negative deutschlandpolitische Haltung («Alle reden von Deutschland – wir reden vom Wetter») bei der Bundestagswahl 1990 abgestraft wurden, das alles sind gute Gründe, warum die Deutschlandpolitik der Grünen immer ein beliebtes Thema für Examensarbeiten ist. Umso erfreulicher ist es, dass nun die Dissertation von Regina Wick vorliegt, die diesen Themen auf den Grund geht.

Regina Wick hat zu diesem Zweck eine eigene Herangehensweise entwickelt. Sie unterscheidet vier deutschlandpolitische Strömungen bei den Grünen – eine Basis- und Symbolfraktion, eine Vermittlerfraktion, eine Dialogfraktion und eine national-neutralistische Fraktion – und drei Zeitabschnitte, in denen die Deutschlandpolitik der Grünen jeweils um bestimmte Themen kreist. Die drei Zeitabschnitte sind wie es nahelegt der Zeitraum vor dem ersten Einzug in den Bundestag 1983, hier betrachtet Regina Wick die Grünen im Zusammenhang mit der Friedensbewegung, und die beiden Wahlperioden von 1983–1987 und von 1987–1990. Für jeden der drei Zeitabschnitte identifiziert sie die entscheidenden Themen, und die Darstellung der insgesamt ca. 20 Themen mit der jeweiligen Haltung der vier Strömungen dazu ergibt ihr aus vielen Facetten zusammengefügtes Gesamtbild der grünen Deutschlandpolitik in den 1980er Jahren. Dieses Gesamtbild aus archivischen Quellen erarbeitet zu haben, ist das Verdienst der Autorin.

Was ist nun mit deutschlandpolitischen Strömungen gemeint? Wicks Unterscheidung von vier Strömungen im Politikfeld Deutschlandpolitik meint offensichtlich nicht Realo-Deutschlandpolitik, Fundi-Deutschlandpolitik, Aufbruch-Deutschlandpolitik usw., sondern vier idealtypische Haltungen gegenüber der DDR/SED.² Daraus ergeben sich vier deutschlandpolitische Strömungen: Dialogpolitiker, Basis- und Symbolpolitiker, Vermittler und Nationalneutralisten. Mit dem Begriff Dialogpolitiker bezeichnet Wick diejenigen Grünen, die sich den Strategien der SED weitgehend angepasst haben und die in der DDR eine begrüßenswerte Systemalternative zur Bundesrepublik erkannt haben wollen. Die demokratischen und menschenrechtlichen Defizite der DDR betrachtete diese Gruppe als nachgeordnete Probleme. «Diametral gegenüber» positioniert Wick die Fraktion der Basis- und Symbolpolitiker, die die Zusammenarbeit mit den Oppositionsgruppen pflegten und ihre Solidarität bei verschiedenen Anlässen in «symbolischen Aktionen» öffentlich wirksam zum Ausdruck brachten. Bei aller scharfen Kritik an der SED hielten sie die DDR für prinzipiell reformfähig. DDR-Forderungen in Bezug auf die Anerkennung der DDR, die den wesentlichen Inhalt der Dialogfraktion ausmachen, waren für diese Gruppe nachrangig. Insgesamt ist diese Fraktion dem Politikstil von Petra Kelly so sehr nachgebildet, dass von einer idealtypischen Konstruktion eigentlich nicht gesprochen werden kann. Die These, dass die sogenannten Basis- und Symbolpolitiker die DDR für reformfähig gehalten hätten, mag für Petra Kelly gelten. Dass die These auch für die anderen Vertreter/innen dieser Gruppe gegolten hätte, kann man meines Erachtens bestreiten. Die dritte Strömung, die Vermittlerfraktion,

2 Regina Wick, *Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990*, Stuttgart 2012, S. 75; hier auch die folgenden Zitate.

sieht bzw. konstruiert Wick als Mittelposition zwischen den Dialogpolitikern und den Basis- und Symbolpolitikern, insofern sie sich zwar ebenfalls für Kontakte zur DDR-Opposition einsetzten, aber tendenziell den Kontakten zur Staatsebene den Vorrang beimaßen. Deutschlandpolitisch haben sie sich mit der Teilung abgefunden und sahen in ihr einen wirksamen Schutz gegen alle Sonderwegillusionen und -bestrebungen. In den 1980er Jahren ließ sich flügelübergreifend die Mehrheit der Partei und der Bundestagsfraktion dieser deutschlandpolitischen Strömung zuordnen, was meines Erachtens der hinreichende Grund ist, warum die Deutschlandpolitik, die Wick thematisiert, viel weniger Gegenstand innerparteilicher Kontroversen war, als man nach ihrer Dissertation erwarten würde. Schließlich bildet Wick eine vierte Strömung, die Nationalneutralisten. Diese Fraktion wurde von Zirkeln um den maoistischen Ex-Kommunisten Rolf Stolz gebildet, der in den Anfängen der Grünen Mitglied des Bundesvorstands war und eine sogenannte linke, also tatsächlich rechte deutschlandpolitische Diskussion führte. Auch in der Berliner AL gab es national-neutralistische Zirkel, die um das Jahr 1987 die Partei verlassen haben. In der Bundestagsfraktion von 1983–1987 war diese Strömung personell nicht vertreten, aber in der folgenden Wahlperiode ordnet Wick ihr den wegen seiner Kritik am NATO-Doppelbeschluss aus der CSU ausgeschlossenen Bundeswehroffizier und Friedensforscher Mechtersheimer zu, dessen Beziehung zu den Grünen aber nur temporär war. Diese Nationalneutralisten führten eine Diskussion um die Deutsche Frage, thematisierten aber die Verhältnisse in der DDR nicht. «Zum konkreten Umgang mit der DDR», schreibt Wick, «nahmen sie nicht Stellung.»³ Proportional zur starken Vermittlerfraktion ist den wenigen Nationalneutralisten sehr viel Raum gewidmet.

Ein anderer Aspekt ihrer Herangehensweise ist, dass sie die deutschlandpolitischen Strömungen auf Kosten der institutionellen Organisation der Bundestagsfraktion betont. Das betrifft nicht nur die Darstellung der Politik der deutschlandpolitischen Sprecher/innen, sondern auch die der Fraktionssprecher/innen, also der Fraktionsvorsitzenden, deren außen- und deutschlandpolitische Kompetenzen meines Erachtens unterschätzt werden. Die deutschlandpolitischen Sprecher gehörten bis auf den ersten, den Dialogpolitiker Dirk Schneider, der Vermittler-Strömung an. Man hätte vielleicht für die folgenden sechs Jahre eine zusammenhängende Darstellung ihrer Politik als deutschlandpolitische Sprecher erwarten können. Regina Wick kommt jedoch zu einem anderen Schluss. Die deutschlandpolitischen Strömungen seien zu wenig kompromissfähig geblieben, als dass die Fraktion zu einer gemeinsamen Position hätte gelangen können. Es ist eines der wesentlichen Ergebnisse ihrer Forschung, dass die kompromisslose Konfrontation der deutschlandpolitischen Strömungen die Ausbildung von so etwas wie einer gemeinsamen grünen Deutschlandpolitik verhindert habe.

Bei alledem gibt es auch dynamische Elemente. Zum einen haben sich die Gewichte zwischen den Strömungen im Laufe der Zeit verschoben, zum anderen gibt es einen Wandel in den Profilen der Strömungen zu konstatieren. Schließlich gibt es Wanderer zwischen den Strömungen. Insgesamt habe bis in die erste Hälfte

3 Wick, S. 75.

der zweiten Wahlperiode, also bis 1987/88, die Dialogfraktion die Bundestagsfraktion politisch dominiert, was ein wesentlicher Grund für die mangelnde Kompromissfähigkeit war. Aber bereits seit Beginn der zweiten Wahlperiode 1987 sei «die Bereitschaft der Grünen, die SED wegen der Menschenrechtsverletzungen in der DDR zu kritisieren»⁴ gestiegen. Schließlich löste die Vermittlerfraktion die Dialogpolitiker als dominierende Strömung ab, für die realpolitisch und wertebezogen die Westbindung der Bundesrepublik das Orientierungsmerkmal wurde. Gegen Ende der SED-Diktatur, im Herbst 1989, wurden Dialogfraktion und Basis- und Symbolfraktion «nahezu bedeutungslos.»⁵ Dafür kann Wick eine gewachsene Heterogenität innerhalb der sogenannten Vermittlerfraktion konstatieren: «Während Antje Vollmer der Meinung war, dass die deutsche Gesellschaft durch die Generation der 1968er und die friedliche Revolution in der DDR «gründlich zivilisiert» worden sei, betonte Joschka Fischer, das Misstrauen gegen das «Wir sind das Volk» einfach nicht loszuwerden. Sollten «zwei Weltkriege, zwei Diktaturen, Hitler, Auschwitz» wirklich alles nur «aus der Zeit und den Umständen heraus erklärbare Zufälle der Geschichte» gewesen sein?»⁶ Am Ende der 1980er Jahre, mit der Auseinandersetzung um Konföderation oder Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, löst die Europapolitik die Deutschlandpolitik als Referenzpunkt der in diesem Band behandelten Debatten ab.

Regina Wick, Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.

⁴ Wick, S. 228.

⁵ Wick, S. 256.

⁶ Wick, S. 279.

Rot-Grün an der Macht



Wann fängt geschichtswissenschaftliche Distanz an, fragt man sich angesichts eines Werkes, das es sich zur Aufgabe macht, eine Zeitspanne zu erforschen, die gerade einmal fünfzehn Jahre zurückliegt. Der Heidelberger Geschichtsprofessor Edgar Wolfrum hat sich im Auftrag des C.H. Beck Verlags an das Mammut-Projekt gewagt, eine umfassende Geschichte der Regierungszeit der rot-grünen Koalition zu schreiben.

Der Autor beschreibt eine Umbruchzeit der deutschen Politik. Auf die «für viele Menschen so behagliche Nachkriegszeit»¹ folgt die «erste globale Regierung in Deutschland»², so Wolfrum. Angetreten, um das Land innenpolitisch zu erneuern, war Rot-Grün mit globalen Herausforderungen

wie Krieg und Frieden, der Finanzmarktkrise und der Bedrohung des Weltklimas konfrontiert. Es geht Wolfrum darum, das Ablegen der deutschen Sonderrolle und die Entwicklung der BRD zu einer reformfreudigen und gestaltungswilligen Akteurin der Weltpolitik unter der rot-grünen Regierung darzustellen. Die Zeit der rot-grünen Koalition war schließlich eine Zeit bedeutenden Wandels, voller Tabubrüche und Reformen. An vielen Stellen wurden Entwicklungen angestoßen, die Deutschland heute innen- wie außenpolitisch definieren.

Wolfrum schreibt eine Geschichte der Macht. Schwerpunkt sind die Handlungen und Entscheidungen der Machthabenden. In diesem Fall also in erster Linie die der Sozialdemokraten und des Kanzlers. Dem Koalitionspartner, der erstmals in einer Bundesregierung vertretenen Partei Bündnis 90/Die Grünen, wird zwar Rechnung getragen, aber nur in wenigen Aspekten, wie etwa dem der Außen- und Atompolitik.

Wolfrum gelingt es, den Zeitgeist einzufangen, etwa wenn er an die Begriffe «Reformstau», der zum Ende der Kohlschen Regierungszeit aufkam, oder den der «Nachbesserung» aus der Anfangszeit der rot-grünen Koalition erinnert. Anschaulich zeigt er auf, wann Begriffe auftauchen, wer sie geprägt hat und welchem

¹ Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013, S. 14.

² Ebenda, S. 11.

Konnotationswandel sie unterlagen. Auch Medienstimmungen und Umfragen werden aufgeführt, um das machtpolitische Geschehen zu ergänzen.

Gegliedert ist das Buch in drei Hauptteile. Der erste Teil umfasst die euphorische Stimmung nach dem Wahlsieg, die vom Willen zu Reformen und innenpolitischer Modernisierung getragen war. Die hier entwickelten Erwartungen trafen angesichts der humanitären Katastrophe im Kosovo auf die harte Realität, über einen Kriegseinsatz mit deutscher Beteiligung entscheiden zu müssen. Der zweite Teil zeichnet den weltweiten Schock in Folge des Terroranschlags vom 11. September 2001 nach, der als Anschlag auf die westliche Zivilisation interpretiert wurde. Es folgen der Krieg gegen den Terror, der Krieg in Afghanistan und der Irak-Krieg. Im dritten Teil legt Wolfrum mit der Agenda 2010 die Entstehung der größten Strukturreform Deutschlands dar und er endet mit dem Zerfall der rot-grünen Koalition. Der Regierungswechsel war auch ein Wechsel der Generationen. Die Generation der 68er löste eine konservative Vorgängergeneration ab und musste sich den Sachzwängen des Regierens stellen. Innerhalb der regierenden Parteien und ihrer politischen Lager kam es zu tiefgreifenden Konflikten, die diese an den Rand der Spaltung führten.

Zwei herausragende politische Ereignisse prägten die erste Phase der rot-grünen Koalition. Einerseits der Rücktritt Lafontaines und andererseits die dramatischen Entwicklungen in Jugoslawien, die in den Kosovo-Krieg mündeten. Wolfrums Art der Aufarbeitung dieser Beispiele ist exemplarisch für seine Arbeitsmethode.

Am 11. März 1999 trat zum ersten Mal in der bundesdeutschen Geschichte ein Minister völlig unerwartet von seinem Amt zurück und legte zugleich Parteivorsitz und Bundestagsmandat nieder. An Oskar Lafontaines Rücktritt zeigt sich unabhängig von persönlichen Auseinandersetzungen ein tiefer Konflikt innerhalb der SPD zwischen «Traditionalisten» um Lafontaine und «Modernisten» um Schröder, wie Wolfrum die Lager nennt.

Wolfrum stellt Lafontaine als kenntnisreichen Finanzminister dar, der die ihm zur Verfügung stehenden fiskalischen Instrumente radikal einzusetzen beabsichtigte und sein Vorhaben ohne politisches Feingefühl durchsetzen wollte. Zudem stand Lafontaines Vorhaben, die Banken regulieren zu wollen, der Boom-Stimmung an der deutschen Börse entgegen. Schröder trat in diesem Konflikt als Gegenspieler Lafontaines auf. Der Kanzler repräsentierte einen neuen, pragmatischen Typus der Sozialdemokratie, der sich Tony Blair und Bill Clinton zum Vorbild nahm. Umfassende regulierende Maßnahmen im Finanzsektor in Bezug auf Zinshöhen und Wechselkurse waren unter Schröder nicht durchzusetzen. Allerdings gesteht Wolfrum Lafontaine zu, richtige Einsichten zur Notwendigkeit der Bankenregulierung gehabt zu haben. Seinen Rücktritt begründet Oskar Lafontaine mit dem drohenden Kosovo-Krieg. Dies, so Wolfrum, «darf getrost in das Reich der Legenden verwiesen werden»³. Dafür unterstellt er ihm aber die «trübe Einsicht, sich verzockt zu haben»⁴. Die Frage,

³ Ebenda, S. 110.

⁴ Ebenda, S. 120.

inwieweit Lafontaine seiner Zeit angesichts der weltweiten Finanzkrise von 2007 voraus war, wird nicht beantwortet.⁵

Die Darstellungsweise des Rücktritts von Lafontaine veranschaulicht zwei Merkmale von Wolfrums Arbeitsweise. Zum einen bemüht er sich um eine internationale Einordnung der Zeit der rot-grünen Regierung, indem er die internationalen Verknüpfungen und die Entstehung einer neuen Sozialdemokratie beschreibt. Zum anderen wird seine persönliche politische Meinung sichtbar, durch die klare Deutung zugunsten Schröders und dessen pragmatischer Machtpolitik.

Mit dem Kosovo-Krieg bahnte sich jedoch eine Krise von weit größerem Ausmaß an. Die Festlegung im Koalitionsvertrag auf den Grundsatz «deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik»⁶ schien angesichts der Entwicklungen nicht haltbar. Die Entscheidung über Krieg und Frieden in Zusammenhang mit der humanitären Katastrophe im Kosovo führte zu einer Zerreißprobe innerhalb der grünen Partei. Für die in der Friedensbewegung verwurzelte Partei stellte die Beteiligung an der militärischen Intervention im Kosovo-Krieg einen Tabubruch dar, gerade auch aufgrund der nicht vorhandenen Legitimation durch die Vereinten Nationen. Wolfrum bemüht sich, die Stimmung in der Partei wiederzugeben, hält sich dabei jedoch an Aussagen von Spitzenpolitikern und Vorkommnissen auf den Bundesdelegiertenkonferenzen. Als Symbol für die Ausnahmesituation werden die Bilder des nach einem Farbbeutelangriff mit roter Farbe beschmierten Außenministers Joschka Fischer gezeigt. Dagegen werden die Massenparteiaustritte aus der grünen Partei nicht erwähnt.

Die Grünen trugen diesen Militäreinsatz mit. Dies wurde trotz der Berufung auf die historische Verantwortung der Deutschen dann angesichts der humanitären Katastrophe zu einem bleibenden Trauma. Wolfrum nennt die Entwicklung, die die Partei durchmachte, eine Schleifung, bei der sie Realitätsverständnis gewann und der Pazifismus als «aus der Zeit herausgefallen»⁷ erkannt wurde. Alternative Präventivstrategien betrachtet Wolfrum nicht als realistische Option. Auch bleibt eine Kritik an den handelnden Regierungsmitgliedern aus. Letzten Endes wird deren Vorgehen zwar nicht als fehlerlos, jedoch als konsequent und alternativlos dargestellt. Wolfrum arbeitet die handlungsleitenden Linien der rot-grünen Regierung heraus und stellt die Sichtweise der Handelnden selbst in den Vordergrund.

Verständlich und übersichtlich gelingt es Wolfrum jedoch, die Anforderungen, die die internationale Gemeinschaft an Deutschland stellte, darzulegen. So erläutert er das Interesse der Amerikaner an einem verlässlichen Kooperationspartner zur Gestaltung der Weltpolitik. Außerdem legt Wolfrum an dieser Stelle die Debatte um das Potenzial und die Handlungsfähigkeit von UNO und NATO dar.

Die rot-grüne Koalition war angetreten, um «die Gesellschaft zu erneuern»⁸. Zahlreiche Reformen wurden zu diesem Zweck angestoßen: das Lebenspartnerschaftsgesetz, die Doppelpassregelung, die Agenda 2010, das Reformprogramm für die EU. Doch, laut Wolfrum, «verblasst alles in seiner Bedeutung vor einem zentralen

⁵ Ebenda, S. 137.

⁶ Ebenda, S. 65.

⁷ Ebenda, S. 82.

⁸ Ebenda, S. 169.

Projekt von Rot-Grün: dem Ausstieg aus der Atomenergie»⁹. Die Frage nach der Haltung zur Atomenergie war eine der großen gesellschaftspolitischen Fragen der Nachkriegszeit. Für die Grünen, die eng mit der Anti-Atom-Bewegung verbunden waren, stellte der sofortige Ausstieg aus der Atomkraft ein wichtiges Ziel ihres Wahlprogramms dar. Bereits im Koalitionsvertrag wurde die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg jedoch zugunsten des «so schnell wie möglich» durchgeführten Ausstiegs abgeschwächt. Hier zeigte sich eine Tendenz der rot-grünen Regierung. Dass Deutschland schließlich als erste Industrienation den Ausstieg aus der Atomenergie beschloss, kann als großer Erfolg von Rot-Grün und vor allem der Grünen gewertet werden. Dass der Ausstieg allerdings über einen längeren Zeitraum konzipiert wurde, führt auch innerhalb der grünen Partei zu heftiger Kritik. Wolfrum beschreibt das Vorgehen des Umweltministers Jürgen Trittin als zu radikal. Erst nachdem Schröder und Fischer die Verhandlungspartner wieder an einen Tisch holten, gelang eine Vereinbarung. Wolfrum charakterisiert hier wieder das Bild einer grünen Partei, die zwar wichtige Impulse setzt, aber auch immer stark zurückstecken muss und erst durch ihren neu gewonnenen Realitätssinn regierungsfähig wird.

Die letzte große Reform von Rot-Grün war die Agenda 2010. Aus der Krise geboren ging es in der Agenda darum, den Sozialstaat effizient und leistungsfähig zu gestalten. Die Kürzungen der Sozialleistungen riefen große Kritik hervor. Besonders die Gewerkschaften mobilisierten einen Protest gegen den «sozialen Kahlschlag und [...] eine asoziale Politik»¹⁰. Wolfrum führt als einen der Hauptgründe des Scheiterns von Rot-Grün die Medienhetze unter der Leitung des Springer-Konzerns an. Nach Wolfrum war es das Ziel, «nicht nur die Reformen zu denunzieren, vielmehr sollte die Regierung [...] zu Fall gebracht, entmacht werden»¹¹. Dass die Angstkampagnen Wirkung zeigten, ist jedoch laut Wolfrum auf die Versäumnisse der Politik zurückzuführen. Er wirft Schröder vor, nicht ausreichend Raum für Diskussion und Aufklärungsarbeit eingeräumt zu haben. Im Verlauf des Jahres 2005 schien sich die wirtschaftliche Lage wieder zu bessern, der Konflikt innerhalb der SPD hielt jedoch an. Wolfrum resümiert: «Schröder führte sein Land in den wirtschaftlichen Aufschwung und seine Partei in die Wahlniederlage.»¹² Schuld daran waren, laut Wolfrum, auch die herbeigeführten Neuwahlen, die verhinderten, dass die SPD ihre Erfolge einfahren konnte. Viele der rot-grünen Projekte blieben daher Anstöße, deren Umsetzung nicht abgeschlossen werden konnte.

Den Grünen bescheinigt Wolfrum eine sehr positive Bilanz. Sie seien zwar «loyal bis zur Selbstverleugnung»¹³ gewesen, hätten dafür aber von der rot-grünen Zeit am meisten profitiert. Ihr Gewinn besteht aus Wolfrums Sicht in Realitätssinn und Pragmatismus, die ihnen die Regierungsarbeit beschert hat.

⁹ Ebenda, S. 230.

¹⁰ Ebenda, S. 567.

¹¹ Ebenda, S. 574.

¹² Ebenda, S. 582.

¹³ Ebenda, S. 709.

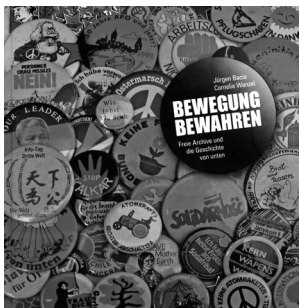
Obwohl Wolfrum die von ihm beschriebene Zeit als prägend für die deutsche Gegenwart bezeichnet, hütet er sich davor, allzu konkrete Ableitungen vorzunehmen. Nur im Fall des 2011 durchgesetzten Atomausstieges führt er Fäden in die Gegenwart.

Insgesamt erweist sich Wolfrum als sorgfältiger Chronist. Systematisch arbeitet er Reformen sowie innen- und außenpolitische Krisen ab. Wolfrum ist es gelungen, in seinen historischen Deutungsangeboten von dem hoch aufgeladenen Tagesgeschehen Abstand zu nehmen und recht sachlich Zeitgeist und Konfliktabläufe wiederzugeben. Sowohl für den Laien, als auch für diejenigen, die diese Zeit politisch wachsam und involviert miterlebt haben, kann dieses Buch Übersicht, Einordnungshilfe und eine Erinnerung der Konflikte bieten.

Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998-2005, München 2013.

LISA SCHÜRMANN

Freie Archive und die Geschichte von unten



«Freie Archive und die Geschichte von unten», so lautet der Untertitel zu Jürgen Bacias und Cornelia Wenzels Bestandsaufnahme der Freien Archivszene in Deutschland. Die «Geschichte von unten» ist dabei immer zweierlei: Die Geschichte der Archive selbst, die auf den 260 Seiten des Handbuchs vorgestellt werden, aber immer auch die Geschichte der Bewegungen und Gesellschaftsgruppen, die sie zu bewahren suchen. Der Begriff der Gegenöffentlichkeit fällt mehrmals in diesem Buch, und um die Bewahrung früherer und zeitgenössischer Zeugnisse dieser alternativen Öffentlichkeit geht es.

Der Begriff der Freien Archive, so wie Bacias und Wenzel ihn benutzen, steht – analog zu dem der Gegenöffentlichkeit – den etablierten Archiven bzw. den staatlichen Archiven gegenüber. Hier die Geschichte von Bewegungen, Randgruppen, Widerständigen, dort die von Regierungen, Parteien, Institutionen. Natürlich ist es dann auch wieder nicht so einfach, wie mit allem, und Autor und Autorin einigen sich auf eine pragmatische Definition. Mit pluralistischem Ethos sollen möglichst viele Punkte auf der Landkarte auffindbar gemacht werden. Und so finden sich unter den vorgestellten Orten recht klassisch funktionierende Archive genauso wie Infoläden und informelle Bibliotheken und Sammlungen, die Kommunikationszentren angeschlossen sind. Die meisten befassen sich mit Bewegungen aus dem linken Spektrum, den Neuen Sozialen Bewegungen, entstanden ab den 1960er Jahren. Das Archiv für alternatives Schrifttum zum Beispiel sammelt seit den 1980er Jahren in besonders großem Umfang Materialien aus dem linken Bewegungsspektrum. Andere dokumentieren alltägliches Leben von Randgruppen, die sich selbst nur teilweise als politisch verstanden und nicht streng als Bewegung beschrieben werden können, so zum Beispiel das Schwule Museum in Berlin und das Lesbenarchiv Spinnboden. Das Archiv der Jugendbewegungen, in dessen Verlag das Buch im April 2013 erschienen ist, sammelt völlig ohne inhaltliche Vorbehalte. Obwohl das Archiv und seine Mitarbeiter/innen sich als Teil der linken Szene verstehen, stehen linksautonome Pamphlete und rechtsradikale Parolen friedlich vereint im selben Raum, genauso wie Relikte unpolitischer Modeerscheinungen.

Bacia und Wenzel gaben an alle diese Orte ihren Fragebogen aus, 90 kamen zurück. In der Auswertung, einer Art Inventur der Freien Archivlandschaft, ist deutlich zu sehen, dass die Arbeitsbedingungen und Herausforderungen sich (bei allen Unterschieden) immer wieder gleichen. Der größte gemeinsame Nenner, das lernen wir bei der Lektüre sehr schnell, bleibt überall die prekäre Lage der Archive. Fast allen fehlen Geld und Raum, fast allen fehlen bezahlte Stellen, fast allen fehlt eine sichere Zukunftsperspektive. Wo wir von Freien Archiven sprechen, sprechen wir fast immer von Männern und Frauen, die private Zeit und Geld opfern, um die ideellen Ziele des Archivs zu unterstützen. Staatliche Gelder fließen nur sehr begrenzt in die Freie Archivszene; teilweise wären sie von den möglichen Rezipienten trotz Bedürftigkeit nicht gewollt. Viele Archive sehen ihren autonomen Status als Basis ihrer Arbeit und können sich eine Abhängigkeit von Institutionen nicht vorstellen. Diese ehrenvolle und konsequente Einstellung schützt aber natürlich nicht vor laufenden Kosten und ungnädigen Vermietern, vor Zeitmangel und Besucherschwund. Was bleibt ist die Leidenschaft. Die Arbeit in den Freien Archiven ist eine «labour of love», eine Arbeit aus Überzeugung.

Die Berichte und Selbstdarstellungen im zweiten Teil des Buches zeichnen ein vielschichtiges und beeindruckendes Bild dieser Sammelleidenschaft und ihrer Überzeugungstätter/innen. Wo im ersten Teil die Betonung der prekären Verhältnisse (sie sind es natürlich tatsächlich) fast schon die Grenze zum Selbstmitleid zu überschreiten drohte, will sich hier niemand in die Opferrolle begeben. Die Berichte zeugen von einem hohen Grad an Weit- und Einsicht, und man bekommt den Eindruck, dass die Verfasser/innen die Möglichkeit, ihre eigene Geschichte zu erzählen, vorbehaltlos zum Anlass für aufrichtige Selbstreflexion nehmen. Und so hören wir vom Stolz über große Erfolge, von der Wichtigkeit der eigenen Arbeit und der Hoffnung auf bessere Zeiten, aber eben auch von Selbstzweifeln und inneren Konflikten, von Fehlern und Ohnmachtsgefühlen. Gut möglich, dass die Formulierung des Selbstverständnisses in dieser Form eine Art zufälligen Nebeneffekt hat. So wird aus einer Bestandsaufnahme eine richtige Geschichte.

In all den Texten aus mitunter verfeindeten Ecken der Szene (die Autor/inn/en machen selbst eine Art Skala auf, von überzeugten Autonomen bis hin zu ebenso überzeugten Beziehern staatlicher Hilfe) werden mehr Gemeinsamkeiten deutlich. Man hat ähnliche Probleme, und zwar nicht nur die ewig währende Finanzierungsfrage. Das Buch erscheint in einer Zeit schwerwiegender Umbrüche, die für viele der Freien Archive große Herausforderungen bereithalten. Auf der einen Seite stehen die Dilemmata der Digitalisierung: Wie hält man Inhalte fest, die sich stündlich ändern können, oder die nur halböffentlich gemacht werden, zum Beispiel auf Blogs und in sozialen Netzwerken? Was ist überhaupt noch aufhebenswert? Wie bekommt man interessierte Menschen dazu, den Weg in eine Bibliothek zu gehen, wenn Google innerhalb von Sekunden vom Sofa aus alles bereitstellt? Dies sind natürlich Probleme, vor denen auch die etablierten Archive stehen. Andere sind spezifischere Herausforderungen der Freien Archive: Ursprünglich nur als Handapparate und Materialgeber gedacht, sind die meisten der Freien Archive als Teil der jeweiligen Bewegung entstanden. Daraus ergeben und ergaben sich nicht nur Fragen nach

Objektivität, Wissenschaftlichkeit und Zuverlässigkeit, sondern auch eine besondere Anfälligkeit für Schwankungen der politischen Befindlichkeiten. Neuentscheidungen über Sammlungsprofile führten dazu, dass Teilbestände verloren gingen oder Bestände erst gar nicht zustande kamen. Besonders akut ist aber in der Szene das Problem des Generationenwechsels. Viele, die ehrenamtlich oder hauptamtlich in den Archiven arbeiten, kommen ins Rentenalter, wenn sie nicht schon längst in Rente sind. Woher kommt nun der Nachwuchs, der die Bedeutung der Bestände verstehen und wertschätzen kann? Kann ein Archiv lebendig bleiben, wo die Bewegung bereits tot ist? Was, wenn die Bewegung schon lange die Grenze zum politischen Establishment überschritten hat und zur Institution geworden ist? Wem gehört dann die Geschichte?

Die Freien Archive in Deutschland müssen sich diese und andere Fragen stellen, und das vorliegende Buch bildet selbst einen Schritt hin zu ihrer Beantwortung. So stellen die Autorin und der Autor im letzten Teil alle drängenden Fragen zusammen und schlagen Strategien und Lösungsansätze vor. Im Arbeitskreis «Überlieferungen der Neuen Sozialen Bewegungen» des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare, den Bacia und Wenzel selbst mitbegründet haben, wird so zum Beispiel unter der Überschrift «Archiv für Bewegungsgeschichte und Alternativkulturen» die Möglichkeit eines Hilfsarchivs diskutiert, das Freie Archive bei ihrer Arbeit unterstützt und im Notfall der Schließung eines Archivs dessen Bestände übernehmen kann. Die Frage nach einer zentralen Institution für die Sicherung von Bewegungsgeschichte(n) stellen die Autorin und der Autor aber auch grundsätzlich: Was ist uns die Bewahrung der Geschichte von unten wert? Ist die Gesellschaft in der Verantwortung, oppositionelle und widerständige Meinungen nicht nur zu dulden, sondern als Voraussetzung einer demokratischen Ordnung anzuerkennen?

Wo Jürgen Bacia und Cornelia Wenzel und die zahlreichen ehrenamtlich engagierten Menschen in den Freien Archiven bei diesen Fragen stehen, ist klar. Trotz gelegentlicher Sinnkrisen werden sie ja getrieben von der Bedeutung ihrer Arbeit. Und das vorliegende Buch will natürlich nicht nur Bestandsaufnahme und Anekdote sein, sondern die Bedeutung der Freien Archive und ihrer Bestände schwarz auf weiß belegen. Nach innen, für die Bestärkung der einzelnen Freiwilligen und ihre Vernetzung untereinander, und nach außen, in der Hoffnung auf gesamtgesellschaftliche und staatliche Anerkennung. Auch wenn die Liste gescheiterter Projekte und Archive sicher noch nicht geschlossen werden kann, bleibt die Hoffnung, dass sich die Zeiten für Freie Archive zum Besseren ändern, und die Sicherung der Gegenöffentlichkeit einen sicheren Platz zugewiesen bekommt. Der vorgelegten Arbeit verdanken wir einen Quantensprung in die richtige Richtung.

Jürgen Bacia, Cornelia Wenzel, Bewegung bewahren. Freie Archive und die Geschichte von unten, Berlin 2013.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Christoph Becker-Schaum ist Historiker und leitet das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Luise Bichler studiert Kulturwissenschaften an der Europauniversität Viadrina und an der National University of Ireland Maynooth. Sie hat als studentische Mitarbeiterin im Archiv Grünes Gedächtnis gearbeitet.

Juliane Kreißl ist Archivarin an der Akademie der Künste im Baukunstarchiv. Sie studierte Informationswissenschaften an der FH Potsdam, absolvierte ihr Praxissemester im Archiv Grünes Gedächtnis und erschloss den Bestand B.I.1 Die Grünen (1980-1993).

Steffi Rönnefarth ist Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Eva Sander ist Bibliothekarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Ilona Scheidle ist freie Historikerin. Sie leitet die lesbisch-schwule Geschichtswerkstatt in Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg. Mit Kolleginnen vom «Miss Marples Schwestern – Netzwerk zur Frauengeschichte vor Ort» initiierte sie den «Gedenkort Hilde Radusch» in Berlin-Schöneberg.

Lisa Schürmann studiert Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und arbeitete als studentische Mitarbeiterin im Archiv Grünes Gedächtnis. Zur Zeit ist sie neben dem Studium für das Center for Global Politics an der Freien Universität Berlin tätig.

Nico Szmolinsky studiert Geschichte und Politik und Verwaltung an der Universität Potsdam. Er absolvierte ein Praktikum im Archiv Grünes Gedächtnis und erschloss den Bestand von Barbara Oesterheld.

Anne Vechtel ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung

Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin **T** 030-28534260 **F** 030-28534-5260 **E** archiv@boell.de **W** www.boell.de

1 Beiträge zur Zeitgeschichte Interview mit **Milan Horáček** «Meine politische Hauptarbeit war immer: Freiheit und Menschenrechte in Osteuropa» **Abschlusspodium der Tagung «1848 und Europa – Zwischen Völkerfrühling und Chauvinismus»** Ist die Revolution von 1848 ein Baustein für die europäische Identität? **2 Das historische Dokument** Polen und die Friedensbewegung. Drei Erklärungen der Grünen aus Anlass des Kriegsrechts in Polen **Christoph Becker-Schaum** Kommentar **3 Archivbestände** **Ilona Scheidle** Der Nachlass Hilde Radusch (1903–1994) **Juliane Kreißl und Anne Vechtel** Zur Aktenüberlieferung der Bundesdelegiertenkonferenzen und des Bundeshauptausschusses der Grünen von 1979–1993 **Steffi Rönnefarth** Der Bestand Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (1983–1998) **Christoph Becker-Schaum** Die Überlieferung der Neuen Sozialen Bewegungen im Grünen Gedächtnis **Fotos von Wolfgang Sternstein** Wyhl am Kaiserstuhl im Februar 1975: «Nai hämm'r gsait» **Nico Szmolinsky** Der Bestand Barbara Oesterheld **4 Archivprojekt** **Eva Sander** Elektronische Publikationen in Bibliotheken **5 Rezensionen** **Christoph Becker-Schaum** Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990 **Luise Bichler** Rot-Grün an der Macht **Lisa Schürmann** Freie Archive und die Geschichte von unten